Verdankt Trump Putin seine Wahl?, S. 12

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 17. November 2017 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Auch die Interessen seiner italienischen Heimat im Blick? EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani Bild: pa

Die EU langt zu

Parlamentspräsident Tajani will doppelt so viel Geld und eigene Steuern

Die EU-Führung ignoriert die schon jetzt bedrohlichen Fliehkräfte und setzt unbeirrt auf „immer mehr Europa“.

EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani will den Haushalt der Europäischen Union verdoppeln, von jetzt 140 auf 280 Milliarden Euro jährlich. Dafür greift er einen Vorschlag von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf, der einen eigenen Finanzminister für die Euro-Zone vorgeschlagen hat, der auch direkt Steuern von den Bürgern einziehen darf. Tajani will einen solchen Minister nicht bloß für die Länder der Euro-Zone, sondern für die gesamte EU.

Bislang ist das Erheben von Steuern Sache der Mitgliedstaaten, die aus ihren Einnahmen Beiträge an die EU abführen. Der Vorteil von Tajanis und Macrons Plan für die EU-Potentaten liegt auf der Hand: Nicht nur erhielte Brüssel damit weit mehr Geld der Bürger. Überdies müssen nationale Regierungen derzeit ihren Bürger weitere Beiträge für die EU erklären, und das abgeführte Geld fehlt dann in den nationalen Haushalten, was bei den Wählern selten gut ankommt.

Greift die EU direkt zu, ist sie von den Nationalregierungen und deren Parlamenten weit unabhängiger. Die nationalen Regierungen müssten sich ihrerseits nicht mehr für die Belastung ihrer Bürger zugunsten der EU rechtfertigen und könnten die Schuld auf Brüssel schieben. Wer dort „regiert“, also die Verantwortung trägt, ist für den einzelnen EU-Bürger jedoch kaum zu überschauen. Die politische Verantwortung bliebe abstrakt. Allerdings würde damit die Belastung der Bürger seitens der EU nicht nur erheblich steigen, vermutlich weitgehend ohne parallele Entlastung bei nationalen Steuern. Auch würde weit mehr als bisher innerhalb der EU „umverteilt“ werden von den Nettozahlern zu den Subventionsempfängern.

> Die Subventionen haben dem Süden vor allem geschadet

Das dürfte allen schaden, den Gebern sowieso, aber auch den Nehmern und der EU insgesamt. Die traurige Entwicklung in Südeuropa hat gezeigt, dass immer mehr Subventionen nicht zum Erblühen dieser Regionen, sondern zu deren Erstarrung, zu Verschwendung und Niedergang geführt haben. Gegenleistungsloses Geld ist gefährlich, weil es die Leistungsbereitschaft einschläfern kann sowie Fehlinvestitionen ankurbelt und Missbrauch fördert.

Der EU insgesamt droht, dass sie die Geduld der Gebernationen überdehnt. Das Beispiel Kataloniens zeigt, dass eine solche Überdehnung zu Abkehr, Entfremdung und langfristig sogar zum Bruch führen kann. Die massive, spanieninterne Umverteilung zulasten der Katalanen bildet eine wesentliche Triebfeder für deren Unabhängigkeitsträume.

All diesen Erfahrungen zum Trotz scheinen Tajani wie Macron entschlossen, den Weg zu „immer mehr Europa“ um jeden Preis fortzusetzen. Dabei könnte der nationale Blickwinkel des Franzosen Macron und des Italieners Tajani eine Rolle spielen. Ihre Länder stecken in schweren Haushaltsnöten und suchen dringend nach mehr Geld. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

Nur ohne Exit

Der italienische Präsident des EU-Parlaments fordert eine Verdoppelung des EU-Budgets. Diese Forderung verbindet er mit dem Recht für die EU, selber Steuern bei den Bürgern einzutreiben. Damit würde ein neues Fass aufgemacht werden. Außer ihren Mitgliedstaaten würde zukünftig auch die EU selber die Bürger mit Steuern direkt schröpfen können.

Die große Umverteilung setzt allerdings voraus, dass sich die Nettozahler, die sich in der Regel im Norden befinden, dem nicht durch einen Exit entziehen. Diese Voraussetzung gilt für die EU und das Königreich Spanien genauso, wie sie für Italien und Belgien gilt und für Jugoslawien gegolten hat, das daran gescheitert ist, dass der wohlhabendere Norden seinen Exit ertrotzt hat. Von daher ist es verständlich, dass das EU-freundliche Establishment einem Exit Kataloniens aus dem Königreich Spanien ähnlich negativ gegenübersteht wie jenem Großbritanniens aus der EU. Dazu passt, dass analog zu den ebenfalls verfemten russlandfreundlichen Ostukrainern lieber von „Separatismus“ oder „Separatisten“ gesprochen wird als von „Unabhängigkeitsbewegung“ oder „Unabhängigkeitskämpfern“ .

Wer immer noch Zweifel hinsichtlich der Haltung des Establishments in der Katalonienfrage haben sollte, der höre sich im „Heute-Journal“ vom vergangenen Sonnabend Marietta Slomkas Überleitung von einem Beitrag über eine PiS-freundliche Demonstration in Polen am Unabhängigkeitstag zu einer Meldung über eine Unabhängigkeitsdemo in Katalonien an: „Nationalismus, Unabhängigkeitsbestrebungen, ethnische Abgrenzung – in den Gesamtkomplex passt auch die erste Meldung von Heinz Wolf.“

SED-Opfer leiden bis heute

Jeder Dritte traumatisiert: »Schäden unbürokratischer anerkennen«

Ehemalige politische Häftlinge der DDR leiden vielfach bis heute unter den seelischen Wunden aus ihrer Haftzeit. Teilweise verstärken sich die Symptome Jahrzehnte nach der Haft sogar wieder, so Stefan Trobisch-Lütge, Leiter der Berliner „Beratungsstelle Gegenwind für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur“ anlässlich des Mauerfall-Jubiläums am 9. November gegenüber der „Berliner Zeitung“.

Insgesamt hat das kommunistische Regime rund 300 000 Menschen aus politischen Gründen hinter Gitter gebracht, jeder dritte davon gilt als traumatisiert. Laut Trobisch-Lütge glauben viele Betroffene heute, „dass es sich für sie nicht gelohnt hat, nicht stromlinienförmig gewesen zu sein, weil sie auch heute noch in einer wesentlich schlechteren Position sind als jene, die nicht im entferntesten daran gedacht haben, Widerstand zu leisten. Sie haben den Eindruck, einen Fehler gemacht zu haben.“

> Depressionen und Angstzustände

Viele litten an schweren Depressionen oder Angstzuständen, an Suchtproblemen oder an psychosomatischen Symptomen, die auf die Haft zurückzuführen seien. Wie der Leiter der Beratungsstelle hervorhebt, wird dieser Zusammenhang oft erst nach Jahren erkannt: „Irgendwann im Laufe der traditionellen Therapie stellt sich dann heraus, dass sie in Hohenschönhausen, Rummelsburg oder Cottbus im Gefängnis saßen. Sie werden dann zu uns geschickt.“

Trobisch-Lütge fordert die Politik auf, dafür zu sorgen, dass durch Stasi-Haft eingetretene Schäden unbürokratischer als solche anerkannt werden. Alles andere verstärke bei den Betroffenen nur das Gefühl der Ungerechtigkeit. „Gegenwind“ ist laut der „Berliner Zeitung“ deutschlandweit die einzige Beratungsstelle für diese Zielgruppe und betreut wöchentlich 50 bis 60 Personen. *H.H.*

Tanzen und Geld verteilen

Mit bangem Gefühl blickt die Wirtschaft auf die Klimakonferenz

Zur 23. Weltklimakonferenz treffen sich in diesen Tagen 25 000 Teilnehmer in Bonn. Nur eine Minderheit verhandelt allerdings wirklich. Die anderen sind bloß Beobachter. Wer den Tagungsort, eine gigantische Zeltstadt in den Rheinauen, besichtigt, fühlt sich eher an eine Tourismus-Messe erinnert. Russland wirbt mit Bären und Tigern, Fidschi mit schönen Stränden. Das pazifische Inselparadies hat die Präsidentschaft übernommen. Deutschland tritt als „technischer Gastgeber“ auf und zahlt. Das Spektakel kostet 117 Millionen Euro.

Tatsächlich geht es noch um ganz andere Summen: Der Kongress tanzt (vornehmlich zu politisch korrekten Ureinwohner-Rhythmen), er redet, er feiert und er verteilt Geld, vor allem deutsches Geld: Deutschland ist einer der weltweit großen Klimaschutzfinanziers. Allein für die Förderung Erneuerbarer Energien zahlen die Deutschen jedes Jahr einen Aufschlag auf die Stromrechnung von 25 Milliarden Euro. Für mehr als drei Milliarden Euro werden jährlich Klimaschutzprojekte rund um den Globus finanziert. Bis 2020 soll die Summe auf vier Milliarden ansteigen. Der deutschen Wirtschaft wird bereits bange zumute. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, warnt vor Alleingängen in der Energie- und Klimapolitik. Er verlangt eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Die angestrebte Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen bis 2050 könnte in Deutschland Kosten von unvorstellbaren 1500 Milliarden Euro verursachen. Was ganz nebenbei auch noch bedacht werden sollte: Es gibt nach wie vor triftige Gründe, die gegen einen vom menschengemachten Klimawandel sprechen. *Frank Horns*

> Kosten von 1500 Milliarden

Mehr dazu auf Seite 3

MELDUNGEN

Macrons Idee zurückgewiesen

Berlin – Ralph Brinkhaus, Finanzexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat sich gegen die Einführung eines gemeinsamen Haushalts der Euro-Zone ausgesprochen. Dafür sehe er derzeit keine Notwendigkeit, ebenso wenig für die Einsetzung eines Finanzministers für das Gebiet der Gemeinschaftswährung. Beides hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron vorgeschlagen. Der Vorstoß aus Paris hatte in Deutschland Befürchtungen ausgelöst, Frankreich wolle seine Finanzprobleme mit deutschen Steuergeldern lösen, um notwendigen, aber schmerzhaften und unpopulären Reformen aus dem Wege gehen zu können. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich im Unterschied zu Brinkhaus zunächst offen gezeigt für Macrons Idee. *H.H.*

Rückführung statt Nachzug

Berlin – Die AfD-Bundestagsfraktion hat beantragt, mit der Rückführung der syrischen Flüchtlinge in ihre Heimat zu beginnen. Der IS sei nahezu besiegt, nur in etwa zehn Prozent des Landes werde derzeit noch gekämpft. Ein Ende des Kriegs sei daher absehbar, womit der Fluchtgrund für die Syrer entfalle, so die Fraktion in ihrem Antrag. Die AfD fordert die Bundesregierung auf, mit der syrischen Regierung in Verhandlungen hinsichtlich der Rückführung ihrer Landsleute einzutreten. Dabei müsse darauf gepocht werden, dass die Rückkehrer in ihrer Heimat nicht Opfer von Verfolgung werden. Dazu solle sich die syrische Seite vertraglich verpflichten und Berlin das Recht einräumen, die Einhaltung dieser Zusage jederzeit vor Ort zu überprüfen. Zunächst sollten vor allem arbeitsfähige Männer zurückgebracht werden, deren eventuell in Deutschland befindliche Familien erst folgen sollten, wenn die Männer die Lebensverhältnisse in der Heimat konsolidiert hätten. Schulpflichtigen Kindern solle vor ihrer Heimkehr schon in Deutschland von syrischen Lehrern syrischer Schulunterricht erteilt werden, um ihre Wiedereingliederung zu erleichtern. *H.H.*

Urteil gegen Islamverbände

Münster – Schlappe vor dem nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht für zwei Islamverbände: Der „Zentralrat der Muslime in Deutschland" und der „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland" sind keine Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes. Sie haben daher auch keinen Anspruch darauf, Islamunterricht an öffentlichen Schulen durchzuführen. Seit 2012 gibt es diesen Unterricht als Modellversuch in Nordrhein-Westfalen. 2019 endet das Projekt. Zentralrat und Islamrat wollten es unter ihrer Aufsicht fortführen. Die Richter entschieden dagegen. Ihre Urteilsbegründung: „Aus den Satzungen der beiden Dachverbände lässt sich nicht die notwendige Sachautorität und -kompetenz für identitätsstiftende religiöse Aufgaben ableiten. Zudem muss die religiöse Autorität der Dachverbände bis hinunter zu den Moscheegemeinden Geltung haben." Beiden Verbänden wird immer wieder vorgeworfen, dass sie trotz großspurigen Auftretens nur einen geringen Teil der Muslime in Deutschland vertreten. *FH*

Umgang mit Revolution spaltet Russen

Kommunisten feierten offiziell 100. Jahrestag: Befürworter und Gegner halten sich die Waage

In der Beurteilung der Oktoberrevolution von 1917 zieht sich ein Riss durch die russische Gesellschaft. Während 45 Prozent der Bevölkerung die Revolution positiv sehen, hielt Wladimir Putin sich von den Feierlichkeiten fern. Er will dem Umgang mit der Revolution einen versöhnenden Charakter verleihen.

Befreiung von der Knechtschaft des zaristischen Regimes, ein blutiger Umsturz oder eine Katastrophe epochalen Ausmaßes? Wie soll man die Ereignisse, die vor 100 Jahren Russland erschütterten, heute beurteilen? Diese Frage beschäftigt nicht nur Historiker, Journalisten und Wissenschaftler im Westen, sondern auch in Russland selbst.

Den 100. Jahrestag feierten lediglich die Kommunisten mit öffentlichen Umzügen, denn Präsident Putin distanzierte sich, indem er sagte, an der Verherrlichung eines blutigen Volksaufstands, der zum Sturz einer Regierung führte, habe er kein Interesse. Schon früher hatte er Lenin als Zerstörer Russlands bezeichnet. Während westliche Medien ausführlich über den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution berichteten, werteten sie Putins Fernbleiben von allen Feierlichkeiten als Furcht vor einer neuen Revolution. Doch laut russischen Beobachtern ist mit einer Revolte so bald nicht zu rechnen, denn die Menschen seien heute eher daran interessiert, Einkäufe zu tätigen und sich ihr Leben mit Geld so bequem wie möglich zu gestalten.

Ganz so spurlos, wie man uns glauben machen will, ging der Jahrestag der Oktoberrevolution doch nicht an der russischen Öffentlichkeit vorbei. Die Russische Historische Gesellschaft, deren umstrittener Leiter Kulturminister Wladimir Medinskij ist, hatte den offiziellen Auftrag, Veranstaltungen zum 100. Jahrestags der Revolution vorzubereiten. Es wurden wissenschaftliche Konferenzen, Foren und Ausstellungen durchgeführt, die weniger öffentlichkeitswirksam waren als großangelegte Festumzüge. Wenn auch der Auftrag an den Kulturminister lautete, dem Umgang mit der Revolution einen versöhnenden Charakter zu verleihen, wurde dennoch kontrovers diskutiert. Bei einer Duma-Anhörung stritten Abgeordnete, Senatoren, Historiker,



Moskau am 7. November: Lediglich Kommunisten feierten den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution Bild: pa

Vertreter von Stiftungen und junge Wissenschaftler über das historische Ereignis. Dabei zeigte sich, dass die Revolution insgesamt sehr umstritten ist. Kommunistenführer Gennadij Sjuganow hob die positiven Folgen der Revolution hervor, wie die kostenlose Bildung für alle, die Entwicklung des Industriesektors und der Wissenschaft sowie Jurij Gagarins Flug ins Weltall. Wladimir Schirinowskij (Liberaldemokratische Partei Russlands) konterte, die ganze Revolution sei nur Gewalt und Betrug gewesen. Er ging sogar so weit, die Bolschewiken mit heutigen IS-Kämpfern zu vergleichen.

Neben Politikern blickten auch Journalisten und Philosophen auf das Jahrhundertereignis zurück und zogen Schlüsse zur Gegenwart. Der Philosoph Michail Ryklin sagte offen, dass 1917 in der Folge zu mehr Unfreiheit geführt habe wegen Stalins Säuberungen. Der Befreiungsprozess heute finde nur in der Konzentration von Eigentum in den Händen eines engen Kreises in der Umgebung der Macht statt. Dass im heutigen Russland die Macht wieder in einer Hand liegt, die Idee eines wiedererstarkten Imperiums gepaart mit einem

Linguisten prangern Tschekisten-Sprache in Öffentlichkeit an

Kriegskult entstanden sei. erklärt der Philosoph mit dem Zerfall der Sowjetunion, der die Menschen überwältigt habe. Jahrelang hatten sie hinter dem Eisernen Vorhang gelebt und sahen erst jetzt, welchen Vorsprung das kapitalistische System hatte. Von den Privatisierungen profitierte nur eine kleine Gruppe von Leuten, für die meisten fiel alles zusammen. Daraus lasse sich das Verlangen nach einer starken Hand ableiten.

Der Journalist Alexander Schelenin stellt fest, dass Russland seit 1991 nichts erreicht habe, worauf es stolz sein könne: Die großen Akkerflächen der Sowjetunion seien in Wüsten verwandelt worden, für die wenigen Fabriken, die seit 1991 gebaut worden seien, zeichneten ausländische Firmen verantwortlich.

Linguisten prangern die Verrohung der Sprache an. Vor allem russische Beamte bedienten sich im Umgang mit Bürgern des Jargons von Tschekisten, was zu einem Hassklima führe. Eine regelrechte Hasspropaganda förderten ebenfalls die staatlichen Fernsehsender.

So konträr wie Politiker und Wissenschaftler es tun, betrachtet auch das Volk die Revolution. Laut Ergebnissen einer Umfrage des staatlichen WZIOM-Instituts sehen 45 Prozent die Revolution positiv, ebenso viele beurteilen sie negativ. und 13 Prozent sehen in ihr eine Katastrophe. Umstritten ist selbst der Umgang mit Lenin. Während Kommunisten die Erinnerung an ihren Revolutionsführer hochhalten, scheint Putin sich eher an Traditionen des Zarenreichs zu orientieren. Vor Jahren schon wurde der Revolutionsfeiertag am 7. November zugunsten des 4. November (Einheit des Russischen Volkes), abgeändert.

Anlässlich des Jahrestags flammte auch die Diskussion um das Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz wieder auf. Die liberale Putin-Herausforderin Xenia Sobtschak – sie ist die Tochter des ehemaligen Putin-Vertrauten Anatolij Sobtschak und will bei der Präsidentschaftswahl gegen ihn antreten – möchte Lenin sofort beerdigen und erhält überraschend Rükkendeckung von Putins Statthalter in Tschetschenien, Ramsan Kadyrow. 60 Prozent der Russen sind laut WZIOM ebenfalls für eine Beerdigung Lenins.

Ein Denkmal in Moskau für die Opfer aller, die während der Revolution und im anschließenden Bürgerkrieg ums Leben gekommen sind, soll zur Aussöhnung führen. Ein ähnliches Vorhaben in Sewastopol auf der Krim stieß auf wenig Gegenliebe. Der Bau eines Mutter-Heimat-Denkmals, zu dessen Fuß ein Weißgardist und ein Rotgardist vereinigt sind, musste wegen zu heftiger Proteste auf Eis gelegt werden. Der Ukrainekonflikt dürfte überdies dazu beigetragen haben, dass Russlands offizielle Erinnerung an die Revolution verhalten ausfiel, begannen doch mit der Revolution erste Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine. Ohne die Ukraine ist Russland jedoch kein Imperium. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Niederlande legen Veto ein

Den Haag hat beschlossen, eine Reihe von Dokumenten, die den Absturz von MH17 betreffen, nicht freizugeben

Als im Juli 2014 über der Ukraine eine malaysische Passagier-Boeing abgeschossen wurde, erschienen die Umstände rätselhaft. Nur eines erschien den Leitmedien der Nato-Länder sofort zweifelsfrei erwiesen: Es seien die Russen gewesen, wahrscheinlich sei sogar Wladimir Putin persönlich dafür verantwortlich. Nach drei Jahren, die mit verschiedenartigen Untersuchungen des Vorfalls verflossen sind, ist deshalb davon auszugehen, dass, wenn dabei je der Hauch eines Beleges für die russische Schuld aufgetaucht wäre, dieses alle Blätter und Nachrichtensendungen, die am ersten Tag bereits ihr Urteil gefällt hatten, mit Getöse erfüllt hätte. Doch nichts dergleichen geschah.

Stattdessen beschloss das niederländische Ministerium für Sicherheit und Justiz, eine Reihe von Dokumenten, die den Absturz der Boeing 777 betreffen, nicht freizugeben. Dem Ministerium zufolge „überwiegen das Recht der Regierung auf Vertraulichkeit ihrer Tätigkeit, die Einheit der Staatspolitik und die Sensibilität der Frage nach der Wichtigkeit der Freigabe von Informationen". Dieser Beschluss entspricht einer Vorlage des Staatsrats der Niederlande, einem Verfassungsorgan mit Beratungsfunktion.

Möglich ist ein derartiges Verfahren, weil das multinationale sogenannte Gemeinsame Ermittlungsteam (Joint Investigation Team, JIT) unter der Maßgabe angetreten ist, dass jedes der teilnehmenden Länder das Recht hat, gegen die Veröffentlichung irgendwelcher Erkenntnisse aus der Aufklärung ein Veto einzulegen. Dieses Vetorecht ist umso bemerkenswerter, als nicht nur die Niederlande, Malaysia, Australien und Belgien dem Gemeinsamen Ermittlungsteam angehören, sondern auch die Ukraine, deren Beteiligung am Abschuss nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann.

Vetorecht der JIT-Mitglieder erschwert die Wahrheitsfindung

Stieße man also bei der Untersuchung auf Hinweise, die für eine Beteiligung der Ukraine sprechen – was, wie gesagt, nicht auszuschließen ist –, so könnten diese durch deren Veto unterdrückt werden. Nun hat zwar nicht die vom Westen unterstützte Ukraine, sondern nur das westeuropäische Holland vom Vetorecht Gebrauch gemacht, doch nährt es nichtsdestotrotz den Verdacht, dass das in den Niederlanden sitzende Gemeinsame Ermittlungsteam nicht ergebnisoffen ermitteln solle, sondern von vornherein die Aufgabe gehabt habe, Russland die Schuld zuzuschieben und dabei hinderliche Tatsachen und Indizien unter den Teppich zu kehren.

Wachsende Zweifel an der Unvoreingenommenheit Hollands und des JIT

Zusätzliche Nahrung erfährt dieser Verdacht, durch die Art und Weise wie das Gremium mit Material umgeht, das ihm von Russland als Beitrag zur Aufklärung zugeleitet wird. So haben russische Stellen vor über einem Jahr der niederländischen Generalstaatsanwaltschaft Radar-Daten zugestellt, die zu neuen Erkenntnissen führen könnten. Darauf erfolgte zunächst keine Reaktion. Schließlich, auf wiederholte Mahnung, erklärten die niederländischen Experten, sie könnten die russischen Daten nicht entschlüsseln. Die russische Seite hat daraufhin im August die bewussten Daten im geforderten sogenannten „Asterix-Format" nachgereicht.

Russische Medien haben gemutmaßt, das Gemeinsame Ermittlungsteam werde das Material trotzdem weiterhin unberück-sichtigt lassen. Im selben Sinne schrieb der politische Analytiker Ruslan Ostaschko, der Westen werde wohl nur mit einem russischen Schuldeingeständnis zufrieden sein. Alle anderen Fakten, Dokumente und Beweise würden nicht wahrgenommen. „Ich bin mir dessen sicher", so Ostaschko weiter, „wenn es irgendwelche Dokumente gäbe, die Russlands Schuld beweisen könnten, wären sie schon vor langer Zeit veröffentlicht worden. Russlands Wunsch zu beweisen, dass es im Recht ist, ist richtig und nötig, man muss es tun. Aber es wird schwerfallen zu bewirken, dass der Westen Russland zuhören wird."

Bei dem russischen Material handelt es sich um Radardaten, wie sie jeder Flughafen und jeder militärische Fliegerhorst herstellt und dokumentiert, so auch die zuständigen russischen Stellen. Die niederländische Staatsanwaltschaft hatte von Russland wie von der Ukraine die einschlägigen Daten angefordert. Russland stellte sein Material den Niederlanden zur Verfügung.

Von Seiten der ukrainischen Luftfahrtbehörden hingegen verlautete, man verfüge „zufälligerweise" über keine Radaraufzeichnungen aus der betreffenden Zeit und aus der fraglichen Region. Es sei damals keine Radarstation aktiv gewesen. Dieser angebliche Zufall ist umso erstaunlicher, um nicht zu sagen unglaubwürdiger, als zwei Tage zuvor eine ukrainische Militärtransportmaschine abgeschossen worden war. Trotzdem lässt man es der Ukraine durchgehen, was in einem vergleichbaren Fall bei Russland ungleich schwerer vorstellbar wäre. *Florian Stumfall*

Die Riesenshow um heiße Luft

Der Erde droht die Überhitzung, heißt es – Die Teilnehmer der Klimakonferenz feiern aber vor allem sich selbst

Nie war eine internationale Konferenz in Deutschland größer: 25 000 Teilnehmer treffen sich derzeit zur Weltklimakonferenz in Bonn. Großartige Beschlüsse sind nicht zu erwarten, Skepsis am Klimawandel ebenso wenig. Schließlich gilt es, Millionen von Euros umzuverteilen.

Einige Fakten vorweg: Allein in der Zeit von Januar bis Ende Oktober erschienen 400 wissenschaftliche Studien, deren Ergebnisse der Theorie eines durch Menschen verursachten Klimawandels widersprechen. Sie zeigen unter anderem, dass die aktuellen Temperaturen, die Höhe des Meeresspiegels und aktuelle Extremwet-terereignisse weder ungewöhnlich noch beispiellos sind. In vielen Gegenden der Erde ist es derzeit kälter als die längste Zeit während der letzten 10 000 Jahre. Wie stark Schnee und Eis am Südpol zunehmen, zeigt der Neubau der deutschen Antarktis-Forschungsstation Neumeyer III. Sie ruht auf hydraulischen Stelzen, die sie von Jahr zu Jahr über die wachsende Eisschicht heben können. Der Vorgänger Neumeyer II liegt heute etwa zwölf Meter unter der Oberfläche.

Auf der anderen Seite der Erde erlebte Grönland gerade den kältesten Juli seit Menschengedenken. Auf minus 33 Grad Celsius fiel das Thermometer. Das ist beim staatlichen Dänischen Meteorologischen Institut (DMI) nachzulesen. Das DMI meldete am 31. August auch den Rekordzuwachs von mehr als fünf Gigatonnen (fünf Milliarden Tonnen) Schnee und Eis auf Grönland. Ein Forscherteam aus Japan, Frankreich, Dänemark und den USA, das mit Hilfe von Eisbohrkernen den Temperaturverlauf der letzten 4000 Jahre im Zentrum der Insel rekonstruierte, stellte zudem fest, dass es viele Perioden gab, die deutlich wärmer waren als heute. Ihr Fazit: Bisher lässt sich für das Zentrum Grönlands keine Erwärmung nachweisen, die es nicht schon einmal gegeben hätte.



Ex-Gouverneur, Hollywoodstar, Klimapopstar, Konferenzteilnehmer: Arnold Schwarzenegger

Foto: BMUB/Sascha Hilgers

Die Aufzählung ließe sich beliebig verlängern. Sie zeigt, dass ein durch die Menschheit verursachter Klimawandel keineswegs so sicher ist wie behauptet. Der Physiker Hans-Joachim Lüdecke (74), emeritierter Professor der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, weiß auch warum: Zwar gäbe es keine Wissenschaft, die in den letzten Jahrzehnten über mehr Mittel verfügte als die Klimaforschung, herausgekommen sei aber so gut wie nichts. Noch immer seien die Ursachen von Klimaänderungen von wenigen Ausnahmen abgesehen unbekannt. Dies liege nicht an den Forschern, sondern an der fast unendlichen Komplexität des erforschten Gegenstands. Fakt ist, Wissenschaftler, die das Weltklima in den nächsten Jahrzehnten auf ein Grad genau beeinflussen möchten, können nicht einmal das regionale Wetter für die nächsten vier Wochen voraussagen.

Aber wen interessiert das eigentlich? Die Teilnehmer der 23. UN-Klimakonferenz in Bonn eher nicht. Viel zu beschäftigt sind sie als Weltenretter. Welche Heldentruppe möchte schon erfahren, dass ihre noblen Taten fragwürdig sind. Vor allem, wenn man unter so viel Donnergetöse und Fanfarenklang zum Kampf antritt. „Bonn ist im Ausnahmezustand“, stellt der Deutschlandfunk über das Megaereignis vom 6. bis 17. November fest. „25 000 Teilnehmer werden sich in den nächsten zwei Wochen um das Weltklima kümmern – Rekord für eine internationale Konferenz in Deutschland“, weiß die „Bild“. In der Bonner Rheinaue wurden mehrstöckige Zelt- und Container-Konstruktionen aus dem Boden gestampft. Am Rheinufer haben Hotelschiffe festgemacht. Ziel ist es – bei vornehmlich vegetarischer Tagungsküche – die Beschlüsse der Pariser Vorgänger-Konferenz von 2015 umzusetzen. „Es müssen konkrete Regelungen getroffen werden, damit die Werkzeuge des Pariser Abkommens wirken können“, heißt es vom Deutschen Umweltministerium, und weiter: „Wegweisende Beschlüsse sind deshalb in diesem Jahr nicht zu erwarten.“

> Der Klimawandel entschuldigt praktisch jedes Staatsversagen

Das Ganze scheint vor allem eine Riesenshow zu sein. Folkloretruppen treten auf. Preise und Auszeichnungen werden vergeben. Prominente wie Arnold Schwarzenegger oder Leonardo DiCaprio verbreiten Hollywoodglanz. Kosten des Spektakels: 117 Millionen Euro.

Die Theorie vom menschengemachten Klimawandel hat sich zu einer Art monströsen Hurrikan entwickelt, eine mentale Extremwetterlage. Forscher, die allzu lautstark Zweifel anmelden, werden verschlungen und mit dem Etikett Spinner irgendwo im wissenschaftlichen Nichts ausgespuckt. Fortgeweht wurden aus diversen Journalistenhirnen objektive Distanz und kritische Herangehensweise. Vor allem aber saugt diese Windhose jede Menge Geld auf und lässt es auf jene gewitzten Leute herabregnen, die sich an der richtigen Stelle platziert haben. Ganzen Nationen kommt das weltumspannende Narrativ von der Erdüberhitzung gerade recht. Kein Staatsversagen, das sich nicht mit dem Klimawandel hinwegreden lässt. Länder, die ihren Küstenschutz vernachlässigen, nichts gegen Bodenerosion unternehmen oder zulassen, dass sich ihre Bewohner in hochwasserbedrohten Regionen ansiedeln, haben beste Chancen, am Ende als hilfsbedürftige Opfer dazustehen. Der Klimawandel ist schuld. Die westlichen Industrienationen wurden als Hauptverursacher ausgemacht. Sie müssen zahlen.

Für Schwellenländer lohnt das Ganze wiederum, weil sie Wettbewerbsvorteile erzielen. Während sich die etablierten Konkurrenten mittels scharfer Umweltauflagen ausbremsen, erobern chinesische Konzerne neue Märkte. Die Wirtschaft brummt. Die Energie liefert der „Klimakiller“ Kohle. Er deckt 75 Prozent des chinesischen Bedarfs. Das Land zeichnet für ein Drittel der gesamten CO2-Emissionen verantwortlich. Die Wirklichkeit ist das eine, die Propaganda das andere. Chinas Kommunistische Partei versteht sich prächtig darauf. Mehr oder weniger punktuelle Umweltschutzmaßnahmen helfen, um als umjubelter „Öko-Pionier“ („WAZ“) dazustehen.

Auch Frank Bainimarana (63) beherrscht das Spiel. Der Ministerpräsident der Fidschi-Inseln leitet die Klimakonferenz (siehe *PAZ* 45, Seite 24). Seine Nation im Südpazifik gilt als besonders gefährdet, sollte der Meeresspiegel ansteigen. Darf man einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ glauben, stehen schon jetzt Menschen auf der Fidschi-Insel Ono „in ihren Wohnzimmern zum Teil bis zu den Knöcheln im Wasser, wenn sie morgens aufstehen“. Ein ganzes Dorf soll dort umgesiedelt werden. Bainimarana wird also sicherlich nicht ohne die Zusage millionenschwerer Hilfsprogramme nach Hause reisen.

Aus der Vogelperspektive lässt sich das feuchte Drama allerdings nur schwer nachvollziehen. Ein Vergleich historischer Luftaufnahmen aus den 50-er Jahren mit aktuellen Bildern zeigte australischen Geowissenschaftlern kaum Veränderungen. Auch die Tourismusbranche bleibt seltsam gelassen. Direkt an der Wasserkante lockt ausgerechnet auf Ono eine noble Hotelanlage. „Lassen Sie sich von den warmen Sonnenstrahlen am Strand verwöhnen und werden Sie beim Schnorcheln aktiv“, heißt es im Werbeprospekt. Nur wenige Schritte entfernt liegt das Dorf, dessen Bewohner angeblich umgesiedelt werden sollen. *Frank Horns*

MELDUNGEN

Anträge nur noch bis 31. Dezember

Hamm – Ehemalige Zwangsarbeiter beziehungsweise deren Hinterbliebene können beim Bundesverwaltungsamt nur noch bis zum 31. Dezember eine Entschädigung beantragen. Dann endet die Antragsfrist. Ausgezahlt werden als symbolische Anerkennungsleistung 2500 Euro an „zivile deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige, die kriegs- beziehungsweise kriegsfolgenbedingt von ausländischen Mächten zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. April 1956 zur Zwangsarbeit herangezogen wurden“. Leistungsberechtigt sind auch Hinterbliebene von Zwangsarbeitern, die nach dem 27. November 2015 verstorben sind. Weitere Informationen: Bundesverwaltungsgericht, Außenstelle Hamm, Telefon (0228) 993589800 oder im Internet: www.bva.bund.de/zwangsarbeiter. *FH*

Krankenhäuser vernachlässigt

Wiesbaden – Unsere Krankenhäuser brauchen mehr Geld, stellte der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ in seinem jüngsten Gutachten fest. Die „fünf Wirtschaftsweisen“ mahnten: „Die Länder kommen seit geraumer Zeit ihrer Verpflichtung nicht in ausreichendem Maß nach. Dies kann mittelfristig negative Auswirkungen auf die Qualität der Patientenversorgung und die Effizienz der Leistungserbringung haben.“ Die finanziellen Mittel dafür sollten vorhanden sein. Der Sachverständigenrat sagte für 2018 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent voraus. Um den im Gesundheitswesen besonders gravierenden Fachkräftemangel zu beheben, empfahlen die fünf Wirtschaftsprofessoren ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem, wie es zum Beispiel in Kanada praktiziert werde. *FH*

Gefährliche Alternative

EU-Liberalisierung öffnet Industriezucker Isoglukose Tür und Tor

Ob Fertiggerichte, Getränke, Joghurt, Brot, Süßigkeiten – in sehr vielen verarbeiteten Lebensmitteln steckt seit einigen Jahren der Zuckeraustauschstoff Glukose-Fruktose-Sirup. Unter dieser Bezeichnung firmiert der in Verruf geratene Industriezucker Isoglukose, der aus Maisstärke hergestellt wird. Die englische Bezeichnung „High Fructose Corn Syrup“ enthält den Hinweis darauf, dass Maissirup einen im Verhältnis zu Glukose (Traubenzucker) deutlich höheren Anteil an Fruktose (Fruchtzucker) enthält als Haushaltszucker, der aus Zuckerrüben oder Zuckerrohr gewonnen wird.

Anders als Glukose wird Fruktose in der Leber zu Fett abgebaut. Er dämpft nicht das Hungergefühl und fördert somit übermäßiges Essen und Übergewicht. In den USA ist Maissirup längst als ungesunder Dickmacher bekannt. Da Isoglukose bis zu 40 Prozent billiger ist als andere Süßungsmittel, war der Handel in der EU bisher zum Schutz der Rübenbauern stark reglementiert. Der Marktanteil betrug in Europa nur fünf Prozent.

Zum 1. Oktober 2017 entfielen die protektionistischen Maßnahmen für den Zuckermarkt im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vom 25. Juni 2013. Nach Expertenmeinung wird dies eine deutliche Steigerung der europäischen Produktion von Isoglukose nach sich ziehen. Deren Anteil am EU-Zuckermarkt könnte auf bis zu 20 Prozent ansteigen. Zudem wird ein Preisverfall für Zucker erwartet, was Hersteller veranlassen dürfte, ihren Produkten noch mehr Zucker zuzusetzen.



Billig, aber nicht unbedingt gesund: Industriezucker

Bild: Imago

Eine 2015 in „The Journal of Nutrition“ veröffentlichte Studie wies nach, dass die zunehmende Fettleibigkeit in den USA seit Mitte der 1970er Jahre mit einem Wechsel vom Kristallzucker zu Isoglukose einherging. Von 1975 bis 1990 stieg der Verbrauch von Maissirup um mehr als 1000 Prozent an. Seit Jahren ist der Konsum des berüchtigten Zuckers in den USA jedoch aufgrund von Aufklärungskampagnen stark rückläufig.

Hierzulande bleibt die Warnung vor dem Inhaltsstoff Glukose-Fruktose-Sirup vor allem den Medien überlassen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung verweist in einer Stellungnahme lediglich auf eine Vielzahl aktueller Studien, wonach „die verstärkte Aufnahme von Fruktose über industriell gefertigte Lebensmittel nachteilig auf die Gesundheit wirkt. Sie begünstigt das metabolische Syndrom, also das gleichzeitige Auftreten von Übergewicht, Fettstoffwechselstörungen, Bluthochdruck und Insulinresistenz“. Erschwert wird die Verbraucheraufklärung durch eine verwirrende Vielzahl von teilweise ähnlichen Bezeichnungen für diverse Zuckerarten und Zuckeraustauschstoffe auf den Lebensmittelverpackungen, was selbst interessierte Kunden ins Schleudern bringt. *D. Jestrzemski*

Asylklagen-Flut

Zahl der Verfahren an Verwaltungsgerichten hat sich verfünffacht

Jahrzehntelang hatten in Deutschland jährlich um die 200 000 Asylsucher Aufnahme begehrt, davon wurden im Durschnitt neun Zehntel im Behördenverfahren abgelehnt und konnten danach ein Bleiberecht am Verwaltungsgericht erstreiten. Die Verfahren konnten trotz ständiger Versprechungen seitens der Regierungen, sie zu beschleunigen, einige Jahre in Anspruch nehmen.

Mit dem Anstieg der Asylsucherzahlen 2015 und 2016 auf eineinhalb Millionen stieg zwar die Anerkennungsquote im Behördenverfahren auf bis zu 60 Prozent, aber dennoch kam es zu einer Verfünffachung der Verfahren an Verwaltungsgerichten. Jetzt klagen nämlich nicht mehr nur die 40 Prozent Abgelehnten auf Anerkennung ihres Asylbegehrens, sondern auch ein Großteil der 60 Prozent Anerkannten im Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Zuerkennung eines günstigeren Status. Unter der neuen Klagewelle befinden sich vor allem Syrer und Iraker, denen nur subsidiärer Schutz gewährt wurde. Hierbei handelt es sich um Kriegsflüchtlinge, die nicht im Einzelfall den Nachweis der persönlichen Verfolgung erbringen konnten.

Nur wer jedoch die persönliche Verfolgung nachweisen kann, erhält den vollen Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention, und nur er profitiert vom privilegierten Familiennachzug. Dies hat zu einer Welle von Verwaltungsgerichtsklagen gegen im Grunde positive Bescheide einer Behörde geführt. Durch die Verfünffachung der Anzahl der Verfahren können die 40 Prozent, die gegen die Ablehnung ihres Asylantrages klagen, darauf hoffen, dass wegen der Überlastung der Gerichte ihre Verfahren sich viele Jahre hinausziehen dürften, eine Zeit, in der ein Bleiberecht besteht. Das alles geschieht auf Kosten der Steuerzahler, die im Übrigen auch für die Gerichtskosten aufkommen müssen, da nur ganz wenige Kläger über ein eigenes Einkommen verfügen, aus dem sie diese Kosten bestreiten könnten.

> Inzwischen klagen auch viele anerkannte Kriegsflüchtlinge

Zum Stichtag 30. Juni waren in diesem Jahr 322 000 Asylklagen vor den Verwaltungsgerichten anhängig, berichtete die „Neue Osnabrücker Zeitung“ unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion. Ein Jahr zuvor hatte die Zahl noch bei knapp 69 000 gelegen. Zur Bewältigung dieses Verfahrensstaus hat die Regierung zwar eine Aufstokkung des Personals der Gerichte angekündigt, aber diese Aufstokkung wird bei Weitem nicht reichen. Die Asylbewerberwelle vom Herbst 2015 hat jetzt erst die Verwaltungsgerichte erfasst.

Als Folge des Asylstaus an den Verwaltungsgerichten werden Richter von Zivilgerichten abgezogen, was auch dort zu einer Verlängerung der Fristen führen wird. Da jeder Kläger an Verwaltungsgerichten Anspruch auf einen Dolmetscher in seiner eigenen Sprache oder seinem eigenen Dialekt hat, können auch Engpässe im Bereich der Dolmetscher zu einem Verfahrensstau führen. Dabei sind Verwaltungsgerichte auch noch zuständig für Verwaltungsgerichtsklagen der 95 Prozent Restbevölkerung, die nicht in den bisherigen zwölf Amtsjahren von Bundeskanzlerin Angela Merkel als Asylsucher nach Deutschland neu hinzugekommen sind, beispielweise Klagen gegen Kürzungen beim Arbeitslosengeld oder Hartz IV. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Bild: CF

Birgit Kelle – Die Autorin („Dann mach doch die Bluse zu“) nervt, „dass inzwischen jede Lappalie, jede blöde Anmache, jedes Hinterherpfeifen und jeder Blick auf das falsche Körperteil zur falschen Zeit zum Sexismus hochstilisiert wird. Es nervt, weil diejenigen degradiert werden, die tatsächlich Opfer sexistischer Übergriffe werden und die sich nun einreihen müssen in die ‚Opfer‘ von blöder Anmache. Sie gehen gerade unter in einem Meer von Banalitäten, die nichts weiter sind als das alltägliche Balzverhalten zwischen Mann und Frau.“

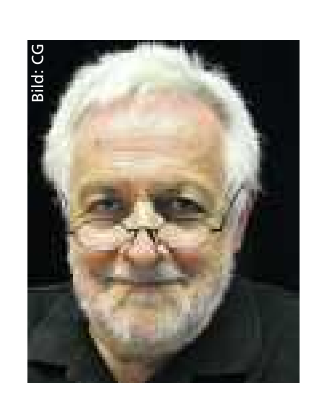


Bild: CG

Henryk M. Broder – Der deutsche Journalist und bissige Zeitgeist-Beobachter schreibt: „Im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz von 2006 wird ‚sexuelle Belästigung‘ als ‚unerwünschtes sexuell bestimmtes Verhalten‘ definiert, wozu ‚unerwünschte sexuelle Handlungen und Aufforderungen gehören, ‚sexuell bestimmte körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen Inhalts sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen pornografischer Darstellungen‘. Würde man dies wörtlich nehmen, wäre das Anbringen eines Pirelli-Kalenders in einer Autoreparaturwerkstatt, die auch von Frauen aufgesucht wird, ‚sexuelle Belästigung‘.“

Eugen Gomringer – Der bolivianisch-schweizerische Schriftsteller schrieb 1951 das Gedicht „avenidas y flores“. Es steht seit 2011 an einer Wand der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin, deren Preisträger Gomringer ist. 2017 lief der AStA dagegen Sturm, weil es „sexistisch“ sei. Gomringer fassungslos: „In dem auf Spanisch verfassten Gedicht geht es um einen Mann, der auf der Straße Blumen und Frauen bewundert. Ich habe beim Schreiben 1951 an eine Situation gedacht, die ich erlebt habe. Ich bin heute spazieren gegangen, und was sehe ich: eine wunderbare Allee, sehr viele Blumen und sehr schöne Frauen.“



Bild: Michael Lucan_Lizenz CC-BY 3.0

Alice Schwarzer – Die Urgroßmutter der Frauenbewegung, sagt: „Natürlich ist ein Flirt etwas Anderes als sexuelle Belästigung. Ein Flirt ist gegenseitig und auf Augenhöhe. Die sexuelle Belästigung ist einseitig von oben nach unten. Doch sollte es tatsächlich diesen oder jenen Mann geben, dem es schwer fällt zu unterscheiden, habe ich einen einfachen Tipp: Stellen Sie sich die Situation mal umgekehrt vor. Dass zum Beispiel eine ältere Politikerin mit einem jungen Journalisten über Slipgrößen scherzt.“

Das falsche Knie

Warum das Miteinander von Mann und Frau immer mehr zum Minenfeld wird

Sexverbrechen gehören bestraft. Immer und überall. Aber, was ist vom Vorwurf des Sexismus zu halten? Darf ein schlüpfriger Witz an der falschen Stelle eine berufliche Existenz vernichten? Und wie wirkt sich das auf unser Zusammenleben aus?

Es ist nicht leicht, dem „Sexismus“ heutzutage auf der Spur zu bleiben. Kaum hat sich das Getöse um FDP-Brüderle und seinen Tanzkarten- samt Dirndl-Spruch von 2013 gelegt, rafft sich 2017 die Empörung erneut auf und fordert Opfer. Gefällt werden sie reihenweise, etwa wie die Kettensäge den Fichtenwald, unabhängig davon, ob es seit Langem gefeierte Filmmogule, Politiker oder eher nachgeordnete Chargen sind. Die durch „Sexismus“, also Grabsch- und Sexvorwürfe, vernichteten Filmprominenten der letzten Wochen heißen in den USA Harvey Weinstein, Kevin Spacey und Steven Seagal. In Großbritannien sind es Verteidigungsminister Michael Fallon und Kabinettschef Damian Green; in Österreich der Grünen-Politiker Peter Pilz und schon im Mai 2017 der Wiener SPÖ-Bezirksrat Götz Schrage.

Was hat diesen Leute die Karriere geknickt? Da ist zunächst die Definition von „Sexismus“, die sich inzwischen pilzartig auf alles Mögliche ausweitet, was irgendwem und vor allem irgendwelcher nicht passt. Das kann ein Blick sein, ein schlüpfriger Witz, oder die Hand auf dem falschen Knie, wie es Briten-Minister Fallon passiert ist.

Das Wort „Sexismus“ entstand vor einem halben Jahrhundert in den USA, wo es 1968, im Jahr der Studentenrevolten, die Schriftstellerin Caro-line Bird erstmals verwendete. „Sexismus“ war als neuerfundenes Schlagwort extra so konstruiert, dass es wie „Rassismus“ klang und auch gebraucht wurde: Neben ethnischen Gruppen wurde die große Kategorie der Generalopfer um alle Frauen erweitert. Im deutschen Duden tauchte „Sexismus“ erstmals 1980 auf, knapp definiert als „Vorstellung, nach der ein Geschlecht dem anderen von Natur aus überlegen sei, und die Diskriminierung, Unterdrückung, Zurücksetzung, Benachteiligung von Menschen, besonders der Frauen, aufgrund ihres Geschlechts“.

Ganze Scheunentore werden der Denunziation geöffnet

Wer „Sexismus“ für ein abseitiges Schlagwort von modernen Bilderstürmern hält, die am liebsten jedes Unterwäsche-Plakat mit einer Frau herunterreißen wollen, der irrt. Eine erfolgreiche Idee hat die Eigenschaft, ununterbrochen Junge zu kriegen. Und so hat sich „Sexismus“ ins Unermessliche ausgedehnt. Befeuert wird er in Deutschland durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AAG) vom 14. August 2006. Es war gut gemeint, entwickelte aber eine nie geahnte Feuerkraft, die vor allem am Arbeitsplatz kaum noch Raum für einen unverkrampften Umgang der Geschlechter lässt: Da es sehr viel Raum für subjektiv „gefühlte“ Belästigung lässt, öffnet es der Denunziation nicht nur Türen, sondern ganze Scheunentore. Definiert wird da in Paragraph 3 „Begriffsbestimmungen“: „Eine sexuelle Belästigung ist eine Benachteiligung, wenn ein unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, wozu auch unerwünschte sexuelle Handlungen und Aufforderungen zu diesen, sexuell bestimmte körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen Inhalts sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen von pornographischen Darstellungen gehören, insbesondere wenn ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.“

Seither grassiert „Sexismus“ in ungeahnter Häufigkeit – und wird immer da lautstark moniert, wo es um eher harmlose Dinge wie Herrenwitze oder flüchtige Blicke geht. Erstaunlich wenig zeigt er sich da, wo es im öffentlichen Raum inzwischen massive Probleme bis zu Gewalt und Vergewaltigungen gibt: Beim Sozialverhalten und Frauenbild vieler Einwanderer aus dem afrikanischen und arabischen Raum ist die übliche Empörungsriege aus dem Lager roter und grüner Frauen erstaunlich leise. Und noch etwas hat sie bis heute nicht gestört, so viel Süffisanz muss sein: Dass Substantiv „Sexismus“ ist männlich! Dass sie diesen Skandal bis heute übersehen konnten ...

Ulrike Dobberthien



Ein glückliches Händchen? Vielleicht, vielleicht aber auch der Anfang vom Ende einer Karriere

Bild: action press

Rinderwahn, Vampire und Feuerwehrautos

Sie kommen und gehen wie Ebbe und Flut. Es sind die großen Hysteriewellen, die in regelmäßigen Abständen Gesellschaften erfassen, in Vergessenheit geraten, aufs Neue aufleben. Dazu gehört die aktuelle „Sexismus“-Welle, die schon an eine Massenhysterie erinnert. Dazu gehörten in der frühen Neuzeit die Angst vor Kometen, später der feste Glaube an Vampire, der im 18. Jahrhundert einem Wahn glich. Aber auch – erinnert sich noch wer? – das Waldsterben, Rinderwahn, Nematoden in Fischen, Atome in der Luft und Gene in Pflanzen. Sie alle werden mit einer hysterischen Hingabe behandelt, die Ressourcen bindet und von wahren Problemen ablenkt. Einbildungen, in denen immer unterschwellig der Weltuntergang mitschwingt, sind schließlich viel spannender als reale Missstände. Was dazu führen kann, dass aus einer Hysterie ein ganz reales Problem entsteht. Beispielsweise die Energiewende.

Hysterie führt zu realen Problemen

Sehr oft bilden sich solche Hysteriewellen in den USA, gelangen mit einiger Verzögerung nach Europa und fallen dann vor allem in Deutschland auf fruchtbaren Boden: So spotteten die Franzosen hingebungsvoll über die Deutschen und ihren Tick mit „Le Waldsterben“. Bei einer besonders verheerenden Variante in den USA ging es um sexuellen Missbrauch von Kindern in der Familie. Tausende Unschuldige standen plötzlich im Verdacht, ein abscheuliches Verbrechen begangen zu haben. Väter trauten sich nicht mehr, Urlaubsfotos von harmlosem Strandleben entwickeln zu lassen, aus Angst, sie würden angezeigt. Heere von Psychologen stürzten sich auf Kinder, witterten hinter der Liebe von Jungen zu Feuerwehrautos mit ausfahrbaren Leitern übelste Erlebnisse mit Vaters Gemächt. Nicht etwa, weil es stimmte, sondern weil es felsenfest in der Vorstellung von Hysterikern steckte.

Die Welle ging vorüber. Genau so, wie auch die aktuelle Sexismus-Hysteriewelle vorübergehen wird. Im Internet hat sie bereits einen Namen: #Metoo.

UD

Wie ein schlechter Porno

Hollywood, der Sex, die Lügen und die Unbefangenheit von einst

Hollywood gilt als Traumfabrik. Dass sie tatsächlich Träume produziert, zeigt die aktuelle, im fernen Kalifornien losgetretene Sexismus-Debatte, die sich an den Schweinereien des Filmproduzenten Harvey Weinstein entzündete. Nämlich die Träume hochbezahlter Selbstdarsteller, sie seien die guten, moralischen Weltenretter, die zu allem und jedem „mutig den Mund öffnen“, bevorzugt, wenn es um Politik geht, besonders bevorzugt, wenn es um Donald Trump geht.

Nun bricht die Selbstinszenierung der Schauspieler zusammen: Jahrzehntelang, seit den 80er Jahren, wusste jeder genau, was für ein Saustall Hollywood war. Das Stück, das dort in Dauerschleife läuft, klingt nach einem schlechten Pornostreifen und jeder spielte mit. Uma Thurman, Gwyneth Paltrow, Rosanna Arquette und Angelina Jolie sind nur einige, die in der Causa Weinstein den Mund hielten, während sie auf Galas tingelten, um wahlweise afrikanische Kinder oder Regenwälder zu retten.

Was waren das für Zeiten, als Hollywood noch Filme wie den

Großes Schweigen in der Causa Weinstein

legendären Western „Spiel mir das Lied vom Tod“ (Produktionsfirma Paramount) drehte – der übrigens 1968 in die Kinos kam, genau zu der Zeit, als das Wort „Sexismus“ erfunden wurde. In dem Streifen packt Schauspieler Jason Robarts in seiner Rolle als „Cheyenne“ der Darstellerin Claudia Cardinale genussvoll an den Hintern, um ihr später mitzuteilen, dass sie schwer schuftenden Eisenbahnarbeitern ruhig einen Schluck Wasser bringen dürfe: „Kannst dir gar nicht vorstellen, wie glücklich allein der Anblick einer Frau wie du die Männer macht. Und wenn dir einer, äh, den Hintern tätschelt, dann nimm es ihm nicht übel. Sie haben es verdient.“

1968 war auch das Jahr, in dem Frauen auf den Straßen ihre BHs verbrannten, beim Woodstock-Festival im Schlamm badeten und in dem in deutschen Kommunen der Spruch aufkam „Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment.“ Das ist deshalb relevant, weil es zeigt, dass damals die gesamte Bigotterie im Verhältnis der Geschlechter noch nicht herrschte. Mit dem Kampf gegen „Sexismus“ hat man die Probleme vervielfacht statt verringert.

UD

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Planvoll ins Umland wachsen

Wohnungsmangel: Neue Entwicklungsachsen durch Brandenburg sollen Berlin entlasten



Mit der Metropole verbunden: Attraktive Wohnstandorte für Berliner gibt es in Brandenburg genug

Bild: Imago

Mit Wohnungsneubau, Innenstadtverdichtung und einer Mietpreisbremse wollte der Senat verhindern, dass die Mieten in Berlin für Normalverdiener unbezahlbar werden. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC sagt nun allerdings für die kommenden Jahre noch einmal einen massiven Anstieg der Mieten in der deutschen Hauptstadt voraus.

Befragt hatte das auf Wirtschaftsprüfung und Beratung spezialisierte Unternehmen PwC über 800 Immobilienexperten. Diese kürten Berlin zum beliebtesten Investitionsziel von Immobilienfirmen in ganz Europa. Die Untersuchung sagt zudem voraus, dass in der Spree-Metropole die Mieten so stark wie in keiner anderen europäischen Stadt steigen werden.

Viele Berliner werden diese Entwicklung mit gespaltenen Gefühlen betrachten. Zwar sehen Investoren für Berlin gute Chancen in der Zukunft, momentan ist die Millionenmetropole aber noch die Stadt der Geringverdiener. Wie unlängst bekannt wurde, müssen hier 132 000 einkommensschwache Haushalte sogar mehr an Miete zahlen, als von Jobcentern und Sozialämtern übernommen wird. „Viele Menschen müssen sich ihre Miete buchstäblich vom Munde absparen.“, klagt Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei).

Gegensteuern will der Senat nun, indem er neue Richtwerte und Härtefallregelungen für Mietzuschüsse festlegt. Insgesamt haben in Berlin rund 273 038 Haushalte mit etwa einer halben Million Menschen Anspruch auf einen Mietzuschuss vom Amt. Kommen auch weiterhin zu wenig preiswerte Wohnungen auf den Markt und bleibt der Zuzug nach Berlin hoch, dann ist zu befürchten, dass eine Erhöhung des Zuschusses nur kurz Entlastung schafft, dafür aber auf längere Sicht das Mietniveau sogar noch zusätzlich in die Höhe treibt.

Gerade Geringverdienern droht zudem noch weitere Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Bislang fördert der Senat Sozialwohnungen für 6,50 Euro je Quadratmeter. Um auch Beziehern mittlerer Einkommen zu helfen, will er künftig zudem Sozialwohnungen mit Mieten von acht Euro je Quadratmeter fördern. Da aber die Gesamtzahl von geplanten Sozialwohnungen offenbar nicht deutlich steigen soll, ist mit einem Verdrängungseffekt zu rechnen.

> Geringverdiener können sich die Miete kaum noch leisten

Auch ohne die Erweiterung der Zahl von Anspruchsberechtigten ist schon jetzt der Bedarf riesig: Derzeit verfügt etwa jeder zweite Haushalt in Berlin über ein so niedriges Einkommen, dass er eigentlich einen Anspruch auf eine Sozialwohnung hat.

Während die bisherige Senatspolitik die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt nicht entspannen konnte, haben die Verantwortlichen nun möglicherweise eine entscheidende Kehrtwende eingeleitet. Die Gemeinsame Landesplanungskonferenz der Länder Berlin und Brandenburg hat beschlossen, dem historisch gewachsenen Siedlungsstern der Metropole weitere Siedlungsachsen hinzuzufügen.

Die Planer knüpfen damit an eine Idee an, die sich seit mehr als 100 Jahren bewährt hat: Entlang von Schienenwegen ist Berlin strahlenförmig mit Vorstädten wie Erkner, Königs Wusterhausen und Oranienburg ins Umland hineingewachsen. Dieser Siedlungsstern sorgte einerseits dafür, dass der Bevölkerungsdruck von der Innenstadt genommen wurde, gleichzeitig aber die Mitte der Stadt per Bahn gut erreichbar war. Die dünner besiedelten Räume zwischen den Siedlungsachsen blieben Berlin als stadtnahe Naturräume erhalten.

Den bestehenden Achsen will die Konferenz künftig im Nordwesten eine neue Siedlungsachse in Richtung der Gemeinde Oberkrämer und im Nordosten nach Werneuchen hinzufügen. Der Beschluss könnte der entscheidende Schritt sein, der endlich zu einer Entspannung auf dem Berliner Wohnungsmarkt führt. Entlang der neuen Achsen kann nämlich künftig Bauland schneller entwickelt werden.

Der Beschluss steht für ein Umdenken in Berlin und Brandenburg. Berlin hat in den vergangenen Jahren sehr stark an der Nachverdichtung der Innenstadtbezirke gearbeitet. Wegen des starken Zuzugs sind trotz intensiver Bautätigkeit Wohnungen Mangelware geblieben. Auch Brandenburgs SPD-geführte Landesregierungen mussten in den vergangenen 25 Jahren dazulernen. Manfred Stolpe hat als erster Ministerpräsident nach der Friedlichen Revolution zunächst auf die bevorzugte Förderung der Randgebiete Brandenburgs gesetzt. Vor allem in den letzten Jahren ist aber deutlich geworden, dass der Wachstumsmotor Brandenburgs im Berliner Umland, im sogenannten Speckgürtel liegt.

Dieser prosperiert und wächst inzwischen immer tiefer in die Fläche des Landes hinein. Verstärken wird sich dieser Effekt noch mit einem weiteren Beschluss zum Landesentwicklungsplan. Neben neuen Siedlungsachsen, die aus Berlin hinausführen, ist auch ein „Sprung in die zweite Reihe“ vorgesehen. Weiter abgelegene Städte wie Eberswalde, Nauen oder Jüterbog sollen verkehrsmäßig so gut angebunden werden, dass sie für diejenigen interessant erscheinen, denen die Berliner Mieten zu hoch sind, die aber weiterhin als Pendler in der deutschen Hauptstadt arbeiten wollen.

Norman Hanert

Neues von der Abort-Koalition

Von Vera Lengsfeld

Berlin hat jede Menge Probleme: Die Stadt verwahrlost in immer schnellerem Tempo, die öffentlichen Parks verkommen zu Gefahrenzonen, viele Schultoiletten sind unbenutzbar, es mehren sich die Gebiete, die man abends besser nicht mehr betreten sollte, der Alexanderplatz ist auch tagsüber gefährlich, die Berliner Staatsanwaltschaft nicht mehr handlungsfähig, die Polizei und ihre Akademie von arabischen Clans unterwandert.

Mehr als genug zu tun für den Senat, sollte man meinen. Statt Ordnung zu schaffen, widmet der sich lieber Problemen, die keine sind. Dazu gehören die öffentlichen Toiletten der Stadt, sofern sie von dem Unternehmer Wall betrieben werden.

Wall hatte der Stadt vor Jahren ein Konzept angeboten, das die chronisch klamme Hauptstadt keinen Cent kostete. Er stellte die Bedürfnisanstalten gratis der Öffentlichkeit zur Verfügung. Im Gegenzug durfte er Werbeflächen vermieten. Nächstes Jahr läuft der Vertrag mit Wall aus. tatt ihn zu verlängern, wurde Wall gekündigt. Ob das damit zusammenhängt, dass Hans Wall zeitweilig Mitglied der Partei Alternative für Deutschland war? Dabei waren auf seinen Werbeflächen Linke-Politiker wie Gesine Lötzsch und Petra Pau jahrein jahraus präsent.

Nun ist die Linkspartei wieder in der Stadtregierung und ausgerechnet da wird Wall gekündigt. Hinter den Kulissen hört man, der eigentliche Grund sei gewesen, dass Wall an der Werbung weit mehr verdient habe, als der Toilettenbetrieb kostete.

Um das zu vertuschen, wurde verlautbart, Walls Konzept sei veraltet und müsste einem moderneren weichen. Berlin wolle den Neuanfang nutzen, um seine öffentlichen Toiletten „umweltfreundlicher“ zu machen.

Der Weg dahin sollen Plumpsklos sein, die in Berlin in Zukunft mehr zum Einsatz kommen werden. Ein Pilotprojekt in Lichtenberg läuft angeblich vielversprechend. Das behauptet zumindest die Senatsverwaltung für Umwelt und Klima in der Antwort auf eine schriftliche Anfrage.

Als Vorteile der Trockentoiletten werden angeführt, dass sie Trinkwasser einsparen und sich die darin gesammelten Fäkalien als biologischer Dünger nutzen lassen. Um Gestank zu vermeiden, werden in Trockentoiletten Hilfsstoffe wie Holzspäne zur Kompostierung verwendet.

Dieser frohen Nachricht folgt noch die Ankündigung, dass in den neuen Toiletten W-Lan empfangbar sein soll. Ob das die Sitzungen nicht zu sehr ausdehnt?

Digitales »Selber-Ernten«

Wie man am Rechner eine Parzelle aus der Ferne beackert

Die Digitalisierung ist als Schlagwort nicht nur für ein neues Bundesministerium gut. Martin Kruszka und Torsten Hütter verdienen mit ihrem Unternehmen IPGarten schon jetzt Geld damit. Sie sprechen von „selbstorganisierter und gesunder Ernährung“.

Anders als Verlage bieten sie keine digitalen Berater zum Anbau von Pflanzen, sondern einen echten Acker. Eine Art „Big Brother“ für Pflanzen. Sie versorgen Berliner mit Nahrungsmitteln aus einer computergesteuerten, über das Internet überwachten kleinteiligen Landwirtschaft, und das abseits von Wachstumsregionen in Warnau, nahe Stendal.

Computerspiel und eigener Bioanbau treffen hier aufeinander. Städter können vom heimischen PC eine Parzelle von 16 Quadratmetern steuern, in Echtzeit auf Kameras zugreifen und von der Saat bis zur Bewässerung übers Internet ordern, was sie möchten. Ein neunköpfiges Team beackert die Parzellen vor Ort nach den Wünschen der „Fernbauern“ in der Stadt. Mehr als 40 Kräuter- und Gemüsesorten stehen zur Auswahl. Die Bestellanfragen zeigen eine große, bundesweite Nachfrage. Statt Arbeitsplatzverlust durch neue Technik entstehen neue Verdienstmöglichkeiten, weil die „zu 99 Prozent transparent“ arbeitende Beackerung von der konventionellen Landwirtschaft Enttäuschte anspricht.

> Neues Geschäftsmodell schlägt ein

Möglich ist das Geschäftsmodell durch die Fortschritte in der Sensortechnik. Insgesamt fast jeder fünfte Landwirtschaftsbetrieb nutzt digitale Vernetzung, so der Deutsche Bauernverband. Je größer der Betrieb, desto häufiger kommen Sensordaten oder gar miteinander kommunizierende Maschinen zum Einsatz – rund ein Drittel der Wertschöpfung in der Landwirtschaft entfällt inzwischen auf Elektronik.

Für den 100 Kilometer von Berlin entfernten Kleinbetrieb war die Digitalisierung ein Überlebensmodell. Die Entfernung zur Stadt erschwert es Kunden, sich selbst zu kümmern. So kam es zur Idee, ein PC-Spiel in die Realität zu übertragen: Sensoren und Sendemasten erfassen und übertragen Daten wie Bodenfeuchte und Temperatur ins Internet. Statt sich die Finger schmutzig zu machen, lässt der Nutzer andere arbeiten, hat aber volle Kontrolle. Wer keine Kraft oder Zeit hat, kann trotzdem anbauen. Es gibt einen internen Markt. Wer möchte, kann die Erträge auch spenden. Allerdings sind Lieferungen noch auf den Berliner Raum beschränkt. *SG*

Maulkorb

Senatorin: Schulleiter sollen schweigen

In ihren neuesten „Praxisinformationen für Berliner Schulleitungen“ beklagt sich Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) darüber, dass verschiedene Schulleiter die Öffentlichkeit gesucht hätten, um katastrophale Zustände an ihren Lehranstalten anzuprangern. Scheeres will, dass die Rektoren nicht eigenmächtig mit Journalisten sprechen, sondern stattdessen mit den Eltern und dem Kollegium eine „motivierende Perspektive anbieten“.

> Mängel nur noch intern besprechen

Das sei „eine Frage des Stils“, beharrt die Senatorin, die wegen maroder Schulen und teilweise sogar gefährlicher Baumängel fast wöchentlich ihren Namen in den Zeitungen lesen muss. Vor wenigen Wochen hatte der Leiter der Carlo-Schmid-Oberschule in Spandau öffentlich bekanntgemacht, dass eine Zwischendecke im Foyer der Schule eingebrochen sei. Kein Einzelfall. Da der Senat keine durchgreifenden Maßnahmen durchsetzt, um solche Mängel zu beheben, wissen die Rektoren keinen anderen Weg, als die Missstände öffentlich zu machen.

GEW-Landeschef Tom Erdmann findet das Verhalten der Rektoren legitim: „Die Schulleiter wissen sich angesichts der teils dramatischen Situation an ihren Schulen nicht anders zu helfen. Der Senat hört ihnen ja nicht zu.“

Der rot-rot-grüne Senat hat zwar eine Schulbauoffensive angekündigt, in deren Rahmen bis 2026 5,5 Milliarden Euro ausgegeben werden sollen, aber es ist fraglich, ob das überhaupt ausreichend ist. Will Scheeres nur eine lästige Debatte abwürgen? Erdmann grübelt: „Ich frage mich ehrlich, was das soll.“ *Hans Lody*

Streit bei den Genossen

In der Linkspartei tobt ein Streit um die Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar. Das Bezirksamt Berlin-Lichtenberg hat die Info-Stände einiger Teilnehmer von der Größe her reduziert oder gar nicht genehmigt. Verkauf oder kostenloser Ausschank von Getränken sowie der Verkauf antiquarischer Bücher wurde untersagt. Bezirksbürgermeister Michael Grunst, selbst bei der Linkspartei, beschuldigt die Polizei: „Das Bezirksamt ist nicht Versammlungsbehörde und hat bei der Genehmigung von Standplätzen nur Spielraum, den die Polizei in diesem Fall lässt.“ Die jedoch kontert: „Die Beratungsleistung der Polizei zielt hierbei weder auf die Anzahl noch die thematische Ausgestaltung der Stände ab.“ Schon fragen sich Genossen, ob Grunst als Bürgermeister „noch tragbar“ sei. Die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke kündigte an, am Stand der „Jungen Welt“ persönlich gratis Glühwein ausschenken zu wollen. *H.L.*

MELDUNGEN

Kirgistan droht Handelspartnern

Bischkek – Kurz vor dem Ende seiner Präsidentschaft droht Kirgistans Staatschef Almasbek Atambajew damit, sein Land könne die Eurasische Wirtschaftsunion verlassen. Grund ist, dass Kasachstan nach Streitigkeiten mit Kirgistan seine Grenzen für kirgisische Waren geschlossen hat, und Bischkek nun der Weg zu Märkten der anderen Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion erschwert ist. Atambajew kündigte an, man werde sich auf Handelspartner in Usbekistan und China konzentrieren sowie neue Handelswege nutzen, etwa durch den beschleunigten Ausbau der Eisenbahnlinie Baku–Tiflis–Kars (Türkei), unter Umgehung Russlands und Kasachstans. *MRK*

Erdogan schielt nach der Krim

Kiew – Bei einem Staatsbesuch in der Ukraine hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan von sich aus seine Position bekräftigt, dass die Krim Teil der Ukraine sei und die Türkei deren Anschluss an Russland nicht anerkenne. Russische Politiker bemühten sich, den Affront herunterzuspielen. Tatsache ist, dass Erdogan diese Sicht auch nach seiner neuerlichen Annäherung an Russland weiter verfochten hatte. Gleichzeitig blokkierte die Türkei über Monate hinweg die Anlandung von auf der Krim gemeldeten Schiffen. Während der vorhergehenden Konfliktphase wurde Vertretern der Krim-Tataren in Ankara der Rote Teppich ausgerollt, die Verbindung der Krim mit dem „türkischen Mutterland“ beschworen und selbst Terror als legitimes Mittel gegen die russischen „Besatzer“ öffentlich gutgeheißen. Womöglich wünscht sich Erdogan eine „Heimkehr“ der Krim unter das Dach der Türkei, die sich von der zerrütteten Ukraine leichter erreichen ließe als vom solideren Russland. *T.W.W.*

Was tun mit Nordkorea?

Das kommunistische Land war auf der Asienreise Donald Trumps ein Dauerthema – Lösung nicht in Sicht

Donald Trump hat in Asien ein „Kern“-Problem: Es heißt Nordkorea. Sollte die Asienreise des US-Präsidenten erfolglos bleiben, könnten auch Nordkoreas Nachbarstaaten nuklear aufrüsten.

Nach den überaus massiven Drohungen des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un gegen die USA und deren ebenfalls recht harten Antworten zu urteilen, stünden beide Länder unmittelbar vor einem Atomkrieg mit zweifellos sehr großen Folgen für den gesamten fernöstlichen Raum. Dennoch haben immer wieder informelle Gespräche zwischen ihnen stattgefunden, oft über Diplomaten anderer Staaten.

Deutschland, das zu den wenigen Ländern mit einer Botschaft in der Demokratischen Volksrepublik Korea zählt, versuchte erst kürzlich unter Leitung eines erfahrenen Korea-Kenners eine Vermittlung, die indes völlig scheiterte.

Gewiss verhielt sich Kim Jong-un in den letzten Wochen ruhig, doch das als Friedenswillen zu werten, wäre falsch. Ursache dürfte der mysteriöse Einsturz von zwei Tunneln auf einer wichtigen Versuchsanlage sein, dessen Ursache gegenwärtig noch ungeklärt ist, und wohl auch nicht Rückschlüsse zulässt auf den Parteitag der für Pjöngjang so wichtigen KP Chinas, auf dem der Vorsitzende Xi seine Macht weiter ausbauen konnte.

Das wichtigste Ziel des chinesischen Staatspräsidenten ist die Erhöhung des Lebensstandards, befinden sich doch rund 50 Millionen Chinesen in Armut, mehrere Millionen sind arbeitslos. Größter Absatzmarkt für Chinas Waren sind die USA, auf deren Wirtschaftsmacht die Volksrepublik dabei angewiesen ist. Trump hat bereits mehrfach mit Handelssanktionen gedroht, sofern Peking nicht seinen Druck auf Nordkorea verstärken würde.

Sorgen bereiten muss Xi aber auch die Nuklearisierung seiner Nachbarn. Japan dürfte jetzt wirklich den Bau einer Atombombe anstreben, wozu es lediglich 90 Tage benötigt: Es ist primär die Angst vor nordkoreanischen Raketen, welche bis heute fünf Mal das Land überflogen. Japans Präsident Shinzo Abe weiß um dessen Abhängigkeit von den USA, doch in seinem Nationalstolz und gleichzeitigen Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Riesenland möchte er diese möglichst reduzieren.



Großer Bahnhof für Donald Trump in Peking: Der begeisterte Empfang in China dürfte Nordkorea nicht gefallen haben *Bild: Imago*

Südkorea, das sich vom US-Präsidenten übergangen fühlt und dessen Versprechen nicht völlig vertraut, will ebenfalls eigene Atombomben. In drei Jahren wäre Seoul dazu in der Lage. Auch dort herrscht Sorge vor einem erneuten nordkoreanischen Kriegsüberfall. Die Worte Trumps in Süd-Korea waren daher moderater, er sprach rätselhaft von „Bewegungen“, drohte indes bei einem solchen Fall mit massivsten Gegenschlägen – anders formuliert: Die USA würden von sich aus Nordkorea nicht angreifen. Rund um die Demokratische Volksrepublik Korea kreuzen gegenwärtig drei US-Flugzeugträger. US-Truppen haben bereits einen Angriff auf das dortige Atomzentrum Pungga-ri geübt und angeblich erreichten ihre Raketen alle ihr Ziel.

> Was ist China wichtiger? Nordkorea als Atomwaffenmacht verhindern oder den Kollaps des Landes vermeiden?

Der Nordteil Koreas besitzt heute die viertgrößte Armee der Welt mit teilweise allerdings veralteten 4300 Panzern und 1300 Flugzeugen. Die unlängst gezündete Wasserstoffbombe dürfte die zehnfache Sprengkraft der einstigen Hiroshima-Bombe haben. Die Raketen Pjöngjangs könnten schon jetzt die Vereinigten Staaten erreichen, die Lagerstätten seiner biologischen und chemischen Waffen scheinen unbekannt zu sein.

Andererseits zeigt der Druck auf das Land größere Erfolge: Der Verleih von Arbeitssklaven ins Ausland mit seinen jährlich zwei Milliarden Dollar Gewinn hat offenbar aufgehört. Gegenwärtig geht der internationale Bankenverkehr mit Nordkorea zu Ende.

Dass Kim Jong-uns Position nunmehr ohne Bestechungsgeschenke an seine Umgebung völlig unerschüttert ist, darf bezweifelt werden. Gewiss hat er kürzlich seine Schwester ins Politbüro seiner Staatspartei gehievt, aber lediglich als „alternatives Mitglied“. Trump dürfte sein Ziel, China zu einem vollständigen Öl-Embargo zu bewegen, nicht erreicht haben. Gewiss könnte der Norden Koreas mit einer Kohleverflüssigung den Ausfall in gewissem Umfange zu ersetzen versuchen, doch wäre bei einem dann zweifellos entstehenden Wirtschaftschaos ein Regimewechsel in Pjöngjang durchaus möglich.

Peking, das die atomare Aufrüstung seines Nachbarn scharf ablehnt – Kim Jong-un wurde noch nie nach Peking eingeladen –, möchte indes einen solchen Sturz vermeiden. Es will keine US-Truppen an seiner Grenze, wobei Erinnerungen an den Koreakrieg dabei dominierend sein dürften. Doch Xi wird sich entscheiden müssen, was ihm wichtiger erscheint: eine Atomwaffenmacht Demokratische Volksrepublik Korea zu verhindern oder deren Kollaps zu vermeiden. *F.-W. Schlomann*

Schlepper auf neuen Routen

Statt über Libyen drängen Immigranten über Tunesien nach Europa

Vor einigen Wochen wäre in einer tunesischen Küstenstadt der Bürgermeister von aufgebrachten Demonstranten, fast allesamt Angehörige von Asylsuchern, beinahe gelyncht worden. Grund des Aufruhrs war das Sinken eines Flüchtlingsbootes, das mit einem Küstenboot der tunesischen Marine zusammengestoßen war. 40 Menschen starben. Es waren tunesische Asylsucher.

Nachdem die Warlords in Libyen sich gegen Barleistung zur Zusammenarbeit mit der EU/Italien verpflichtet haben und dort das Leck gestopft ist, kommen immer mehr Asylsucher über Tunesien nach Sizilien. So kamen im September mit 1400 Immigranten aus Tunesien mehr Asylsucher aus diesem Land in Italien an als im gesamten Jahr 2017, dabei gehen die Italiener noch von einer großen Dunkelziffer aus.

Auf Lampedusa und Sizilien stranden fast jeden Tag illegale Immigranten aus Tunesien. Darunter könnten sich auch vermehrt IS-Rückkehrer aus Syrien und dem Irak befinden. Tunesien war das arabische Land mit der höchsten Ausreisequote zum Islamischen Staat in Syrien und dem Irak.

Anders als bei der Libyenroute, die meistens von Schwarzafrikanern genutzt wurde, sitzen in den Asylsucherschiffen aus Tunesien bislang zumeist arbeitslose aber finanzkräftige junge Männer aus der Wiege des Arabischen Frühlings, wie der Unfall mit dem Marineschiff bewies. Einige von denen, die von der italienischen Polizei geschnappt wurden, waren in teuren Schnellbooten, die den Weg nach Italien in wenigen Stunden schaffen, unterwegs.

Die meisten Immigranten, so vermuten die italienischen Behörden, werden von legal fahrenden tunesischen Fischkuttern vor die italienische Küste gebracht, dort in schmale Boote gesetzt und vor den Stränden ausgesetzt. Dieser besondere Service hat natürlich seinen Preis. Viele vermuten, dass der finanzstarke, aber jetzt besiegte IS, seine Finger mit ihm Spiele hat.

> Die Zuwandererzahl nach Spanien hat sich verdoppelt

Anders auch als die Schwarzafrikaner, die sich oft wenige Kilometer bereits von der libyschen Küste entfernt in Schlauchbooten sitzend von europäischen einwanderungshelfern retten ließen, schaffen es die tunesischen Schiffe zumeist noch an die italienischen Küsten, wo die Insassen dann unregistriert verschwinden und zumeist in Deutschland wieder auftauchen zum Asylantrag. Anders als in Deutschland liefen sie in Italien Gefahr ohne Asylverfahren direkt wieder abgeschoben zu werden, weil dort Tunesien als sicheres Herkunftsland gilt.

Unter diesen Verschwundenen und Unregistrierten befinden sich, so italienischen Behörden, nicht nur tunesische IS-Rückkehrer, sondern auch gewöhnliche Straftäter und bereits einmal abgelehnte Asylbewerber, die zuvor unter großem bürokratischem Aufwand aus anderen Ländern Europas abgeschoben wurden.

Auch in Spanien verdoppelte sich die Zahl der Neuankömmlinge in den vergangenen neun Monaten im Vergleich zum Vorjahr von 5400 auf über 12 300. Hier bilden die spanischen Exklaven in Afrika, Ceuta und Mellila, ein besonderes Einfallstor, das von Marokko nur noch halbherzig bewacht wird.

Auf die neuen Schlepperrouten haben sich die Einwanderungs-Hilfs-NGO bereits eingestellt: Die „Seefuchs“ der deutschen NGO „Sea-Eye“ hat sich ebenfalls Richtung Tunesien begeben und wartet jetzt an der libysch-tunesischen Seegrenze auf Kundschaft, die aufgenommen werden will. *B. Bost*

Politneuling wird Nachfolger

Österreichs »Liste Pilz« muss sich nach Rücktritt neu sortieren

Zunächst sprach er von einer „politischen Intrige“ gegenüber seiner Person, um einen Tag danach einzugestehen: An diesen Vorwürfen könnte etwas dran sein. Der Ex-Grüne Peter Pilz, der erst Mitte Oktober bei den österreichischen Parlamentswahlen mit seiner neu gegründeten Partei „Liste Pilz“ den Einzug ins Parlament gefeiert hatte, trat nach mehreren Vorwürfen der sexuellen Belästigung letzten Dienstag von seinem Mandat zurück.

Am selben Tag veröffentlichte die Wiener Stadtzeitung „Falter“ Hinweise auf Übergriffe. Dabei bezog sich die Zeitung auf Protokolle von Frauen, die ihre Vorwürfe vor Gericht zu bezeugen bereit wären. So soll Pilz beim Forum Alpach 2013 eine junge Frau sexuell belästigt haben. Außerdem beschuldigte ihn eine ehemalige Grünen-Mitarbeiterin, sie über 40 Mal sexuell belästigt zu haben.

In einer ersten Reaktion bestritt Pilz allerdings diesen Vorwurf und warf der Frau Karrieregeilheit vor, hinter den Vorwürfen – ausgerechnet kurz, nachdem die Grünen aus dem Parlament geflogen waren – stecke politisches Kalkül. Der als Aufdecker von Skandalen erfolgreiche Politiker hatte erst im Juni nach Differenzen die Grünen verlassen und kurz darauf seine eigene Partei gegründet.

Dienstagabend entschuldigte sich Pilz, für den die Unschuldsvermutung gilt, schließlich via Facebook bei den betroffenen Frauen. „Viele erwarten zu Recht, dass ich aus meinen privaten Fehlern lerne. Aber ebenso viele erwarten, dass ich zu meinen politischen Versprechen stehe: die beste Kontrolle im neuen Parlament zu schaffen und mit einer erfolgreichen Opposition den Grundstein für eine neue Mehrheit gegen Schwarz-Blau zu legen“, so Pilz in seiner Stellungnahme.



Bild: Imago

„Liste Pilz“ nun ohne Peter Pilz

Die Liste Pilz ist neben der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und die Partei NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum – eine von drei Parteien, die sich auf ihre Rolle als Opposition im Nationalrat, dem österreichischen Parlament, vorbereiten. Derzeit laufen die Regierungsverhandlungen zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die bei den Parlamentswahlen jeweils starke Gewinne einfuhren.

Vorläufiger Nachfolger von Pilz wird der ehemalige Leiter des Bereiches Recht im Verein für Konsumenteninformation (VKI) und Politneuling Peter Kolba. Voraussichtlich bis Ende Januar 2018 soll die Interimsphase dauern. Bis dahin will sich die Liste nach dem vorläufigen Rückzug ihres Gründers Zeit nehmen, sich neu aufzustellen.

Pilz selbst verspricht, sich nicht gänzlich und dauerhaft aus der österreichischen Politik zurückzuziehen. Seine Liste sei im Nationalrat durch „acht hervorragende Frauen und Männer“ vertreten. „Diese acht werde ich jetzt von außen unterstützen, mit all meiner Kraft, mit meinem Wissen und meiner Erfahrung“, so der 63-Jährige. *Michael Link*

Reizthema Bevölkerungsexplosion

Geburtenanstieg in Afrika erhöht Zuwanderungsdruck nach Europa – Gegenmaßnahmen an falscher Stelle

Kirchen, Hilfsorganisationen und Parteien reden im Zusammenhang mit der Massenzuwanderung nach Deutschland regelmäßig von der Notwendigkeit, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Genannt wird in diesem Zusammenhang immer öfter der sogenannte Klimawandel als ein Fluchtgrund, ein anderer wichtiger Faktor ist bislang aber immer noch ein Tabu.

Erst vor Kurzem musste sich die Bundesregierung harsche Kritik von Welthungerhilfe und Terre des Hommes anhören. Beide Hilfsorganisationen bemängelten, Deutschland würde sich bei der Entwicklungshilfe zu stark um Schwellenländer kümmern, anstatt sich auf besonders arme Länder zu konzentrieren.

Tatsächlich fließen zur Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutzzielen bisher erhebliche Entwicklungshilfemittel von Deutschland nach Indien, Südafrika, Brasilien. Deshalb ist schon seit einiger Zeit ein Nachjustieren der deutschen Entwicklungshilfepolitik zu beobachten.

Bereits im Juni hat Kanzlerin Merkel zu einem Afrika-Gipfel nach Bonn geladen. Reformorientierten Musterstaaten auf dem afrikanischen Kontinent wurden bei dem Treffen 300 Millionen Euro zugesagt. Als Kriterien für die Vergabe werden die Achtung von Menschenrechten, Reformbereitschaft, Rechtssicherheit und Korruptionsbekämpfung genannt.

Kritiker wie der Schriftsteller Hans Christoph Buch sehen den Plan skeptisch. Aus seiner Sicht lässt sich in Afrika kaum ein „nicht korruptes, verantwortungsvoll regiertes Land“ finden. Der Autor warnt: „Wir alimentieren Regimes, vor denen gerade die Leute weglaufen. Die fliehen, weil sie keine Chance haben in Staaten, die von einer Ethnie oder Partei zu einem Selbstbedienungsladen gemacht worden sind.“

Tatsächlich gibt es mittlerweile einige Kritiker, die warnen, dass die bisherige Form von Entwicklungshilfe verkrustete Strukturen aufrechterhält und Korruption vielerorts erst noch befeuert.

Besonders drastisch ist das Urteil, das die afrikanische Ökonomin Dambisa Moyo vor einigen Jahren gefällt hat. Laut Moyo wurden im Rahmen von Entwicklungshilfe im Zeitraum der letzten 50 Jahre über eine Billion Dollar an Hilfsleistungen nach Afrika überwiesen. „Doch geht es den Afrikanern durch die mehr als eine Billion Dollar, die in den letzten Jahrzehnten gezahlt wurden, tatsächlich besser?“, fragt Moyo. Auf der Basis dieser Einschätzung plädiert die Entwicklungshilfe-Kritikerin für einen schrittweisen Ausstieg aus dem bisherigen System von Entwicklungsgeldern.

Inzwischen liegen auch Untersuchungen vor, wonach Entwicklungshilfe Migration mittelfristig sogar zunehmen lässt. So erklärte Thomas Bauer, der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) im März dieses Jahres: „Die Ärmsten der Armen werden nicht wandern. Sie können sich das nicht leisten und haben nicht die nötigen Netzwerke und Informationen für eine solche Entscheidung.“

Aus Sicht des Wirtschaftswissenschaftlers ist damit zu rechnen, dass sich mit steigendem Bildungsstand und besseren Einkommen zunächst sogar mehr Menschen auf den Weg machen werden. Der Experte hält es trotzdem für richtig, armen Ländern bei ihrer Entwicklung zu helfen. Langfristig sei mit der Angleichung der Verhältnisse und damit zu rechnen, dass sich weniger Menschen für eine Migration entscheiden, so der Professor für Wirtschaftswissenschaft.

Dieses Phänomen wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung als „migration hump“ bezeichnet und ist empirisch nachgewiesen. Im speziellen Fall von Afrika sind allerdings Zweifel angebracht, ob es auch dort zu einem Abebben der Migration durch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse kommt.

Prognostiziert wird, dass sich bis 2050 die Zahl der Afrikaner von heute rund einer Milliarde auf zwei Milliarden verdoppelt. Entsprechend hoch muss das Wirtschaftswachstum Afrikas ausfallen, um überhaupt den bereits erreichten Stand beim Pro-Kopf-Einkommen halten zu können.

Europa wird die Folgen dieser Entwicklung nicht nur über weiter steigenden Zuwanderungsdruck an seinen Grenzen zu spüren bekommen. Die Ölproduzentenorganisation OPEC rechnet damit, dass das Wachsen der Weltbevölkerung auf 9,8 Milliarden Menschen bis 2040 den Energieverbrauch um ein Drittel steigen lassen wird.

Bemerkenswert ist, dass in der öffentlichen Diskussion das Thema Eindämmung der Bevölkerungsexplosion etwa auf dem afrikanischen Kontinent bislang ein weitgehendes Tabu ist. Vorgebracht werden stattdessen immer öfter Appelle an die Bewohner der Industriegesellschaften wie zum Beispiel diese: „Wir müssen unseren eigenen ökologischen Fußabdruck verkleinern.“



In den Entwicklungsstaaten ist kein Ende der Bevölkerungsexplosion in Sicht. Allein in Afrika wird sich bis 2050 die Bevölkerung auf zwei Milliarden Menschen verdoppeln. Und damit steigt auch der Verbrauch an Ressourcen und Energie

Bild: Imago

Europäer und Nordamerikaner sehen sich mittlerweile sogar mit Forderungen konfrontiert, aus Rücksicht auf Klimaschutz und Ressourcenverbrauch gänzlich auf eigene Kinder zu verzichten. So rechneten Seth Wynes und Kimberly Nicholas in der Publikation „Environmental Research Letters“ vor: „Eine US-amerikanische Familie, die auf ein Kind verzichtet, spart genauso viel Emissionen ein wie 684 Teenager, die für den Rest ihres Lebens strikt recyceln.“ *Norman Hanert*

MELDUNG

Papiergeld in Gefahr

Frankfurt am Main – Mit einer Aufsehen erregenden Studie lässt die Deutsche Bank Sparern den Schreck in die Glieder fahren. Danach sehen Ökonomen des größten deutschen Geldinstituts das gesamte Papiergeldsystem binnen der kommenden zehn Jahre in eine existenzielle Krise schlittern, wodurch die Altersvorsorge der Deutschen massiv an Wert verlieren dürfte. Hintergrund ist die Erwartung, dass infolge der lockeren Geldpolitik die Inflation zurückkehren wird. In vergangenen Inflationsschüben haben die Notenbanken mit steigenden Zinsen gegengehalten. Diese stabilisierten nicht nur den Geldwert wieder, sie ersetzten den Sparern auch die durch die Geldentwertung verlorene Kaufkraft ganz oder teilweise. Mittlerweile aber ist die Verschuldung, etwa vieler Staaten, laut der Studie derart hoch, dass eine spürbare Anhebung der Zinsen nicht mehr zu verkraften wäre. Stattdessen sei eher mit Negativzinsen, lockeren Kreditbedingungen und Lohnschüben zu rechnen. Das treibe die Inflation immer höher, bis womöglich das Vertrauen ins Papiergeld en sich schwindet, was in den Zusammenbruch von Währungen münden kann. Bislang waren solche Horrorszenarien eher an den Rändern der Finanzwelt diskutiert worden. Nun hat die Debatte das Zentrum erreicht. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.978.067.634.474 €

Vorwoche: 1.978.031.759.262 €

Verschuldung pro Kopf:
24.044 €

Vorwoche: 24.043 €

(Dienstag, 14. November 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Es ist was faul im Euro-Staat

EZB-Chef Mario Draghi als Warner – Die Bürde der faulen Kredite

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, mahnt gemeinsame Anstrengungen zum Abbau von Problemkrediten in den Bilanzen europäischer Banken an. Auf einer Konferenz zur Bankenregulierung in Frankfurt sagte er: „Gegenwärtig ist das wichtigste Thema hier, die faulen Kredite anzugehen“. Draghi erklärte, bei großen Geldinstituten seien die Bestände an faulen Krediten zwar zurückgegangen, das Problem sei allerdings nicht behoben. Viele Banken seien noch immer nicht in der Lage, große Verluste zu verkraften.

Von der EZB wurde zum Ende des ersten Quartals das Volumen problematischer Kredite auf 865 Milliarden Euro beziffert. Nimmt man kleinere Geldhäuser mit hinzu, die nur von den nationalen Bankenaufsichten überwacht werden, dann ist das Problem der faulen Kredite vermutlich noch brisanter für die Stabilität des Bankensektors. Zudem sinkt mit diesen Altlasten auch die Bereitschaft der Banken, neue Kredite zu vergeben. Diese Zurückhaltung bremst wiederum das Wirtschaftswachstum.

Die EZB hat allerdings für ihr Anleihenkaufprogramm unter anderem angeführt, sie wolle damit die Wirtschaft ankurbeln. Auf der Hand hätte es eigentlich gelegen, das Problem der faulen Kredite zügig anzugehen, um den Banken wieder die Finanzierung der Wirtschaft zu erleichtern. Im Zuge der Anleihenkäufe ist stattdessen die EZB ins Risiko gegangen.

Seit dem Sommer letzten Jahres kauft die EZB auch Firmenanleihen auf. Sie ist inzwischen sogar zum größten Nachfrager am Markt für Unternehmensanleihen mutiert. Das hat nicht nur die Anleihenkurse verzerrt, sondern auch Großbanken wie der französischen BNP Paribas, die Anleihen platziert haben, gute Einnahmen beschert. Weniger rosig ist die Lage allerdings für kleinere Firmen und für Geldhäuser, die nicht zur Liga der großen Investmentbanken gehören.



EZB-Chef Mario Draghi Bild: EZB

Der Zeitpunkt, zu dem der 70-jährige Draghi den Berg fauler Kredite zum Thema macht, wirft noch aus einem anderen Grund Fragen auf: Die achtjährige Amtszeit des Italieners läuft im Herbst 2019 ab. Da somit vergleichsweise wenig Zeit für eine Lösung des massiven Kreditproblems verbleibt, entsteht der Eindruck, Draghi wolle sich noch vor dem Ende seiner Amtszeit als „früher Warner“ in Position bringen. Obendrein wird Draghi seinem Nachfolger vermutlich eine stark aufgeblähte EZB-Bilanz voller Risiken hinterlassen.

Bemerkenswert ist, dass sich Draghi nun scharfer Kritik aus seinem Heimatland Italien gegenüber sieht. Dort wird befürchtet, dass unlängst vorgestellte Richtlinien zum künftigen Umgang mit neuen Problemdarlehen zu einer Belastung für die italienischen Banken werden. Besorgt ist man in Italien zudem, dass die neuen Regeln auch auf den Berg bereits vorhandener Problemkredite angewendet werden. In der Eurozone entfällt etwa ein Viertel aller faulen Kredite auf italienische Banken. *N. H.*

»Unverändert besorgt«

EU-Kommission bedroht Automobilstandort Deutschland

Vorletzten Mittwoch hat die EU-Kommission einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der dem Klimaschutz dienen soll, aber das Ende des bisherigen Automobilindustrie bedeuten würde. Denn, wenn die Punkte so durchgesetzt werden wie geplant, wäre das Ende des herkömmlichen Verbrennungsmotors so gut wie besiegelt. So soll der Kohlendioxidausstoß vom Jahr 2021 bis 2030 um insgesamt 30 Prozent sinken. Basis ist ein Ausstoß von 95 Gramm CO_2 pro Kilometer bei Personenkraftwagen und 147 Gramm bei leichten Nutzfahrzeugen.

Autoherstellern, die diese Zielvorgaben verfehlen, drohen saftige Strafen. Die EU sieht 95 Euro für jedes zu viel ausgestoßene Gramm CO_2 vor. Und diese Richtlinie gilt pro Auto. Bei Konzernen wie VW könnten so schnell viele Millionen Euro zusammenkommen.

Mit dem sogenannten Pariser Übereinkommen habe sich die internationale Gemeinschaft verpflichtet, zu einer modernen Wirtschaft mit niedrigem Kohlendioxidausstoß überzugehen, heißt es in einer Mitteilung der Kommission. Die EU müsse die Chance ergreifen und eine globale Führungsposition einnehmen, während Länder wie die USA und China sehr rasch Fortschritte machten.

Für die deutschen Autohersteller sind dies beunruhigende Zeiten. „Ich bin unverändert besorgt“, sagte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger beim Auto-Gipfel des „Handelsblatts“ am 25. Oktober. Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident soll während der Verhandlungen massivem Druck seitens der Automobilindustrie ausgesetzt gewesen sein. Matthias Wissmann, Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA), hat angeblich sogar direkt bei Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker interveniert, allerdings ohne durchschlagenden Erfolg.

Gabriel versuchte zu intervenieren, Merkel schweigt

Am Ende schaltete sich sogar der noch amtierende Außenminister Sigmar Gabriel in die Debatte ein. In einem Brief an Juncker warb er dafür, „jedem Sektor genügend Freiraum zu lassen, um seinen Beitrag zum Klimaschutz umzusetzen“ und „gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass wir die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der EU im globalen Rahmen nicht gefährden“. Das gelte, so Gabriel, insbesondere für die deutsche Automobilindustrie. „Mir ist es deshalb ein großes Anliegen, dass wir die Innovationskraft der Automobilindustrie nicht durch zu eng gestrickte EU-Gesetzgebung ersticken“, schrieb der SPD-Politiker laut einem „Spiegel“-Bericht.

Angela Merkel schweigt derzeit zu diesem Thema. Dies könnte mit den Koalitionsverhandlungen zusammenhängen, denn den Grünen sind die neuen Regeln noch nicht weitreichend genug. „Der Vorschlag der EU-Kommission ist eine Mogelpackung. Ganz offensichtlich haben die Lobbyverbände der Automobilwirtschaft bei der Kommission mal wieder ganze Arbeit geleistet“, hieß es in einer Pressemitteilung der Bundestagsfraktion.

Entgegen anderslautenden Gerüchten soll es wenigstens keine Quotenvorgabe für die Produktion von E-Autos geben. Die Kommission will aber bis 2030 möglichst 30 Prozent der Neuwagen mit Elektro- oder anderen alternativen Antrieben auf die Straße bringen. Dafür stellt sie 800 Millionen Euro zum Ausbau von Ladestationen für Elektroautos in ganz Europa bereit. *Peter Entinger*

Theaterdonner

Von Frank Horns

Tusch, Fanfarenstoß, brausender Applaus: Deutschlands Enthüllungs-Journalisten haben wieder einen einzigartigen Coup gelandet. Journalisten von „Süddeutscher Zeitung", WDR und NDR werteten mit den Kollegen anderer Länder die „Paradise-Papers" aus. Die Dokumente stammen von Appleby, einer Anwaltskanzlei, die sich auf Wirtschaftsrecht und Investorenberatung spezialisiert hat.

Appleby, mit Sitz auf der Isle of Man, hilft seinen betuchten Kunden kräftig, Steuern zu sparen. Strafbar ist das Ganze nicht, sympathisch sind einem die Tricksereien, mit denen Superreiche noch ein Stück reicher werden, trotzdem nicht. Gesetze und Maßnahmen, um die Steuerschlupflöcher zu schließen, wären wünschenswert. Daher ist das Thema „Paradise Papers" auch unbedingt einen Bericht wert. Absurd aber ist der pompöse Aufwand, mit denen uns die Berichterstattung in endloser Breite verkauft wird. Unter dem Theaterdonner verbirgt sich zudem das große Schweigen der meisten Medien, zu den wirklich brisanten Themen, die das Land bewegen: Wie wär's denn mal mit den Antifa-Akten, den Intensivtäter-Protokollen oder den Asylbetrüger-Dokumenten?

Naive Egoisten

Von Sverre Gutschmidt

Nationen sind künstlich, Regionen natürlich – in dieser Färbung beurteilen viele Linke die von Teilen der Katalanen zugespitzte Unabhängigkeit als Aufbruch nach Europa. Jubel für die Region, die sich aufrafft, den Nationalstaat zu überwinden. Gemeinschaften sind nach dieser Logik künstlich, es sei denn, es sind die richtigen: Die Nation ist grundfalsch, da sie über mehr als ein paar Dörfer hinausgeht. So dachte das Mittelalter. So denkt der Stammesverband. Wenn es um die Segnungen des (deutschen) Sozialstaates geht, ist die Region dem linken Lager keine Richtschnur, da darf die Nation Segnungen exportieren.

So, wie die EU von einsichtigen Selbstbeschränkungen ihrer Nationen profitiert, wollen Separatisten europaweit von den Segnungen bestehender Nationalstaaten zwar profitieren, alles Unerwünschte (wirtschaftlich schwache Regionen) aber hinter sich lassen. Ein unabhängiges Katalonien in der EU ist in den heutigen Abhängigkeitsverhältnissen so naiv wie ein von Britannien abgespaltenes, EU-konformes Schottland.

Carles Puigdemonts Bewegung hat die Wucht, Europa weiter zu spalten. Aus seinem Brüsseler Exil macht er die EU zur Geisel seiner Bewegung in einer Zeit, in der sich die Gemeinschaft weder vom Brexit noch anderen Zerwürfnissen erholt hat.

Die Separatisten wollen Brüssel zwingen, Partei zu ergreifen – gegen Spanien und für die Protestierer der Region Barcelona. Doch die EU wird keine Lösung anbieten können, eben weil sie anders als die Nation keine gewachsene, sondern eine konstruierte Gemeinschaft ist.

Getroffene Hunde bellen

Von Hermann Paul Winter

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteursausschüsse (AGRA) wehrten sich kürzlich empört gegen Vorwürfe aus den Printmedien, sie würden sich politisch steuern lassen. Bezeichnungen wie „Staatsfunk" würden sie diskreditieren und ihre Arbeit verunglimpfen. Wie sollte eine politische Steuerung von Redaktionen denn auch vonstattengehen? Doch nicht etwa so wie im Oktober 2012, als die Sprecherin des CSU-Ministers Markus Söder beim Bayerischen Rundfunk intervenierte?

Nein, die Sache verläuft subtiler. Vor allem bei Sendungen rund um den Problemkreis Immigration gibt es bei den Öffentlich-Rechtlichen immer wieder suspekte, realitätsferne Darstellungen, die aufhorchen lassen. Sie gemahnen an einen 2012 unter Mitwirkung der Medien von der Regierung Merkel veröffentlichten „Nationalen Aktionsplan Integration".

Berechtigte Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen

In dem Plan kritisiert die Kanzlerin, dass in den Medien eine problemorientierte Berichterstattung über Immigranten überwiege. Negativbilder existierten vor allem in der Darstellung von Muslimen in Deutschland. Um diesen „Darstellungsdefiziten" entgegenzuwirken, seien Ansätze in Medienanstalten für eine Sensibilisierung und Qualifizierung der Redakteure und Programmverantwortlichen in Form von Programmkonferenzen und Fortbildungen vorbildhaft. Medien prägten in ihrer Berichterstattung und in den Unterhaltungsformaten die Bilder über die Einwanderungsgesellschaft und ihre Bevölkerungsgruppen wesentlich mit und spielten bei der Integration eine bedeutende Rolle. Sie seien in ihrer Berichterstattung und Programmgestaltung selbstverständlich (!) unabhängig. Aufgrund dieser grundgesetzlich verankerten Unabhängigkeit komme „dem Dialogprinzip" im Themenfeld Integration eine besondere Bedeutung zu.

Pikant: Dieser Plan erschien just zu dem Zeitpunkt, als eine Studie des Bundesinnenministeriums nachwies, dass 22 Prozent der jungen deutschen Moslems und 48 Prozent der nichtdeutschen Moslems im Lande jegliche Integration ablehnen. Der „Nationale Aktionsplan Integration" ist denn auch nichts anderes als eine Lenkung von Presseinhalten seitens der Bundesregierung, die man getrost als Aufforderung zur Propaganda bezeichnen kann. Und unschwer ist zu erkennen, dass ARD und ZDF die erbetenen Maßnahmen übereifrig umsetzen.

Dass ARD und ZDF durch direkte Eingriffe der Politik gesteuert werden, kann wohl nicht konstatiert werden. Der vorauseilende Gehorsam der Redaktionen gegenüber den Plänen der Bundesregierung jedoch ist Tatsache. Er dürfte der Grund dafür sein, dass jetzt getroffene Hunde bellen.



Er traf die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ins Mark, als er im Zusammenhang mit ihnen von „gebührenfinanzierter digitaler Staats-Presse" sprach: Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Mathias Döpfner

Bild: pa

Gegenwind



Die Türkei bewegt sich vom Westen nach Asien

Von Florian Stumfall

So wie die verschiedenen Erdplatten durch die Kraft der Tektonik ihre Lage zueinander stetig verändern, wenn auch meist ungeheuer langsam, weil es sich um ein erdgeschichtliches Ereignis handelt, so ändern sich die Beziehungen der Länder zueinander, aber sehr viel schneller, denn hier geht es um ein Geschehen, das die Menschen bewirken. Diese Regel gilt für alle Kontinente und Staaten, doch beispielhaft trifft sie auf die Türkei zu. Genau wie Kleinasien an einer gefährlichen Bruchstelle zwischen der eurasischen und der anatolischen Platte liegt, so laviert die türkische Politik zwischen Ost und West. Neuerdings ist erhöhte Bewegung in die Sache gekommen.

Doch tektonische Aktivitäten können zu gefährlichen, manchmal katastrophalen Verwerfungen führen. Das gilt für die Geologie wie für die Politik. Eine derartige Verwerfung, diesmal im politischen Sinne, hat die Türkei ausgelöst, als sie kürzlich in Russland das dort entwickelte und gebaute Raketen-Abwehr-System S 400 „Triumf" kaufte (siehe *PAZ* Nr. 40). Man kann verstehen: Ein Nato-Land, das Waffen bei einem so definierten Gegner kauft – das geht gar nicht. Außerdem geht der US-amerikanischen Rüstungsindustrie auf solche Weise ein erheblicher Reibach flöten, und derlei stört die US-Lebensphilosophie.

Der Vorgang mit den S-400 wäre für sich allein genommen schon schlimm genug – ein Nato-Partner geht auf Distanz, das sollte nicht vorkommen. Schlimmer aber ist, dass es sich dabei nicht um einen Einzelfall handelt. Dogu Perincek, der Vorsitzende der türkischen Vaterlandspartei erklärte kürzlich, Ankaras Entfernung von der Nato und seine Annäherung an Russland gewönnen an Geschwindigkeit. Zudem gehe sie nicht auf augenblicklichen Nutzen zurück – wie etwa den Kauf eines russischen Produkts, das dem US-amerikanischen Äquivalent deutlich überlegen ist – , sondern auf strategische Überlegungen.

„In absehbarer Zeit werden sich die Beziehungen zwischen Russland und der Türkei noch positiver entwickeln. Die Türkei ist in der Phase dauerhafter und stabiler konstruktiver Beziehungen nicht nur zu Russland, sondern auch zum Iran und Irak eingetreten, bald auch zu Syrien. Dann wird es bereits unmöglich sein, auf diese Einigkeit zu verzichten." Dass Pericek etwas derartiges ohne Wissen oder gar gegen den Willen Recep Tayyip Erdogans zu einer russischen Agentur sagt, darf man ausschließen. Schließlich kann er kein Interesse daran haben, als überführter Terrorist in irgendeinem finsteren Kerker zu verschwinden.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Überhaupt scheint Pericek von Erdogan mit der Rolle des diplomatischen Minenhunds betraut worden zu sein, denn was er in Folge noch alles von sich gab, ist hochexplosiv. So warf er den USA deren Zusammenarbeit mit den Kurden vor: „Jetzt sehen wir, dass die USA direkt auf die Türkei losgegangen sind. Deswegen ist Ankara gezwungen, mit den Nachbarländern zusammenzuarbeiten, da es keinen anderen Weg hat."

Damit nicht genug: „In Zukunft hat Ankara in der Nato nichts zu suchen. Diese Allianz stellt eine Bedrohung für Ankara dar. Die Türkei pocht an die Tür der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit." Die führenden Mitgliedsstaaten der Shanghaier Organisation aber sind China und Russland. Die Zeiten, da die Türkei als treuer Nato-Partner vor dem damals sowjetischen Kaukasus die Abhörstationen der USA und dann auch 50 „Jupiter"-Raketen hat aufstellen lassen, sind lange vorbei.

Sogar beim heiklen Thema Syrien nähern sich nicht nur die Türkei und Russland, sondern auch der Iran einander an. Bei den Verhandlungen im Rahmen der sechsten Runde der Syrien-Gespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana im September haben sich die drei Mächte darauf geeinigt, eine sogenannte Deeskalationszone in der nach wie vor instabilen nordsyrischen Provinz Idlib einzurichten. Dass auch der Iran, den die USA als Erzfeind betrachten, mit von der Partie ist, wird man in Washington nur mit großem Missmut registrieren. Denn dahinter steht die Tatsache, dass die USA in Syrien ebenso wie der Islamische Staat an Boden verloren haben, auch wenn sie sich im Norden des Landes, in Rakka, festkrallen wollen.

Militärische Machenschaften sind das eine, wirtschaftliche Winkelzüge das andere. Die Türkei, so wurde bereits im Dezember des vergangenen Jahres bekannt, plant, den Handel mit China, Russland und dem Iran künftig in „lokalen Währungen" abzuwickeln. Damit fügt es sich in eine internationale und immer mehr um sich greifende Strömung, die darauf abzielt, auf den US-Dollar als umfassende Weltwährung zu verzichten und andere Valuten bei grenzüberschreitenden Handelschaften zu nutzen.

Für die USA geht das an die Substanz, denn nur wegen der Rolle ihrer Währung als ausschließlicher Verrechnungseinheit weltweit war bisher die exorbitante Verschuldung der USA finanzierbar. Geht nun auch ein Nato-Partner finanztechnisch von der Stange, dann hat das eine vor allem auch psychologische Wirkung, die für die Wall Street fatal sein muss. Denn was Finanzen und Währung angeht, so stellt die Psychologie die halbe Miete dar.

Auch in Währungssachen, wie schon beim Waffenkauf, orientiert sich die Türkei neuerdings weniger an der Nato-Bündnis-Treue als vielmehr am eigenen Vorteil. Durch den Putschversuch im Jahre 2016 hat die türkische Lira gegenüber dem US-Dollar erheblich an Wert verloren. Wenn daher künftig der Ankauf von Öl oder Gas in Rubel anstatt in Dollar abgewickelt würde und Russland seinen Einkauf in der Türkei dann auf Basis der Lira tätigte, so wäre das für Ankara ein großer Vorteil. Dazu passt, dass die Moskauer Börse vor einigen Tagen bekanntgegeben hat, dass sie künftig Handel auch mit japanischen Yen sowie mit der türkischen Lira treiben werde.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier". In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Der türkische Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci versicherte der Nachrichtenagentur Anadolu: „Binnen der kommenden fünf Jahre wird sich die Welt in vielem ändern. Deshalb muss man sich darauf vorbereiten, künftig den Handel in nationalen Währungen zu betreiben. Das wird allen Seiten Nutzen bringen. Ein solcher Schritt würde den Interessen eines jeden Landes, darunter Russlands, des Iran, der Türkei, Chinas und Japans, entsprechen."

Was aber die Psychologie angeht, so hat die Entscheidung vom Mai dieses Jahres, den Nato-Gipfel nicht in der Türkei abzuhalten, es Ankara noch leichter gemacht, die innere Loslösung vom Bündnis zu vollziehen. Die Selbstgerechtigkeit der Nato-Granden, mit der sie die inneren Zustände des anatolischen Mitglieds kommentieren, stößt dort auf umso weniger Verständnis, als dieselben Kritiker, noch bevor sie sich am Morgen zum Frühstück hinsetzen, bereits ein paar Mal das Völkerrecht brechen. Jüngstes Beispiel: Neuerdings befindet sich Somalia erneut unter dem Raketen-Hagel der USA. Die Begründung? Terrorismus, was denn sonst. Rechtsgrundlage? Keine, was denn sonst.

Jedenfalls bewirken die politisch-tektonischen Bewegungen der Türkei einiges Kopfzerbrechen sowohl in Washington als auch in Brüssel, dort sogar doppelt, als EU-Hauptstadt sowie als Nato-Sitz. Die Stimmen derer, die noch vor Kurzem die Osmanen nicht schnell genug in der EU als Mitglied haben sehen können, sind verklungen, die Türkei bewegt sich politisch dorthin, wo sie historisch ihre Wurzeln hat, nach Asien, wobei Russland in seiner eurasischen Doppelfunktion den entscheidenden Anker darstellt. Im Westen war niemand auf eine solche Entwicklung vorbereitet.

Lars kriegt nix

Weihnachtsklassiker auf den Kopf gestellt – Den »Söhnen Hamburgs« ist nichts heilig

Vorsicht, Verwechselungsgefahr: Die „Söhne Hamburgs“ haben nichts mit dem Sänger Xavier Naidoo zu tun, dessen Musikgruppe unter dem Namen „Söhne Mannheims“ bundesweit bekannt ist. Die Hamburger „Söhne“ sind mehr auf Witz als auf Kontroversen aus. Kurz vor Weihnachten bespaßen sie den Norden.

Als eine Boyband von Männern im besten Alter lösen die Norddeutschen beim Publikum allerdings einen ähnlichen Kreischfaktor aus wie ihre Mannheimer Kollegen. Als „Die Söhne Hamburgs“ bespielen Sänger Stefan Gwildis, Pianist Joja Wendt und Allrounder Rolf Claussen gemeinsam und mit vereinten Talenten den Norden. Zur Freude des Publikums – vor allem aber zur eigenen.

„Stimme, Instrument, Improvisation – klar, dass das zusammen passt wie Hamburg und Hafen. Es wird das gemacht, worauf wir Lust haben. Ob das jetzt ein Rockstück ist, ein Boogie, Soul oder Salsa. Alles ist erlaubt“, sagt der älteste „Sohn“, Gwildis, und ergänzt: „Bei den virtuosen Geschichten darf man schon die Ohren anlegen. Es gibt da nicht die übliche Stringenz wie in den Solo-Programmen. Und wir haben einen Heidenspaß dabei, mal richtig auf den Putz zu hauen.“

Prominenter Geburtshelfer des Trios war Komiker Otto Waalkes. Bei einer Geburtstagsfeier ließ Deutschlands bekanntester Ostfriese den entscheidenden Satz fallen: „Da kommen ja die Söhne Hamburgs“ – mit einem leichten Anflug von Neid in der Stimme, dass er, als gebürtiger Emder, sich dieser Gruppe nicht würde anschließen können.

Offensichtlich hatte es dieses Anstoßes bedurft: Claussen, Gwildis und Wendt kennen sich seit vielen Jahren. „Mein alter Schulkumpel Rolf Claussen und ich haben früher viel Straßenmusik gemacht und sind einem Burschen begegnet, der sein Klavier durch Hamburg schob. Das war Joja Wendt. Damals haben wir schon gesagt: Wir müssen unbedingt mal was zusammen machen. In Hamburg dauert so etwas eben manchmal ein bisschen länger“, erzählt Gwildis.

So kam zusammen, was zusammengehört: Als „Söhne Hamburgs“ verknüpfen Claussen, Gwildis und Wendt die in ihren jeweiligen Karrieren gesammelten Erfahrungen und Kunstgriffe mit der anarchischen Spiel- und Improvisationsfreude aus ihren bunten Anfangsjahren als Straßenmusiker auf der Mönckebergstraße, beim alljährlichen Alstervergnügen oder in der Talentschmiede des Schmidt-Theaters. Und was daraus erwächst, ist ein an jedem Abend neuer, virtuoser Reigen aus Liedern, Szenen, artistischen Einlagen, Slapstick und einem gerüttelt Maß trockenen Humors. „Der Spaß ist so groß, dass es uns oft schwerfällt, am Ende des Abends überhaupt die Bretter zu verlassen“, sagt der 59-jährige Gwildis.



Musikalisches Trio mit Humor: „Die Söhne Hamburgs“ Gwildis, Claussen, Wendt (v. l.) Bild: DEAG

Auf der Bühne bearbeiten die drei Protagonisten mit Lust ihre eigenen Lebensumstände und Befindlichkeiten, genauso wie jene ihrer Babyboomer-Generation allgemein, besingen die Musiker-Steuererklärung und sich selbst – die „Männer in den besten Jahren“. Und natürlich geht es um Hamburg, um das neue Wahrzeichen über dem Wasser („Elbphilharmonie“) und das zum Sinnbild für den Verkehrsinfarkt gewordene alte, den Elbtunnel, gleich darunter („Licht am Ende des Tunnels“). Besonders geht es aber um die Menschen dieser Stadt, wie die Fischverkäuferin, der sie wunderbar zweideutige Eindeutigkeiten wie „Du hast schon so viele ausgenommen“ widmen.

Der inhaltlichen Parforcejagd steht der musikalische in nichts nach: Boogie, Soul, Jazz, Klassik und altes Hamburger Liedgut – jeder singt, jeder spielt, manchmal auch allesamt alles gleichzeitig und zusammen. Das Instrumentarium reicht von Gitarre und Bass über skurrile Straßeninstrumente Marke Eigenfabrikat bis hin zu einem sechs Meter langen Konzertflügel – begeh- und vor allem betanzbar und mit eigener Showtreppe versehen.

„Wir haben auch einen Extrablock mit Weihnachtsliedern im Programm, denn wir haben festgestellt, dass viele Weihnachtslieder deutschen Ursprungs sind. Deshalb haben wir den Ursprungstext ausgegraben“, sagt Gwildis. Bei den „Söhnen“ wird der weihnachtliche Pop-Ohrwurm „Last Christmas“ einfach in „Lars kriegt nix“ umgedichtet.

Und was sagen die Familien dazu, dass die drei Herren so kurz vor dem Fest noch so umtriebig sind und auf Tournee gehen? „Wir spielen zirka zehn Termine – da hat man immer noch genug Zeit, in den Supermarkt zu gehen, um Dominosteine und Spekulatius zu kaufen. Und zu viel Zeit vorher mit der Familie zu verbringen, ist auch nicht gut. Dann hat man sich unterm Weihnachtsbaum ja nichts mehr zu sagen.“ *Andreas Guballa*

Termine: 8. Dezember, 20 Uhr, Barclaycard Arena Hamburg. 10. Dezember, 20 Uhr, Stadttheater Heide. 11. Dezember, 20 Uhr, Kieler Schloss. 12. Dezember, 20 Uhr, Deutsches Haus Flensburg. 13. Dezember, 20 Uhr, MHC Messe Husum&Congress. 15. Dezember, 20 Uhr, Congress-Union Celle. 16. Dezember, 20 Uhr, Kugelbakehalle Cuxhaven. 18. Dezember, 20 Uhr, Stadthalle Wilhelmshaven. 19. Dezember, 20 Uhr, MuK Lübeck. Karten im Internet unter www.eventim.de sowie im örtlichen Vorverkauf

Autostadt als Kriegsschauplatz

Gegen Ende ihrer Karriere blüht die 65-jährige US-Regisseurin Kathryn Bigelow so richtig auf. 2008 gewann ihr Film „Tödliches Kommando – The Hurt Locker“ über Kampfmittelbeseitiger der US-Armee im Irak sechs Oscars. Ihr vier Jahre später entstandener Film „Zero Dark City“ über die Entdeckung und Tötung Osama bin Ladens im pakistanischen Abbottabad erwies sich ebenfalls als Actionhit. Ein ähnlicher Erfolg dürfte ihr Drama „Detroit“ werden, das am 23. November in die Kinos kommt.

In dem Film verlegt Bigelow den Kriegsschauplatz in die eigene Heimat. Thema sind die bürgerkriegsähnlichen Rassenunruhen in der Autostadt Detroit im Sommer 1967, als 43 Menschen ums Leben kamen. Bigelow reißt die Gewaltexzesse auf den Straßen nur kurz mit dokumentarischer Kamera an, ehe bei ihr alles in einer polizeilichen Folterverhörhölle in einem Motel kulminiert, in deren Verlauf drei Schwarze ums Leben kommen. Wurden die Polizisten, die damals wegen Heckenschützen die Nerven verloren haben und die in den waffenstarrenden USA wegen einer Spielzeugpistole durchdrehten, in einem späteren Prozess freigesprochen, so klagt Bigelow hier Polizeigewalt und das fehlgeleitete US-Justizsystem an. Dies aber auf äußerst spannende und differenzierte Weise, ist es doch auch ein Lehrstück, wie sich ethnische Konflikte ungezügelt gegen Rettungskräfte wie Polizei und Feuerwehr Bahn brechen. *tws*



Bild: 2017 Concorde Filmverleih

Ungezügelte Gewalt in der Autostadt Detroit

Die Mini-Berlinalen

Kinostress pur – Filmfestival auf Filmfestival in der Hauptstadt

Kaum werden die Tage kürzer und hat der Herbst Berlin fest im Griff, präsentiert sich die Hauptstadt als filmreife Gastgeberin für aufsehenerregende Filmfeste. Das Berliner Kurzfilmfestival und die Französische Filmwoche werden auch in diesem Jahr wieder zehntausende Cineasten und Filmliebhaber in die Kinos locken.

Beim 33. Berliner Kurzfilmfestival flimmern vom 20. bis 26. November mehr als 500 Filme aus rund 70 Ländern über die Kinoleinwände. Damit ist „Interfilm“, wie die Veranstaltung auch genannt wird, nach der Berlinale das zweitgrößte Filmfest in der Hauptstadt. In diesem Jahr spielen vor allem Kurzfilmschaffende aus den USA und den Ländern Ex-Jugoslawiens die Hauptrollen. Auch waren Filmschaffende in Sápmi, einer fast unbekannten Region Nordeuropas, unterwegs.

So zeigen Filmemacher aus den USA, wie eng im Land der unbegrenzten Möglichkeiten Auf- und Abstieg, Fortschritt und Finanzkrise, Rassismus und Menschlichkeit verknüpft sind. Zu sehen sind Menschen wie Rosa in „The good crazy“, die in Los Angeles abseits vom Glanz Hollywoods nach Orientierung sucht, oder eine schwarze Mutter, die bei ihren neuen Nachbarn auf Zugehörigkeit hofft.

Mehr als 20 Jahre ist der Krieg in den Ländern Ex-Jugoslawiens vorbei. Doch die Wunden sind längst nicht verheilt. Die Kurzfilme spiegeln den schwierigen Weg zwischen Kriegserlebnissen und Realität wider, zeigen Konflikte, aber auch Verbundenheit auf und Menschen, die ihre Identität wiederfinden möchten.



Bild: Interfilm Berlin

Filmkunst: Szene aus dem dänischen Kurzfilm „Nachthexen“

Erstmals blickt das Kurzfilmfestival in Regionen Europas, deren Probleme nicht die Schlagzeilen bestimmen. Eine solche Region ist Sápmi, die sich vom Norden Norwegens bis nach Russland erstreckt. Das Volk der Sami ist reich an Traditionen, Musik und Sprachen. Doch seine Geschichte ist bis heute geprägt vom Kampf gegen Unterdrückung und um Anerkennung. Acht Filme sind ein Spiegelbild dessen.

Gezeigt werden die rund 500 Filme in so bekannten Spielstätten wie dem Kino Babylon in Mitte, den Hackeschen Höfen, der Volksbühne und dem Zeiss-Großplanetarium. Darüber hinaus werden in sechs Wettbewerben Preise im Wert von insgesamt 32 000 Euro vergeben.

Kaum ist das Kurzfilmfestival vorbei, beginnt das nächste Filmfest. Dann wird Berlin frankophil. Am 29. November findet zum 17. Mal die Französische Filmwoche statt. Ob Rebellin oder Kämpferin, ob geheimnisvoll oder leidend – in den Filmen werden bis zum 6. Dezember vor allem starke Frauen vor der Kamera stehen.

Geplant sind 13 Premieren. So hat die Komödie „Das Leben ist ein Fest“ Deutschlandpremiere in Anwesenheit von Olivier Nakache und Eric Toledano, den beiden Regisseuren des Kinohits „Ziemlich beste Freunde“. Mit diesem Streifen wird die Filmwoche am 29. November eröffnet, der Abschlussfilm „Lieber leben“ läuft am 5. Dezember im Beisein der Regisseure Grand Corps Malade und Mehdi Idir. *Barbara Eising*

Pech am Kilimandscharo

Abgestürztes Drama – ARD-Film scheitert an Afrikas höchstem Berg

Es gibt Drehbuch-Rezepte, die scheinen eine gute Quote zu garantieren. Etwa so: Man nehme eine exotische Kulisse, eine Gruppe von Menschen mit Problemen und schicke sie auf den dornenreichen Weg zum gemeinsamen Ziel. Pech nur, wenn die Versatzstücke so klischeehaft und unglaubwürdig montiert sind, dass der Zuschauer überdeutlich die Absicht merkt.

So gesehen gerät „Kilimandscharo – Reise ins Leben“ (17. November, Das Erste, 20.15 Uhr) fast zum Ärgernis. Da ist der Ex-Leistungssportler Tom (Kostja Ullmann), der nach einem Unfall im Rollstuhl sitzt und nun beweisen will, dass er auch als Behinderter jedes Ziel erreichen kann. Ein ehrenwerter Vorsatz, aber muss es der 5895 Meter hohe Vulkankegel in Tansania sein, in dessen Gipfelzone selbst trainierten Marathonläufern die Luft wegbleibt?

Dann wäre da noch die Ärztin Anna (Anna Maria Mühe), die sich von der Pilgertour eine Entscheidungshilfe für ihre anstehende Operation erhofft. Bleiben noch Vater und Tochter (Simon Schwarz, Caroline Hartig), deren Beziehung schwer gestört ist, seit der Papa im Freundeskreis der Tochter wilderte. Nicht einmal der Bergführer darf unbekümmert voranschreiten – der kämpft mit einem unbewältigten Trauma.

Und so stolpert die bunte Truppe von Konflikt zu Konflikt, trifft unterwegs Affen und höhenkranke Bergwanderer, die von den einheimischen Trägern zum Basislager zurückgeschleppt werden. Um die notwendige Prise Drama unterzurühren, hängt ausgerechnet die Jüngste unvermittelt an einer Klippe. Und für die Dosis Komik soll wohl eine Szene sorgen, in der Tom seine indignierte Mitwanderin Anna um Hilfe beim Wasserlassen bittet.



Bild: ARD Degeto/Afilm Krampe/Anika Molnár

Safari mit Rollstuhl: Tom (l.) durchrollt den Urwald

„Gemeinsam sind wir stark!“ Dieses Motto wird Szene für Szene durchbuchstabiert, und damit auch der Letzte versteht, welch ungeheuren Edelmut der Pilgerweg zum Gipfel hervorbringt, wird das Leitmotiv noch musikalisch verstärkt. „Ich werde immer versuchen, mein Bestes zu geben, für unsere Freundschaft, für unser Leben“, singt der deutsche Liedermacher Enno Bunger im Hintergrund. Selbst der einheimische Träger, der mit einer geschulten deutschen Synchronstimme spricht, hat seinen Part in diesem Gutmenschen-Kanon. Als Dank für eine Reparatur werden die Kosten für ein Ingenieurs-Studium übernommen. Soweit, so dick aufgetragen.

Tatsächlich ist die Besteigung des Kilimandscharo ein Sehnsuchtsziel für Tausende. Selbst Menschen über 50 werden von Reiseveranstaltern animiert, dort hinaufzugehen. Und es gibt auch ein reales Vorbild für den verehrten Tom: 2016 rollte und kroch der beinamputierte Brite Aaron Phipps mit seinem Rollstuhl hinauf.

Soweit die Realität. Aber daran mochte sich dieser durchsichtig auf Emotionen zielende Rührschinken dann doch nicht halten. Gedreht wurde rund um Kapstadt in Südafrika. Den schneebedeckten Gipfel des Kilimandscharo in Tansania sahen die Schauspieler – wie andere Touristen auch – nur aus der Ferne. *Anne Martin*

Das Menetekel von Stalingrad

Stalin und Hitler schlugen an der Wolga ihre Schlacht ohne jedes Erbarmen

Bei Stalingrad schlugen zwei Gewaltmenschen ihre Prestigeschlacht. Josef Stalin und Adolf Hitler kämpften ohne Erbarmen mit den Opfern. Die Toten sind bis heute nicht exakt gezählt, 75 Jahre, nachdem die 6. Armee bei Stalingrad am 22. November eingekesselt wurde. Viele sehen in der Schlacht die Wende im Zweiten Weltkrieg.

700 000 Menschen starben bei dem Kampf um Stalingrad. Die Zahl ist vermutet, nicht belegt. Einige Militärhistoriker gehen sogar von einer Million getöteter Rotgardisten und ungezählten zivilen Opfern aus. 195 000 deutsche Soldaten wurden einkesselt. 60 000 verhungerten oder fielen. 110 000 Mann gerieten in sowjetische Gefangenschaft. Von denen überlebten 5000.

Stalingrad wurde zum Menetekel. Doch weder Stalin noch Hitler deuteten die Zeichen. Für Stalin bedeutete die Verteidigung der Stadt, die seinen Namen trug, mehr als eine strategische Absicherung. Für Adolf Hitler wird die Eroberung mit umgekehrten Vorzeichen ebenso bedeutsam gewesen sein.

Dabei standen am Anfang durchaus strategische Planungen. Über Stalingrad sollte der Vorstoß auf die kriegswichtigen Ölfelder im Kaukasus erfolgen. Die Stadt an der Wolga hatte eine Schlüsselstellung. Der von beiden Seiten verbissen geführte Kampf um die Stadt ist jedoch ohne deren symbolische Bedeutung kaum vorstellbar. Stalin hatte während des russischen Bürgerkriegs die Stadt befehligt und durch Massenerschießungen der KPdSU zum Sieg verholfen. Die Partei dankte es, als sie Zarizyn 1925 den Namen „Stalingrad“ gab.

Eine Fehleinschätzung Hitlers leitete das verlustreiche Ende bei Stalingrad ein. Er war davon ausgegangen, dass die Reserven des Feindes „weitgehend verbraucht“ seien. Das lasse eine weite Streckung der Front zu. Dabei sollte der Hauptangriff über die 6. Armee unter General Friedrich Paulus, unterstützt durch die 4. Panzerarmee mitsamt einigen rumänischen Verbänden, erfolgen. Die 6. Armee zählte 200 000 bis 250 000 Mann.

Als sie am 23. August 1942 Stalingrad erreichte, war Hitler überzeugt: „Die Russen sind am Ende ihrer Kraft.“

600 Maschinen der deutschen Luftwaffe sollten die Eroberung der Stadt vorbereiten. Die Opfer in der mit Flüchtlingen vollgestopften Stadt waren fürchterlich. Stalin hatte verboten, die Stadt zu evakuieren. Eine Millionen Bomben der deutschen Luftflotte 4 vernichteten die Stadt zum großen Teil, 40 000 Zivilisten kamen ums Leben. Der Befehl Stalins wurde dennoch nicht aufgehoben. Der Diktator war überzeugt, die Anwesenheit der Zivilisten stärke den Verteidigungswillen.

Die sowjetische Stalingrader Front befehligte Generaloberst Andreij Jerjomenko, unterstützt durch den politischen Kommissar Nikita Chruschtschow. Stalins Befehl Nr. 227 lautete: „Keinen Schritt zurück!“ Die Verteidiger igelten sich ein. Sie machten jedes Haus, jede Kreuzung zum Widerstandsnest. Je weiter die Deutschen in der Stadt vordrangen, desto heftiger wurde die Gegenwehr. Im November feierte Hitler im Münchener Löwenbräukeller einen Sieg: Das nahezu vollkommen zerstörte Stalingrad war bis auf einen kleinen Rest eingenommen.

Es war ein Sieg, der keiner war. Am 19. November lösten die Sowjets die Operation Uranus aus. Sie griffen die rumänische 3. Armee an. Deren Widerstand war

> Vor 75 Jahren wurde die deutsche 6. Armee bei Stalingrad eingekesselt

schwach. Gegen sowjetische Panzer standen von Pferden gezogene Geschütze. Die 22. deutsche und die 1. rumänische Panzerdivision erhielten den Befehl, die wankende rumänische 3. Armee zu unterstützen. Deren Kampfkraft war kläglich. Die Panzerkorps hatten in Scheunen und Ställen auf ihren Einsatz gewartet. Als der Befehl kam, waren nur 30 Panzer einsatzbereit. Mäuse hatten sich über die Kabel der Panzer hergemacht.

Die Zange der Roten Armee schloss sich am 22. November. Die 6. Armee war eingeschlossen. Hitler wollte die Soldaten aus der Luft versorgen, Hermann Göring hatte ihm versichert, es sei möglich, täglich 500 Tonnen in den Kessel zu bringen. Tatsächlich wurde mit 290 Tonnen die Höchstmenge erreicht, an manchen Tagen gab es gar keine Flüge. Im Durchschnitt warfen die Versorgungsflugzeuge zwischen November 1942 und Februar 1943 nur 94 Tonnen ab. Bereits zwei Tage nach Schließung des Kessels waren die Rationen halbiert, die Brotzuteilung auf 300 Gramm reduziert worden. Später wurden daraus 100, noch später 60. Der Hungertod forderte die meisten Opfer im Kessel von Stalingrad.

Verwundete sollten ausgeflogen werden. Verzweifelte Männer versuchten, mit diesen Maschinen aus dem Kessel zu entkommen. Manche klammerten sich an die Fahrgestelle. Die Piloten schuckelten und schaukelten, bis die anhängenden Passagiere die Kraft verließ und sie abstürzten. Die Begleitmusik dazu lieferte die sowjetische Propaganda. Einer der wesentlichen Akteure dabei war Walter Ulbricht, der spätere Vorsitzende des Staatrates der DDR und Generalsekretär des Zentralkomitees der SED. Über riesige Lautsprecher nudelte man den Schlager ab: „In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehn.“

Ein Entlastungsangriff scheiterte, der 6. Armee mangelte es an Treibstoff für einen Ausbruchsversuch. Das Ende war absehbar. Dennoch lehnte Hitler noch am 21. Dezember einen Ausbruch ab, so wie Stalin einst die Verteidigung bis zum letzten Mann gefordert hatte. Per Funkspruch beförderte Hitler General Friedrich Paulus zum Generalfeldmarschall in der Überzeugung, ein Träger dieses Titels gehe nicht in Gefangenschaft. Der Führer irrte. Einen Tag später, am 31. Januar 1943, drang die Rote Armee in das Zentrum der Stadt vor. Die Deutschen zerstörten, was noch zu zerstören war und kapitulierten. Der Großdeutsche Rundfunk meldete am 3. Februar, die 6. Armee habe „unter der vorbildlichen Führung von Paulus bis zum letzten Atemzug“ gekämpft. Dabei seien alle Soldaten gefallen.

Tatsächlich ließ sich Generalfeldmarschall Paulus gefangen nehmen. Er hatte seinen Offizieren verboten, sich durch Selbstmord der Verantwortung zu entziehen. Sie hätten das Schicksal der Soldaten in der Gefangenschaft zu teilen. Paulus blieb bis 1953 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Bis zu seinem Tod 1957 lebte er in der DDR. 1961 wurde aus Stalingrad Wolgograd. *Klaus J. Groth*


Statistisch überlebte nur jeder 22.: Deutsche Kriegsgefangene der Sowjetunion 1943 in Stalingrad Bild: pa

Erst langfristig ein Erfolg

Vor 100 Jahren begann die Schlacht von Cambrai – Die erste große Panzeroffensive der Geschichte

Vor 100 Jahren startete die British Expeditionary Force (BEF) in Frankreich die erste große Panzeroffensive der Geschichte. Sie hoffte, damit den Übergang vom Stellungskrieg zum Bewegungskrieg zu erzwingen. Allerdings endete das Unternehmen, das als Auftakt zur endgültigen Niederringung des deutschen Kaiserreiches gedacht war, ohne den erhofften Erfolg. Andererseits erprobte die Entente in der Schlacht von Cambrai innovative taktische Konzepte, die sich späterhin sehr bewähren sollten. Die Folgen waren also eher lang- denn kurzfristig.

Am 15. September 1916 hatten die Briten erstmals versucht, die erstarrte Frontlinie in Frankreich mit ihren neu entwickelten Tanks aufzubrechen (siehe *PAZ* Nr. 36/2016). Das war jedoch auf der ganzen Linie gescheitert, woraus einer der Befehlshaber den lakonischen Schluss zog: „Erstens sind Panzer in schlechtem Gelände nicht zu gebrauchen. Zweitens ist das Gelände im Gefecht immer schlecht. Drittens sind die Panzer auf dem Schlachtfeld nutzlos.“

Andere Militärs setzten hingegen weiter auf die Tanks. Diese sollten künftig aber massierter und in deutlich größerer Zahl – an der Somme hatte man ja lediglich 49 Kampfwagen aufgeboten – zum Einsatz kommen. Die diesbezügliche Premiere erfolgte im Bereich des Eisenbahnknotenpunkts Cambrai, der eine Schlüsselrolle bei der Versorgung der Truppen in der deutschen Siegfriedstellung zwischen Arras und Soissons spielte. Außerdem war die Gegend um Cambrai im Gegensatz zum sumpfigen Flandern und der Somme-Region deutlich besser für Panzereinsätze geeignet.

Der vom britischen Oberkommandierenden, Feldmarschall Douglas Haig, abgesegnete Plan zur „Operation GY“, von der sich die Entente den kriegsentscheidenden Befreiungsschlag versprach, sah einen konzentrierten Angriff im Bereich der nur fünf Kilometer breiten Front zwischen dem Canal du Nord und dem Canal de Saint-Quentin beziehungsweise Havrincourt und Honnecourt vor. Hierfür bot die BEF letztlich 15 Divisionen der 3. Armee unter Generalleutnant Julian Byng auf, denen auf deutscher Seite zunächst nur sieben, im Kampf um Ypern erheblich geschwächte Divisionen gegenüberlagen.

> Die Entente erprobte bei ihrer Panzeroffensive innovative taktische Konzepte, die sich späterhin sehr bewähren sollten

Ebenfalls stand das Royal Tank Corps unter Brigadegeneral Hugh Elles bereit – und zwar mit immerhin 378 Kampf- und 98 Transportpanzern. Die Aufgabe dieses Verbandes bestand darin, den Hauptstoß des III. Korps der Briten in Richtung auf Marcoing, Crèvecoeur und Bonavis zu unterstützen und eine Schneise für die nachfolgende Kavallerie zu schlagen, der die handstreichartige Eroberung von Cambrai oblag. Weiterhin sah die Planung von Byng das möglichst enge Zusammenwirken der Panzer mit Infanterie und Luftwaffe vor, womit neue, zukunftsweisende Maßstäbe in der Kriegführung gesetzt wurden, die später auch die deutsche Blitzkriegsstrategie im Zweiten Weltkrieg beeinflussten.

Die militärhistorisch also höchst bedeutsame Schlacht begann am 20. November 1917 um 6.20 Uhr mit einem ungewöhnlich kurzen Trommelfeuer der Artillerie, um den Gegner zu verwirren und das Gelände nicht durch zu viele Krater unpassierbar zu machen. Allerdings war die deutsche Seite vorgewarnt und rechnete mit dem Einsatz der Panzer, die dann um 7.15 Uhr losrollten. Trotzdem konnten die Angreifer die Frontlinie durchbrechen und neun Kilometer in Richtung Cambrai vorstoßen, wobei sie freilich mehr als 60 Tanks einbüßten.

Maßgeblich verantwortlich hierfür zeichnete Generalmajor George Montague Harper, der Kommandeur der 51. Highland Division, die den Ort Flesquières erobern sollte. Dieser Befehlshaber alter Schule misstraute der Panzerwaffe und fürchtete, die Kampfwagen würden unnötig feindliches Artilleriefeuer auf seine Männer ziehen. Deshalb befahl er ihnen, 100 Meter hinter den Tanks vorzurücken, statt in deren Deckung zu bleiben und diese zugleich gegen Attacken deutscher Infanteristen abzusichern. Dadurch gaben sowohl die Panzer als auch die Highlander leichte Ziele ab und der Vorstoß der 51. Division stagnierte. Das wiederum entblößte die Flanken dreier benachbarter Divisionen, worunter letztlich die gesamte Operation litt.

In der Folgezeit warf das deutsche Oberkommando erste Verstärkungen an die Front. Das taten die Briten zwar auch, allerdings nicht im erforderlichen Ausmaß. Schwer wog vor allem, dass sie keine weiteren Tanks in Reserve hatten, um die inzwischen schon rund 250 verlorengegangenen Kampfwagen zu ersetzen. Deswegen wurden die Panzer am 27. November zurückgezogen. Am nächsten Tag erhielt die Infanterie den Befehl, sich vor Cambrai einzugraben. Damit war die Offensive trotz einiger Geländegewinne gescheitert.

Doch es sollte noch schlimmer für die Briten kommen: Am 30. November begann zudem ein deutscher Gegenangriff mit 13 Divisionen der 2. Armee unter dem General der Kavallerie Georg von der Marwitz. Dabei gelangten erstmals in größerem Umfang Stoßtrupps zum Einsatz. An diesen Gefechten nahm auch der spätere Schriftsteller Ernst Jünger teil, der darüber in seinem Buch „In Stahlgewittern“ berichtete. Die deutsche Artillerie verschoss parallel hierzu ein Gemisch aus verschiedenen Giftgasarten. Zweck dieses sogenannten „Buntschießens“ war es, die feindlichen Soldaten mittels maskenbrechender Reizstoffe zum Herunterreißen des Atemschutzes zu veranlassen. Trotzdem stockte die Gegenoffensive bald im Bereich der alten Frontlinie aus der Zeit bis zum 20. November. Es entstand eine Pattsituation, die am 6. Dezember 1917 zum Abbruch der Kämpfe führte.

> Die kurzfristige Erfolglosigkeit der Entente bestärkte die deutsche Heeresführung in ihrer Unterschätzung der Panzerwaffe

Bis dahin hatten beide Seiten jeweils um die 45 000 Mann verloren – einschließlich derer, die in Gefangenschaft gerieten, vermisst blieben, verwundet wurden oder schlicht erkrankten. Die Zahl der gefallenen deutschen Soldaten lag laut dem offiziellen Heeres-Sanitätsbericht bei 1619; über die diesbezüglichen britischen Verluste existieren keine zuverlässigen Angaben.

Die schlussendlich gelungene Abwehr der ersten großen Panzeroffensive der Geschichte bestärkte die deutsche Heeresführung in ihrer grundsätzlichen Geringschätzung der neuen Waffe. Deswegen unterblieben sowohl der forcierte Bau von Kampfwagen als auch die Entwicklung von wirksameren Abwehrwaffen gegen sie.

Das sollte sich im Laufe des Folgejahres bitter rächen, als die Gegenseite das Zusammenwirken ihrer Tanks mit Infanterie und Luftwaffe optimierte und so zunehmend größeren Nutzen aus der Feuerkraft und Schnelligkeit der Panzer zog. Das Ergebnis waren folgenschwere deutsche Niederlagen wie die in der Schlacht bei Amiens im August 1918. *Wolfgang Kaufmann*

Der Freiheits- und Volksheld von Tirol

Andreas Hofer bezahlte seinen Widerstand gegen Napoleon und dessen bayerischen Verbündeten mit dem Leben

Die Tiroler verehren ihn. Andreas Hofer gilt ihnen als Volksheld gemeinhin. Selbst in der Südtirol benachbarten Provincia Autonoma di Trento (Autonomen Provinz Trient) genießt Hofer gewissermaßen als „Urvater der Autonomie des Trentino“ Verehrung. Sein Name ist vor allem mit dem Volksaufstand gegen die napoleonisch-bajuwarischen Usurpatoren verbunden.

In die Wiege war ihm dies nicht gelegt worden. Andreas Nikolaus Hofer, vulgo Hofer Andrä, wurde am 22. November 1767 als jüngstes von sechs Kindern am Sandhof im Passeiertal geboren. Die Mutter starb 1770, woraufhin der Vater neuerlich heiratete. Als auch er 1774 starb, erbte Andreas, der einzige Sohn, Hof und Wirtshaus. Von seinem 20. Lebensjahr an war Andreas nun „der Sandwirt“, bei dem Wanderhändler ebenso einkehrten wie Fuhrleute, die von Norden nach Süden und umgekehrt unterwegs waren und in seinem Stall Zugochsen und Rösser unterstellten. Der Weg von Sterzing über den Jaufenpass durch das Passeiertal nach Meran galt damals als wichtige Teilstrecke auf der für den transalpinen Handel bedeutenden Brennerroute.

Mehr noch denn als Bauer und Wirt betätigte sich Hofer als Händler. Meist bezog er Vieh aus dem ungarischen Reichsteil. Auf dem Rückweg durchs Inntal nahm er aus der Saline Hall Salz mit. Sodann handelte er mit Pferden, Ochsen, Kleinvieh, Wein und Branntwein. Diese Geschäfte betrieb er vor allem mit den „Walschen“, wie Italiener bisweilen heute noch genannt werden, den Bewohnern des trientinischen Teils des Habsburgerkronlands Tirol. Dabei kam ihm zugute, dass er sich nach dem Volksschulbesuch – Kaiser Josef II. hatte 1774 in allen Erblanden die Schulpflicht eingeführt – in ebenjenem benachbarten Welschtirol als Knecht und Dienstbote verdingt und sich das dort gängige italienische Idiom angeeignet hatte.

Öfter unterwegs denn daheim, war Hofer über die Lage im von Napoleon bedrängten Habsburgerreich sowie über die Stimmung in seiner von dessen bayerischem Verbündeten unmittelbar bedrohten Heimat bestens im Bilde. Erstmals kämpfte er als Korporal in einer Meraner Schützenkompanie 1796 gegen französische Truppen, die von Oberitalien aus gen Tirol vorrückten. Danach stellte seine heimatliche Talschaft eine eigene Kompanie auf, in welcher der Sandwirt als „Oberleutnant vom Schießstand Passeier“ fungierte. 1797 führte er als Hauptmann eine Landsturmkompanie nach Meran, rückte gegen das oberhalb von Bozen gelegene Jenesien vor und nahm an Gefechten teil, welche die Franzosen zum Ausweichen nach Brixen zwangen.

> Das »Andreas-Hofer-Lied« (»Zu Mantua in Banden«) ist seit 1948 die offizielle Hymne des österreichischen Bundeslandes Tirol

Nach dem Frieden von Pressburg, der 1805 den dritten Koalitionskrieg beendete, gehörte Tirol zu Bayern. Die wirtschaftliche Lage spitzte sich zu, was besonders Händler und Wirte zu spüren bekamen. Zusammen mit seinen bedeutendsten Mitstreitern – Josef Speckbacher, seine „rechte Hand“, sowie Peter Mair, „Wirt an der Mahr“ – schmiedete Hofer Aufstandspläne und weihte vertraute Geschäftspartner im ganzen Land ein. Im Passeiertal, im Vinschgau, im Etschtal sowie am Nonsberg und am Sulzberg verschafften sie sich Bundesgenossen.

Vor dem Hintergrund des fünften Koalitionskrieges im Jahre 1809 setzte ein einfacher Haufen Bauern Anfang April 1809 auf Hofers Appell hin zwei bayerische Kompanien in Sterzing fest. Auch in Welschtirol fanden seine Aufrufe Anklang: Aufständische, unter ihnen Passeirer Schützen, eroberten Trient, woraufhin die Franzosen bis zur südlichen Landesgrenze zurückweichen mussten.

Nach Scharmützeln Deutsch- und Welschtiroler Schützen Anfang Mai 1809 gegen französische Einheiten im Etschtal kam es zur Monatsmitte zu ersten Gefechten am Bergisel. Unmittelbar davor hatte Hofer ein Aufgebot von 5000 gut bewaffneten Schützen gen Norden geführt. Dessen erstes Aufeinandertreffen mit bayerischen Verbänden endete mit einem Sieg der Tiroler. Ein weiteres Gefecht am 29. Mai brachte keine Entscheidung; gleichwohl zogen die Bayern ins Unterinntal ab.

Mitte Juli 1809 wurde Hofer, Kommandant der Wehrverbände des südlichen Tirol, zum Oberkommandanten des ganzen Landes ernannt. Am 13. August kam es zur dritten Bergisel-Schlacht, die wegen Erschöpfung und Munitionsmangel auf beiden Seiten ohne Entscheidung endete. Dennoch feierten die Tiroler ihren „Sieg“.



Vor 250 Jahren am Sandhof bei St. Leonhard in Passeier geboren: Andreas Hofer Bild: pa

Zwei Tage danach übernahm der Sandwirt im Namen des Kaisers die Regierung in Tirol und zog als „Landesregent“ in die Innsbrucker Hofburg ein. Seine Landsleute akzeptierten ihn als einen der Ihren und ordneten sich ihm unter.

Doch Wien ließ ihn im Stich, wie Hofer und seine Getreuen es empfanden. Unmittelbar nach dem am 14. Oktober 1809 geschlossenen Frieden von Schönbrunn, der den fünften Koalitionskrieg beendete, verließ „Landesregent Hofer“ die Hofburg und war entschlossen, sich zu unterwerfen. Doch er ließ sich umstimmen und rief seine Tiroler neuerlich zu den Waffen. Das letzte Gefecht am Bergisel endete am 1. November mit der völligen Niederlage. Hofer musste sich daraufhin verborgen halten, da auf seinen Kopf ein beträchtliches Lösegeld ausgesetzt war. Verraten von einem Landsmann wurde er am 28. Januar 1810 verhaftet und nach Mantua überstellt. Dort wurde er am 20. Februar 1810 füsiliert.

Die Fama besagt, Hofer habe nach zwölf Schüssen des aus sechs Soldaten bestehenden Exekutionskommandos noch ausgerufen „Ach, wie schießt ihr schlecht!“, woraufhin ihn dessen befehligender Offizier mittels Kopfschusses vom Leben in den Tod befördert habe. Julius Mosen nahm die Sentenz in die abschließende sechste Strophe seines 1831 verfassten Gedichts „Zu Mantua in Banden“ auf, das Leopold Knebelsberger 1844 vertonte und seit 1948 als „Andreas-Hofer-Lied“ die gesetzlich fixierte Tiroler Landeshymne ist.

1823 bargen fünf österreichische Kaiserjägeroffiziere unter Führung des Freiburgers Georg Hauger im damals österreichischen Mantua insgeheim Andreas Hofers Gebeine und verbrachten sie nach Innsbruck, wo sie seitdem in der Hofkirche ruhen. Markante Denkmäler in allen Teilen des alten Tirol zeugen von seinem Ruhm. Und Landesfeiern, die im Abstand von jeweils 25 Jahren in Erinnerung an 1809 begangen werden, tragen Volksfestcharakter. *Reinhard Olt*

Der »preußische Apoll« war ziemlich musikalisch

Prinz Louis Ferdinand von Preußen war nicht nur Beau, Frauenheld, Schuldenmacher und Feldherr, sondern auch Komponist und Pianist

Offizieller Erzeuger des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen war der jüngste Sohn des Soldatenkönigs, August Ferdinand von Preußen. Die Zeugung des kräftigen Knaben trauten jedoch viele Zeitgenossen dem kränklichen, meist mürrischen Prinzen nicht zu. Statt seiner wurden hinter vorgehaltener Hand neben dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel Friedrich Wilhelm Carl Graf von Schmettau als möglicher Vater genannt, der Hofmeister von Louis Ferdinands Mutter, Luise von Brandenburg-Schwedt. Der Graf soll ein ausgesprochen gut aussehender Mann gewesen sein – und das könnte ja zu Louis Ferdinand, den Theodor Fontane als „preußischen Apoll“ apostrophierte, passen.

Allerdings zeigte sich bei Louis Ferdinand schon in jungen Jahren ein Talent, das auf Hohenzollerngene hinweist: Er war sehr musikalisch. Das verband ihn mit gleich diversen Hohenzollern. Friedrich der Große war ein guter Flötist, der eine ganze Reihe von Konzerten für sein Instrument geschrieben hat (siehe *PAZ* Nr. 46/2016). Dessen Schwestern Anna Amalie und Wilhelmine waren ebenfalls begabte Komponistinnen (siehe *PAZ* Nr. 23). Und der „dicke Lüderjan“, Friedrichs des Großen Neffe Friedrich Wilhelm II., war ein begabter Cellist.

1790 verlor Louis Ferdinands seinen ein Jahr älteren, geliebten Bruder Heinrich. Möglicherweise auf der Suche nach Trost und Ablenkung begann der musikalisch begabte Klavierspieler nun zu komponieren. Die Ausbildung dazu hatte er wohl durch seine Tante Anna Amalie, die Äbtissin im Stift Quedlinburg war, sich aber meist in Berlin aufhielt. An deren kleinem Hof wirkte der Bachschüler Johann Philipp Kirnberger, der wohl auch Louis Ferdinand unterrichtet hat. Jedenfalls weist dessen Opus 7, eine Fuge für Klavier und bezifferten Bass, auf den Einfluss von Kirnberger hin. Entgegen dem Bild vom alten Wein in neuen Schläuchen benutzte Louis Ferdinand eine klassische, zu dieser Zeit schon fast als altmodisch geltende Form und füllte sie mit neuem Inhalt und einer nahezu revolutionär erscheinenden Ästhetik.

Zufrieden war der Prinz aber nicht mit seinen Kompositionen. Obwohl er in Berliner Künstlerkreisen – er verkehrte unter anderem im Salon der Rahel Varnhagen von Ense, der als Treffpunkt der Intellektuellen galt – einen wachsenden Ruf als Pianist und Komponist genoss, schrieb er 1795 an einen Freund: „obwohl ich die Kompositionslehre um und um studiert habe, konnte ich noch nichts zuwege bringen, was gut genug gewesen wäre“

Prinz Louis Ferdinand Bild: CF

Ein Jahr später traf er auf Ludwig van Beethoven, der über ihn meinte, er „spiele gar nicht königlich oder prinzlich, sondern wie ein tüchtiger Clavierspieler“, und auch eine Menge vom Komponisten Louis Ferdinand hielt. Der geniale Musiker lobte nicht nur, sondern inspirierte auch den Preußenprinzen. Im Rondo op. 9, dem ersten Werk, das Louis Ferdinand zur Veröffentlichung bestimmte, verwendete der Prinz ein Motiv von Beethoven, ebenso zitierte er Beethoven in seinem Trio op. 10.

1804 trafen die beiden in Wien noch einmal zusammen. Drei Monate später widmete Beethoven dem Prinzen sein drittes Klavierkonzert. Louis Ferdinand war davon sicher sehr angetan. Er liebte Beethovens Musik, und als er zu Besuch bei Beethovens Mentor Fürst Franz-Joseph Maximilian von Lobkowitz war, ließ er sich Beethovens 3. Sinfonie gleich mehrfach vorspielen. Vielleicht war es das, was Beethoven ein paar Wochen nach Louis Ferdinands Tod über die Partitur schreiben ließ: „Komponiert, um das Andenken eines großen Mannes zu feiern.“

Louis Ferdinand hatte in seinen letzten Wochen intensiv mit Beethovens Werk gelebt. Seinen Abrechnungsbüchern ist zu entnehmen, dass er 1806 die Noten der Sonaten für Klavier und Violine op. 30 und 47 sowie die der Klaviersonate op. 63 gekauft hatte. Diese Sonate war es dann wohl auch, die er wenige Tage vor seinem Tod in seinem letzten Quartier in der Rudolstädter Heidecksburg Freunden vorspielte.

Der vierte Koalitionskrieg, der schließlich mit dem Frieden von Tilsit zu einem Tiefpunkt der preußischen Geschichte führte, begann bereits mit einem schlechten Omen, dem Tod des Lieblings von Königshaus und Gesellschaft. Bereits vier Tage vor der Doppelniederlage von Jena und Auerstedt fiel der Kommandeur der preußischen Vorhut im Gefecht bei Saalfeld. Der am 18. November 1772 in Schloss Friedrichsfelde bei Berlin geborene Prinz von Preußen wurde nicht einmal 34 Jahre alt.

Louis Ferdinands Nachruhm übersteig noch seine Beliebtheit zu Lebzeiten. Theodor Fontane verewigte ihn noch Jahre später in seinem Gedicht „Prinz Louis Ferdinand“, das mit den Worten beginnt: „Sechs Fuß hoch aufgeschossen, / Ein Kriegsgott anzuschauen, / Der Liebling der Genossen, / Der Abgott schöner Fraun, / Blauäugig, blond, verwegen, / Und in der jungen Hand, / Den alten Preußendegen – / Prinz Louis Ferdinand.“

Obwohl er nur zehn Werke geschrieben hat, genoss Louis Ferdinand auch musikalisch einiges an Nachruhm. In Wien wurde der „Romantiker der klassischen Periode“, der „romantischste aller Fürstensöhne“, wie ihn Robert Schumann nannte, gedruckt und in Bearbeitungen für Klavier vierhändig bei Hausmusikabenden gespielt. Auch Franz Liszt machte sich um den Nachruhm des Preußen verdient. So ließ er zwischen 1842 und 1848 dessen Quartett op. 6 „mit größtem Erfolg“ aufführen, und 1843 komponierte er die „Élégie sur des motifs du Prince Louis Ferdinand“. Bis heute wird Louis Ferdinand immer noch gespielt, und einige seiner Werke liegen in neueren Einspielungen auf CD vor. *Sibylle Luise Binder*

Der Moment der Woche

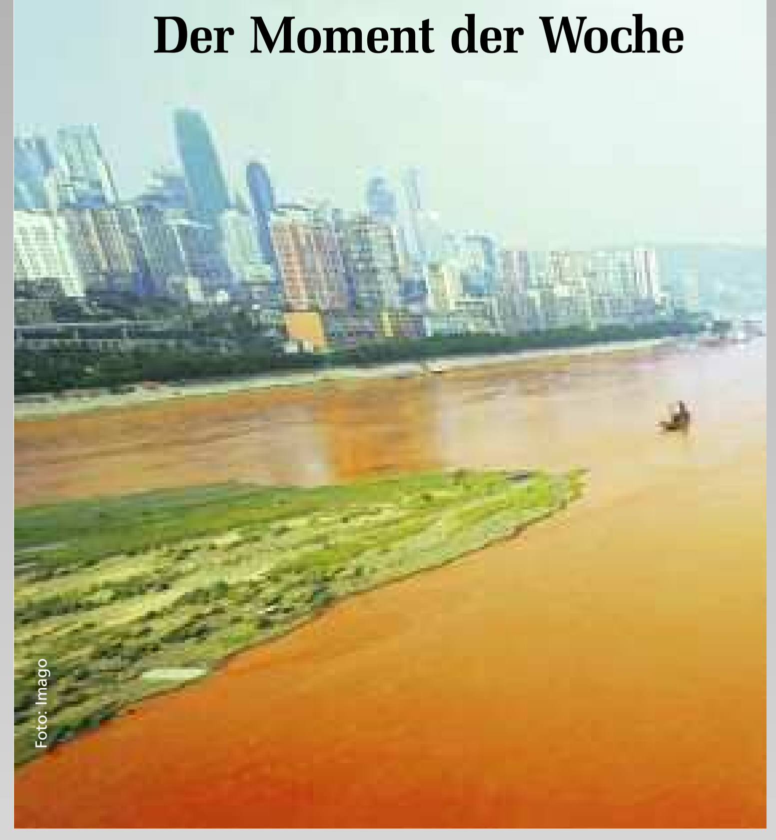

Foto: Imago


Foto: Stockmann/Wikipedia

Zehn Flüsse in Afrika und Asien spülen 90 Prozent des weltweiten Plastikmülls in die Meere. Die größte Menge trägt der chinesische Jangtsekiang mit sich. Es folgen Indus und Gelber Fluss. Das ergaben Studien deutscher Wissenschaftler unter anderem vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Alle Anti-Plastik-Kampagnen in Europa (rechts Plastik-Müll in Paris) dürften an der Meeresverschmutzung durch Kunststoff daher wenig ändern. *FH*

Verständnislose Politiker

Gilt unser Grundgesetz eigentlich noch? Ein Staatsrechtler wundert sich

Nein, Politiker müssen nicht ständig mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Da hat Hermann Höcherl, ein ehemaliger CSU-Bundesminister, schon Recht. Aber etwas verstehen sollten gerade die Bundestagsabgeordneten von unserer Verfassung schon. Fehlt es an einem solchen notwendigen Grundverständnis, sind ganz erhebliche Verwerfungen zu befürchten.

Und tatsächlich sind viele Zweifel angebracht. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen, etwa die „Ehe für alle“: Man mag zu einer intimen Verbindung von Gleichgeschlechtlichen stehen wie man will; ein Abgeordneter darf keinen Beschluss mittragen, der gegen unserer Verfassung verstößt. Und eine „Ehe für alle“ ist mit Artikel 6 des Grundgesetzes kaum vereinbar, weil er die Ehe eindeutig auf Frau und Mann, also auf Verschiedengeschlechtliche bezieht. Aber dies war dem Bundestag nicht einmal eine gründliche Diskussion Wert. Ein weiterer und vorläufiger letzter Fall des fehlenden Verständnisses des Grundgesetzes ist die Weigerung der Wahl von Albrecht Glaser (AfD) zum Bundestags-Vizepräsidenten durch die meisten Abgeordneten der meisten Parteien, weil er – so die Begründung – den Islamgläubigen die im Artikel 4 (Absatz 1 und 2) des Grundgesetze garantierte Glaubensfreiheit abgesprochen und damit gegen das Grundgesetz verstoßen habe. In Wahrheit ist diese Meinung durchaus diskutabel und keineswegs ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

Artikel 4 muss nämlich stets im Zusammen mit Artikel 140 des Grundgesetzes gelesen werden. Diese Bestimmung verweist wiederum auf Artikel 137 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung. Er lautet: „Es besteht keine Staatskirche.“ Die Bestimmung ist geltendes Verfassungsrecht. Das bedeutet nichts anderes, als dass der freiheitliche Staat des Grundgesetzes kein Religionsstaat sein oder sich mit anderen ganzheitlichen Weltdeutungen, etwa „Arbeiter- und Bauernstaat“, identifizieren darf; denn nur auf diese Weise lassen sich – so das Bundesverfassungsgericht in Band 41, Seite 50 – der innerer Friede und die Einheit des Staates herstellen und dauerhaft bewahren.

Der Islam ist zwar nicht in jedem Land, in dem er vorherrscht, eine solche „Staatsreligion“ oder „Staatskirche“. Aber er neigt dazu, beschränkt sich nicht auf Glaubensfragen, sondern gibt auch staatliche und gesellschaftliche Strukturen bis in letzte Einzelheiten strikt vor. Dabei muss nicht unbedingt der sogenannte Islamische Staat mit seinen unfassbaren Grausamkeiten herangezogen werden, obwohl er das abschreckendste Beispiel schlechthin ist. Es genügen auch

> Die »Ehe für alle« ist mit Artikel 6 kaum vereinbar

schon die „normalen“ islamischen Staaten wie etwa Saudi-Arabien oder der Iran, neuerdings nun auch die Türkei. Menschenwürde ist dort ein Fremdwort und auch gleiche Freiheit gibt es nicht, vor allem nicht für Frauen.

Andere Religionen werden entschieden verfolgt, „Abweichler“ auch gefoltert und getötet. Weil die Zahl der Islamisten, insbesondere der Salafisten, in Deutschland rasant zunimmt und ihre Propaganda ebenso brutal wie geschickt ist, befürchtet der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass auch bei uns ein islamischer Staat errichtet werden soll („FAZ“ vom 23. April 2015). Dieser Entwicklung müssten wir eigentlich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln sofort und massiv entgegenwirken. Angesichts des mangelnden Urteilsvermögens vieler unserer Politiker und der gezielten Desinformationspolitik vieler Medien geschieht aber gerade das Gegenteil. Man sorgt sich eher um eine Beschränkung der Aktivitäten des Islams und bekämpft jeden, der auf die akute Gefahr und die unbedingt notwendige Einschränkung dieser mit einer Demokratie unvereinbaren Religion hinweist. So drängt sich eine Frage auf, die man eigentlich gar nicht stellen mag: Sind in den etablierten Parteien maßgebliche Kräfte am Werk, die den Deutschen die Freiheit nehmen und ihre Kultur zerstören wollen?

Walter Schmitt-Glaeser

Der Autor ist emeritierter Rechtsprofessor mit dem Arbeitsschwerpunkt Öffentliches Recht. Von 1987 bis zu dessen Auflösung 2000 war er Mitglied des Bayerischen Senats. Drei Jahre leitete er die neben dem Landtag ehemalige zweite Kammer der Volksvertretung als Präsident. Walter Schmitt-Glaeser (84) ist CSU-Miglied.

Wie viel Putin steckt wirklich in Trump?

Nein, diesen Typen können nur die Machenschaften eines russischen Zaren ins Weiße Haus befördert haben, oder etwa doch nicht?


Ein Jahr im Amt: Donald Trump. Eine besonders Russland-freundliche Politik betreibt er bislang nicht Bild: Imago

Allmächtiger Wladimir Wladimirowitsch Putin: Zarengleich und unangefochten herrscht er über sein Russisches Reich. Selbst den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika kann er mittels dunkler Machenschaften bestimmen. So zumindest lautet des Narrativ des linksliberalen Establishments in den USA und hierzulande. Wie auch sonst wäre es zu erklären, das der polternde Außenseiter Donald Trump tatsächlich bei den US-Wahlen am 8. November 2016 über die demokratische Kandidatin Hillary Clinton triumphieren konnte.

Gerüchte, nach denen russische Hacker massiv den US-amerikanischen Wahlkampf beeinflussen, kamen bereits im Sommer 2016 auf. Die Gegner Trumps nahmen sie dankbar auf. Doch was hat Substanz an diesen Vorwürfen?

Das mögliche Motiv leuchtet auf den ersten Blick ein. Hillary Clinton hatte sich während ihrer Amtszeit als Außenministerin einem klar interventionistischen Kurs verschrieben. Insbesondere im Libyen- und im Syrienkonflikt war sie die lauteste Stimme für ein militärisches Eingreifen der Amerikaner. Während sie die Stellung der USA als Weltpolizist ausbauen wollte, befürwortet die russische Regierung das Konzept einer multipolaren Ordnung. Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sind dabei grundsätzlich ausgeschlossen.

Donald Trump vertrat im Wahlkampf eine Auffassung, die eher in der Tradition des amerikanischen Realismus stand und die das bisherige internationale Engagement der Vereinigten Staaten langfristig zurückfahren wollte. Zudem äußerte er sich auch zur Person Putins mehrfach sehr wohlwollend. Insoweit durfte der russischen Staatsführung seinerzeit durchaus eine größere Affinität zu dem republikanischen Kandidaten unterstellt werden. Doch die angeblichen Manipulationen allein mit einem naheliegenden politischen Motiv zu begründen, wäre zu dürftig. Auch deutsche Regierungspolitiker unterstützen gerne öffentlich die von ihnen favorisierten Wahlbewerber aus anderen Ländern. So wurde dem konservativen Kandidaten für das französische Präsidentenamt, Francois Fillon, noch im Januar dieses Jahres vor dem Bundeskanzleramt der rote Teppich ausgerollt, obwohl dieser zu jenem Zeitpunkt überhaupt kein öffentliches Amt in Frankreich bekleidete.

Im Gegensatz dazu hatte die russische Regierung sich während des US-Wahlkampfes strenge Zurückhaltung verordnet und keinerlei offizielle Sympathiebekundungen für einen der Bewerber verlautbaren lassen. Anknüpfungspunkt für erste Manipulationsvorwürfe war dann ein im April 2016 begonnener Hackerangriff auf das Hauptquartier der Demokratischen Partei. Im Zuge dieser Cyberattacke wurden zahlreiche Daten gestohlen. Viele der so erbeuteten Informationen wurden im Anschluss an die Enthüllungsplattform WikiLeaks weitergeleitet und dort veröffentlicht. Aus der so bekannt gewordenen Korrespondenz von hohen Funktionären der US-Demokraten gingen verschiedene Unregelmäßigkeiten hervor. Unter anderem war zu ersehen, dass die Wahlkampagne des demokratischen Kandidaten Bernie Sanders durch die eigene Parteiführung zugunsten von Hillary Clinton massiv sabotiert wurde. Aufgrund der Enthüllungen musste die Vorsitzende der Demokraten, Debbie Wasserman Schultz, schließlich von ihrem Amt zurücktreten.

Die Verantwortung für den Datenklau hatte ein Hacker mit dem Pseudonym „Guccifer 2.0“ übernommen. Schnell wurde jedoch die Mutmaßung laut, dass hinter Guccifer eine Gruppe mit dem Namen Fancy Bear stehen würde. Dieses Hackerkollektiv hatte zuletzt durch die Aufdeckung von Doping-Fällen im Profisport für Aufmerksamkeit gesorgt und ihr wird auch ein Angriff auf Rechner des Bundestages im Jahr 2015 zugeschrieben. Sprecher amerikanischer Firmen für Netzwerksicherheit äußerten schon im Juni 2016 den Verdacht, dass Fancy Bear durch den russischen Geheimdienst GRU gelenkt werde. Besonders lautstark tat sich hierbei Kevin Mandia, der Vorstandschef des Sicherheitskonzerns FireEye, hervor. Mandia hatte seine Karriere in einer Cybereinheit der US-Luftwaffe begonnen und war dann für das Pentagon tätig. Nach seiner militärischen Laufbahn hatte er für verschiedene Rüstungsfirmen gearbeitet, bevor er schließlich die Leitung von FireEye übernahm.

Aufgrund seiner Nähe zum militärisch-industriellen Komplex ist er heute ein gern gesehener Gast in verschiedenen Untersuchungsausschüssen, die sich mit der Aufklärung einer möglichen russischen Manipulation des Präsidentschaftswahlkampfes befassen. Allerdings kann Mandia nicht als unvoreingenommener Sachverständiger gelten. Zum einen hat er in seiner Funktion als Unternehmenslenker ein erhebliches wirtschaftliches Interesse daran, eine möglichst große Gefahr durch Netzattacken, insbesondere von ausländischen Geheimdiensten, zu beschwören, zum anderen war er im Vorwahlkampf der Republikaner ein wichtiger finanzieller Unterstützer von John Kasich, der als einer der schärfsten innerparteilichen Kritiker von Donald Trump gilt.

> Es stimmt, Angriffe wurden von Servern in Russland geführt

Nach Ansicht unabhängiger Experten gibt es nur wenig belastbare Indizien dafür, dass russische Geheimdienste in die Affäre verstrickt sind. Zwar wurden die Angriffe von russischen Servern ausgeführt und auch wurden Programmiercodes in russischer Sprache verwendet, jedoch greifen Hacker in westlichen Staaten für ihre Angriffe ebenso gerne auf Rechner zurück, deren Standort sich in der Russischen Föderation befindet. Der Grund hierfür ist, dass sie so ihre Anonymität besser wahren können. Zudem ist der GRU ein reiner Militärgeheimdienst. Würde es sich hier um eine vom russischen Präsidenten angeordnete Maßnahme handeln, so dürfte dies eher in die Zuständigkeit des Auslandsnachrichtendienst FIS fallen.

Neben den Hackerangriffen auf die Demokratische Partei werden von den Apologeten einer unlauteren russischen Einflussnahme auch Cyberattacken auf verschiedene Wahlbehörden in den Vereinigten Staaten angeführt. Laut der Bundespolizei FBI wurde 2016 mehrfach versucht, illegal auf die Wählerregister von Bundesstaaten und Kommunen zuzugreifen. Die Annahme, dass russische Geheimdienste hierfür verantwortlich sein könnten, ist jedoch absurd. Wollte man eine Abstimmung glaubhaft manipulieren, so müsste man sich auf solche Bundesstaaten konzentrieren, die ihre Parteipräferenz in der Vergangenheit häufiger gewechselt haben und die bei Präsidentschaftswahlen daher in der Regel den entscheidenden Ausschlag geben. Dies war jedoch nicht der Fall. Stattdessen erfolgten die illegalen Zugriffe auf Datenbanken mehrheitlich in solchen Staaten, die traditionell überwiegend für die Demokraten oder für die Republikaner votieren.

In den USA existiert zudem kein eigentliches Meldewesen. Staatsbürger werden nur über das Wähler- oder das Führerscheinverzeichnis registriert. Der elektronische Einbruch in eine solche Datenbank könnte seinen Grund theoretisch also auch in der Suche nach einem alten Schulfreund finden. Es ist daher nicht anzunehmen, dass die Hacker überwiegend von politischen Motiven geleitet wurden, sondern sich vor allem für bestimmte personenbezogene Daten interessierten. Die den russischen Geheimdiensten zugeschriebene Manipulation der Präsidentschaftswahl durch Angriffe aus dem Netz dürfte mehr herbeigesehntes Trugbild, denn harte Realität sein.

Dirk Pelster

CNN entschuldigte sich

Nahezu täglich wissen die Medien über russische Mauscheleien aus den US-Wahlkampf zu berichten. Drann ist meist wenig. Letztes Beispiel: Russische Auftraggeber haben im sozialen Netzwerk Facebook zwischen Juni 2015 und Mai 2017 Anzeigen im Wert von 100 000 US-Dollar (84 000 Euro) geschaltet. Die Anzeigen hätten keine Wahlempfehlungen enthalten, seien aber geeignet gewesen, die soziale Spaltung in Amerika voranzutreiben, gab Facebook einigermaßen wolkig bekannt. Nur: Welche Wirkung mag solche Schmalspur-Werbung haben, wenn Trump und Clinton im Wahlkampf insgesamt 6,9 Milliarden Dollar ausgaben? Kaum bekannt in Deutschland wurde eine peinliche Panne des Fernsehsenders CNN. Mutmaßliche Wirtschaftsbeziehungen eines Trump-Vertrauten sollten aufgedeckt werden. Drei Journalisten, bastelten den Beitrag aus anonymen Quellen zusammen. Ein unhaltbares Machwerk, wie sich zeigte. Die Journalisten, darunter ein Pulitzerpreis-Träger, mussten gehen. CNN entschuldigte sich im Weißen Haus. *FH*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 17. November 2017

Traditionelle Tänze bereiten Freude

In Heilsberg lud die LO zur 6. Tanzwerkstatt für junge Mitglieder der Deutschen Minderheit ein

Zum sechsten Mal hat die Landsmannschaft Ostpreußen eine Tanzwerkstatt für junge Tänzer der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen veranstaltet. Die Teilnehmer trafen sich zu einem intensiven Wochenendseminar in Heilsberg.

Organisiert wurde die Verantaltung, die vom 3. bis 5. November, wie die letzten Male im Hotel Górecki in Heilsberg stattfand, von Edyta Gładkowska, der Repräsentantin der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein. Schwerpunkt waren in diesem Jahr deutsche und schlesische Volkstänze.

Zur sechsten Volkstanzwerkstatt waren insgesamt 55 Kinder und Jugendliche sowie ihre Betreuer gekommen. „Wir freuen uns sehr über das konstant rege Interesse. Aber mit dieser Zahl stoßen wir langsam an unsere Grenzen“, erklärt Gładkowska, „bei noch mehr Teilnehmern müssten wir diese in drei Gruppen teilen und bräuchten noch mehr Raum. Eine Teilung in zwei überschaubare Gruppen hingegen, die sich aus pädagogischen Gründen anbietet, ist im Hotel Górecki kein Problem, denn es hat zwei große Säle für das tänzerische Training. Außerdem gehört der Besitzer ebenfalls zur Deutschen Minderheit, hat Verständnis für solche Veranstaltungen und bietet auch sonst gute Rahmenbedingungen.“

Die Leitung der Werkstatt übernahmen in diesem Jahr Lukasz Szatkowski und Patryk Ledwig. Sie sind Mitglieder der Tanz- und Gesangsgruppe „Dialog“ aus Dylocken bei Oppeln, die sowohl mit ihrer Erwachsenenals auch der Kinderformation vor vier Jahren in Osterode auf dem Ostpreußischen Sommerfest aufgetreten ist. „Wir präsentieren vor allem deutsche, schlesische und österreichische Tänze, darunter den Böhmerwaldlandler, Graziana oder Buchholzer. Das wollen wir hier in Heilsberg weitergeben“, beschreibt Szatkowski, der die Gruppe „Dialog“ seit sieben Jahren leitet, das Programm.



Beim Einstudieren alter Volkstänze: Konzentriert und mit Engagement setzen die Teilnehmer das Erlernte um Bild: E.G.

Begonnen wurde mit deutschen Tänzen wie der Kreuzpolka, da deren Schritte für die Tänzer einfacher sind und so ein leichter Einstieg möglich ist. Denn die Teilnehmer der Werkstatt haben unterschiedliche Tanzerfahrung. „Einige haben Talent, aber noch selten systematisch trainiert, andere hingegen treten schon jahrelang in ihren Ensembles auf – und das sieht man sofort“, erklärt Ledwig. Keinerlei Unterschiede sind dagegen bei Disziplin, Ehrgeiz und der Freude am Tanzen festzustellen. Auch in der Mittagspause drehen sich einige der Teilnehmer auf dem Parkett, andere kommen zu früh zur nächsten Trainingseinheit. Dabei ist der Zeitplan der Werkstatt sowieso schon sehr straff organisiert, um die Zeit intensiv zu nutzen. Direkt nach dem Frühstück geht es los, und die Musik verstummt erst um 22 Uhr.

Spaß bei Kreuzpolka, Graziana und Co.

„Und selbst dann muss man manche Tänzer noch extra ins Bett schicken“, betont Danuta Niewegłowska, die Leiterin der Tanzgruppe „Saga“ der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Bartenstein, ihre Erfahrungen.

„Saga“ stellte wie im Vorjahr einen großen Teil der Teilnehmer, dazu kam die Gruppe „Mała Warmia“ („Kleines Ermland“) der Schule in Groß Lemkendorf und eine Gruppe der Grundschule in Frankenau. „An beiden Schulen wird Deutsch als Minderheitensprache, das heißt mit erweiterter Stundenzahl, unterrichtet. Bei der Tanzwerkstatt können die Kinder einen Einblick in deutsche Kultur gewinnen“, erläutert Gladkowska. Außerdem kamen weitere Jugendliche aus den Gesellschaften der Deutschen Minderheit unter anderem in Landsberg, Ortelsburg und Heilsberg.

Die intensive Begegnung mit ungewohnten Tanzformen verlangte den Teilnehmern einiges ab. Die Erfahrung möchte dennoch keiner von ihnen missen, weder die erstmals antretenden Tänzer noch die „alten Hasen“, die schon zum sechsten Mal dabei waren. Bis auf die in Eigenregie zu organisierende Anfahrt nach Heilsberg war die Werkstatt übrigens für sie kostenfrei. Ihr Dank geht an die Landsmannschaft Ostpreußen, die die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellte.

Uwe Hahnkamp

MELDUNGEN

Gegen Kürzung von Pensionen

Allenstein – Vom 1. Oktober an werden die Leistungen für Pensionäre, die früher Beamte des Sicherheitsdienstes waren, vermindert. Die Betroffenen suchen Hilfe beim Bürgerrechtsbeauftragten und bei den Abgeordneten der Opposition. Zu einer Pressekonferenz in dieser Sache lud der ermländisch-masurische Abgeordnete der „Nowoczesna“ (Moderne) Partei, Miroslaw Pampuch, ein. Nach Meinung des Parlamentariers betrifft das Gesetz nicht nur den Sicherheitsdienst, sondern alle Uniform-Träger. Der ermländisch-masurische Abgeordnete von Recht und Gerechtigkeit (PiS), Wojciech Kossakowski, meinte, dass Personen, die sich geschädigt fühlen, sich an den Minister für Inneres und Verwaltung wenden können. Pampuch antwortete, dass die „Nowoczesna“ einen eigenen Gesetzesentwurf für die Pensionen der Uniform-Träge einbringen werde. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 16: Thierau [Tyrowo] – Osterode, Baustelle; Gross Kosarken [Kozarek Wielki] – Slomowo, Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Bischofstein [Bisztynek], Baustelle. *E.G.*

Wisente zum Abschuss freigegeben

Borker Heide: Bestand soll um alte und kranke Tiere verringert werden

Die polnische General-Umwelt-Direktion hat ihr Einverständnis zum Abschießen von 20 Wisenten im Borker Forst und von 20 Wisenten in der Knyszyner Heide bei Bialystok erteilt.

Das Erlegen der Wisente hatten die Oberförstereien Borken und Krynki beantragt. Es gehe um die Beseitigung von Tieren, die alt, krank, verwundet oder schwach sind, und solchen, die aggressiv sind und Acker- und Waldschäden verursachen, sagte Jaroslaw Krawczyk, der Pressesprecher der Regionalen Forstdirektion in Bialystok.

Jedes Jahr wird eine solche Verringerung des Bestandes durchgeführt. Im vergangenen Jahr hatte die General-Umwelt-Direktion ihr Einverständnis zur Tötung von 20 Wisenten erteilt. Im Borker Forst wurden 14 kranke und schwache Tiere und in der Knyszyner Heide 18 Wisente eliminiert. Ein gesunder Bestand der Tiere erfordere solche Maßnahmen, ergänzt der Pressesprecher. Gemäß der Erlaubnis werden die Tiere bis Ende März des kommenden Jahres abgeschossen.



Richten Schäden im Wald an: Frei lebende Wisente Bild: Colourbox

Die Förster sprechen nicht gern von der Tötung der größten in Europa vorkommenden Tiere. Sie ziehen den Begriff „Verringerung“ vor.

Private Schäden, welche die Könige der Wälder verursacht haben, werden vom Staat ersetzt. Vor zwei Jahren wurde bei der Regionalen Umwelt-Direktion jedoch nur ein Antrag auf Entschädigung für Schäden der Wisente im Borker Forst eingereicht. Der geschädigte Landwirt erhielt umgerechnet rund 2500 Euro Entschädigung. Unter dem wirtschaftlichen Aspekt ist der Abschuss eines Wisents nicht gerade billig, denn er kostet den Staat umgerechnet knapp 3000 Euro, dazu kommt noch das Entgelt für die Trophäe, zusammen sind es etwa 8500 Euro.

Bisher habe sich noch kein Jäger gemeldet, sagte der Pressesprecher der Regionalen Forstdirektion. Das Geld, das durch den Abschuss eines Tieres erzielt wird, werde 100-prozentig für die Pflege der Wisente verwendet. Für diese Mittel werde Futter eingekauft, Gras eingesät und Veterinär-Pflege bezahlt.

Auf dem Territorium der Republik Polen leben mehr als 1700 Wisente, 600 allein in Bialowieza. Nach wissenschaftlicher Meinung sollten im Borker Forst nicht mehr als 100 Tiere leben. Zurzeit befinden sich dort aber 130 Wisente. Der Wisent steht unter strengem Schutz.

„Zurzeit führen wir keinen Abschuss durch“, ergänzt Kazimierz Sarzynski, der Oberförster von Borken. „Wir planen eine Verringerung des Bestandes, sechs Tiere werden in eine andere Region umgesiedelt und eins nach Russland“. *PAZ*

BMW plant Neubau

Deutsche Investition in Nordostpreußen

Nun ist es offiziell: Das neue russische BMW-Fertigungswerk wird im Königsberger Gebiet errichtet. BMW lässt im russischen Teil Ostpreußens bereits seit 1999 mehrere Pkw-Modelle beim dortigen Fahrzeughersteller Awtotor montieren. Mit diesem wurde 2013 ein Paket an Verträgen abgeschlossen und eine gemeinsame Firma gegründet. Die darin enthaltenen Pläne für eine vollständige Fertigung vor Ort und den Aufbau eines sogenannten Autoclusters in einer neu zu konzipierenden Sonderwirtschaftszone schleppten sich aber hin und schienen vielen sogar ganz erstorben zu sein.

Vorstandsvorsitzender mit Juditter Wurzeln

Auch als der junge Gouverneur Anton Alichanow kurz nach seinem Amtsantritt selbst in München vorstellig wurde, konnte sich die bayrische Autoschmiede offiziell zu keiner Entscheidung durchringen, ließen aber kurz darauf durchsickern, dass man an einen neuen ostpreußischen Standort denke. Anfang Oktober hat BMW-Vorstandsmitglied Hendrik von Kuenheim die Errichtung einer Fertigungsstätte „in Russland“ angekündigt. Schon da deutete sich an, dass die Wahl auf Königsberg fallen dürfte – Kuenheims Vater Eberhard, der langjährige Vorstandsvorsitzende der BMW AG, war noch im ostpreußischen Juditten geboren worden.

Wie Alichanow bei der Verkündung der guten Neuigkeit der Nachrichtenagentur „Tass“ mitteilte, ist die Vertragsunterzeichnung zwischen BMW, Awtotor, dem nationalen russischen Industrieministerium und der Königsberger Gebietsregierung für Ende Februar bis Anfang März 2018 vorgesehen. Der Baubeginn für das neue Werk soll dann noch im gleichen Jahr erfolgen. Die geplanten Investitionen betragen laut Kuenheim „mehrere 10 Millionen Euro“, womit es sich bei dem Vorhaben um das bisher mit Abstand größte bundesdeutsche Industrieprojekt im Königsberger Gebiet handelt. *Thomas W. Wyrwoll*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

eine Familiensaga auf dreieinhalb Schreibmaschinenseiten – kann es die überhaupt geben? Es gibt sie hier und heute, denn sie wurde nicht über, sondern für die Ostpreußische Familie geschrieben. Frau Gudrun Schlüter aus Münster hat es getan und uns das Manuskript übersandt mit dem Foto, das drei Generationen ihrer Familie zeigt und zum Auslöser für ihre Aufzeichnungen wurde, wie sie erklärt: „Vielleicht möchten Sie in der Ostpreußischen Familie einmal eine solche Familie in drei Generationen zu Wort kommen lassen – mit ihren Lebenswegen, ihrem Schicksal, zumal diese Familie prussische Vorfahren hat.“ Dazu brauchte ich weder eine lange Überlegung noch eine Aufforderung, denn solch eine in den engsten Raum gestellte und damit auf das Wesentliche konzentrierte Familiensaga wie die der Familie Bartholomeyszik haben wir wohl noch nie in unserer Kolumne gebracht. Was mir aber noch wichtiger erscheint, ist die Feststellung, dass es sich hier um eine alte, fest in Ostpreußen verwurzelte Sippe handelt, deren Geschichte ein Spiegelbild unserer Heimat und ihrer Menschen ist, und so manche Leserin, mancher Leser, wird hier Parallelen zu der eigenen entdecken. Sie erfasst das vergangene Jahrhundert und aus den knapp gehaltenen Aufzeichnungen wird erkennbar, was die Generationen, die es erfahren, erdulden, erleiden mussten, an Fleiß, Kraft und Überlebenswillen aufbringen mussten. Die Aufzeichnungen der **Gudrun Schlüter** geborene **Bartholomeyszik** beginnen an einem masurischen Ort, der durch Siegfried Lenz Eingang in die deutsche Literatur gefunden hat: So zärtlich war Suleyken.

„Ja, so zärtlich, dass meine Großeltern dort am 19. Juni 1902 – in der Urkunde noch in Sütterlin – heirateten. Die Urkunde liegt nur in einer Ausfertigung vom 6. November 1919 vor und trägt das Siegel „K. Pr. Standesamt Wessolowen, Kr. Oletzko“, darin der gekrönte Adler, in den Fängen Zepter und Reichsapfel, Hoheitszeichen des Königsreichs Preußen. Das Original ist im Ersten Weltkrieg untergegangen. Erster Weltkrieg: Das bedeutete für meine Großmutter **Gertrud Julianna** geborene **Bednarczyk** um die Jahreswende 1914/15 schwanger und mit zwei Kindern im Alter von elf und acht Jahren Flucht aus Masuren nach Berlin. Dort kam am 18. April 1915 das dritte Kind zur Welt. Der Älteste, mein Vater, wurde auf ein altsprachliches Gymnasium, das Königsstädtische Gymnasium, geschickt. Am 14. September 1917 erblickte das vierte Kind das Licht der Welt – in Golumbien, Masuren. Die Rückkehr war also bald möglich gewesen. Dafür wurde Hindenburg in Ostpreußen verehrt. Als Beispiel diene die Veranstaltung eines Ehrenkommers in der Stadthalle Königsberg am 21. August 1924, „zu dem Generalfeldmarschall von Hindenburg bereits zugesagt“ hatte, wie es in einer Einladung von Studenten an Studenten heißt, die von meinem Vater unterzeichnet ist. Doch ich greife voraus.



Was ein Familienfoto erzählen kann Bild: Ruth Geede

Das hier gezeigte Familienfoto stammt aus einer wieder geordneten Zeit. Nach dem Aussehen der beiden Jüngsten zu urteilen entstanden um 1921. Hintere Reihe Mitte: die Großeltern. Großvater mit Pfeife, ohne die er nicht zu denken war. Im Jahr 1892 hatte er mit 15 Jahren innerhalb von 14 Tagen beide Eltern verloren. Hof und Gastwirtschaft gingen auf den ältesten Bruder über, Großvater verblieb in dem jungen Haushalt. Wie er es schaffte, den erforderlichen Schulabschluss für die Präparande zu schaffen – niemand weiß das. Er muss in mindestens vier Dörfern – Goldebau, Hellmahnen, Golubbien, Carlswalde – Lehrer gewesen sein. Nach schwerer Flucht im Zweiten Weltkrieg starb er 1948 in Oldenburg, weil er es nicht fertigbrachte, eine Fischsuppe wegzuschütten. Sie war verdorben.

Neben ihm Großmutter. Ihre Ururgroßmutter war **Regina von Langheim**, geboren auf Adl. Borken, in unserer genealogischen Linie letzte Trägerin des prussischen Namens von Langheim – so die letzte eingedeutschte Schreibweise dieser weitverzweigten, schon um 1200 nachweisbaren adeligen Prussenfamilie. Auch **Johannes** von Langheim gehört zu ihr, der 30 Jahre lang Praeceptor – Erzieher und Berater – von Herzog Albrecht Friedrich war. Neben Großmutter steht ihr zweites Kind, die einzige Tochter, meine Tante **Hedwig**. Sie heiratete einen Schriftsteller, Leiter des Ressorts Kultur am Sender Breslau, einen Zwei-Meter-Menschen. Er schaffte es, von der Ostfront zu Fuß nach Berlin zu gelangen. Dort verhungerte er. Großvater, Tante Hedwig und ihre zwei kleinen Kinder flohen von Breslau aus und gerieten in Dresden in den feindlichen Großangriff. Vom Bahnhof aus gelangten sie in einen überfüllten Luftschutzbunker. Dort stieg die Hitze derart an, dass sie sich ins Freie stürzten, wo sie sich sicher wähnten. Sie hörten einen Verwundeten rufen: ‚Ihr müsst zu den Flammen rennen, dort ist Sauerstoff, wo es nicht brennt, ist keiner!‘ Also weiter zu den Flammen, dabei verloren sie Großvater. Mutter und Kinder gelangten irgendwie auf die Elbwiesen und glaubten sich schon gerettet, als die Bomben mit Zeitzündern hochgingen. Sie sahen brennende Menschen in die Elbe springen, die sofort wieder in Flammen standen, wenn sie aus dem Wasser auftauchten. Danach war ihr jüngster Sohn lange Zeit gestört. Er rief noch Monate lang – oder waren es Jahre? – Nacht für Nacht: ‚Feuer! Feuer!‘ Am nächsten Tag suchten Tante Hedwig und Großvater einander. Vergeblich, ja noch schlimmer: Ein Jeder glaubte, unter den verkohlten Leichen den anderen gefunden zu haben. Die Herumirrenden wurden eingesammelt und nach Hirschberg im Riesengebirge gebracht. Dort liefen sich Großvater und Tante Hedwig über den Weg und fielen sich in die Arme.

Neben Großvater steht mein Vater. Nach einer kaufmännischen Ausbildung in Königsberg Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Königsberg und Breslau. 1937 Promotion und 1939 Habilitation in Breslau, 1940 Dozent mit der Lehrbefugnis für Handels- Wirtschafts- und Zivilprozessrecht, später erweitert auf Handels- und Wirtschaftsrecht. Ab 1955 Professur in Mainz.

In der vorderen Reihe von links Onkel **Günther**. Er wurde 1942 in Rschew verwundet und starb – wie so viele –, da es damals noch keine Antibiotika gab. Er liegt auf dem Friedhof in Deblin/Weichsel, Grab Nr. 224. Als er verstorben war, zog man ihm im Lazarett wieder seine Uniform an, in der er dann im offenen Sarg lag. Mein Vater hat an seiner Beerdigung teilgenommen. Wahrscheinlich geht auf ihn das Foto zurück, das ich als Achtjährige gesehen habe. Danach konnte ich in der Schule nicht mehr mitsingen, wenn das Lied ‚Ich hatt' einen Kameraden“ angestimmt wurde. Mein 25-jähriger, bei jedem Fronturlaub wieder gesehener Onkel. Kam er spät, stand er am Fußende meines Bettes – aber er kam.

Das Familienleben folgte einem Hauptaugenmerk: der guten Ausbildung der Kinder, für einen preußischen Volksschullehrer wie mein Großvater auf dem Dorf ein Problem, bekam er doch nur ein schmales Gehalt und als Ergänzung ein jeweils ausgewiesenes Stück Land. Wie sollte also meiner Tante Hedwig Klavierunterricht ermöglicht werden? Man sammelte die Sahne der Kuhmilch und brachte sie an jedem Wochenende in ein Ausflugslokal! Und der Besuch eines Gymnasiums, der nur durch Unterbringung in einem Internat möglich war? Beim ältesten Sohn hatte man es geschafft, aber für den zweiten, den Nachgeboren? Für ihn nahm mein Vater – sein Bruder – während seines Studiums eine Hauslehrerstelle an.

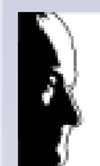
Dieser Bruder, mein Patenonkel **Siegfried**, verhinderte 1945 in der 6. Kurlandschlacht den Durchbruch der Russen. Er war damals 29 Jahre alt und Vater von zwei Kindern. Mein Onkel erhielt für diesen erfolgreichen Einsatz das Deutsche Kreuz in Gold. Der Dokumentation von Werner Haupt ‚Die 81. Infanterie-Division, Geschichte einer schlesischen Division‘ ist über diese Auszeichnung meines Onkels Folgendes zu entnehmen: ‚Die I. / A.R. 181 unter Führung von Hauptmann Bartholomeyczik nahm in offener Feuerstellung den Kampf auf und verhinderte den Zusammenbruch der Front. Der Abt. Kdr. wurde dafür mit dem Deutschen Kreuz in Gold ausgezeichnet.‘

Ja, so waren sie, die Bartholomeyczik. So bleiben sie – Deutschland, deine Ostpreußen.“

Mit diesen Worten schließt Gudrun Schlüter ihre in Kurzform gebrachte Familiensaga, wie wir sie nennen wollen, denn sie könnte mit den Menschen und ihren Schicksalen gut und gerne den Stoff für eine Romantrilogie bieten. Allein mit der Chronik der prussischen Adelsfamilie von Langheim, die in ihrer großmütterlichen Linie eine Rolle spielt, ließen sich Kapitel füllen. Frau Schlüter hat bereits eine fundierte Abhandlung über die von Langheims und ihre prussische Herkunft, die man aufgrund des eingedeutschten Namens nicht vermutet, für die „Altpreußische Geschlechterkunde 2013“ geschrieben. Die *PAZ* brachte vor einigen Jahren ihren Leserbrief über den Großangriff auf Dresden, wie sie auch diesen extra für unsere Ostpreußische Familie geschriebenen Beitrag behandelt, der besonders die Leserinnen und Leser, die sich selber mit Familienforschung beschäftigen, anspricht und andere vielleicht dazu motiviert. Denn mit den letzten Worten „Deutschland, deine Ostpreußen“ verlässt Gudrun Schlüter ihren eigenen Familienraum und gibt sie weiter an alle Landsleute. (Gudrun Schlüter, Achtermannstraße 20 in 48143 Münster, Telefon 0251/511795.)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kleine List mit Breitenwirkung

Martinsfest mit schlesischen Mohnhörnchen

In einem der ältesten Dörfer Niederschlesiens, in Seitsch [Siciny], Kreis Guhrau [Góra] ist das Martinsfest nach Jahrzehnten der Unterbrechung vergangenen Sonnabend wieder gefeiert worden. Dass diese von Deutschen so gerne gepflegte Tradition von den polnischen Seitschern übernommen worden ist, hat nicht nur einen Grund. Zum einen trägt die frisch sanierte, barocke, durch Karl Martin Franz erbaute Kirche des Dorfes den Namen Sankt Martin. Zum anderen ist die Sache einem deutschen Rückkehrer und einem polnischen Seitscher, der einst in Westfalen lebte, zu verdanken. Und dass nach Seitsch nach der Vertreibung der Deutschen auch Einwohner aus der angrenzenden Provinz Posen kamen, wo die Martinsfest-Tradition bis heute lebendig ist, spielt gewiss auch eine Rolle.

Der einstige sächsische CDU-Landtagsabgeordnete Andreas Grapatin kaufte das Haus seiner Eltern in Seitsch zurück und ließ sich im Dorf nieder. Der ehemalige Chef des Sächsischen Verbindungsbüros in Breslau versteht sich gut mit dem Seitscher Pfarrer, Tadeusz Sliwka, und unterstützt die Dorfgemeinschaft, die zu den aktivsten des Kreises Guhrau gehört. „Man darf nicht vergessen, dass hier nicht nur Menschen aus Ostpolen gekommen sind, sondern aus anderen Gegenden Mitteleuropas auch. Meine Nachbarin ist aus Groß Strehlitz in Oberschlesien“, so Grapatin, der sich im „Verein der Sieben“ engagiert, einer Vereinigung, zu der Bürger aus Seitsch und sechs benachbarten Dörfern gehören. Der Verein organisierte unter anderem Gelder aus der Europäischen Union und dem Marschallamt der Woiwodschaft Niederschlesien für die Sanierung der Seitscher Kirche, die 1736 im barocken Stil umgebaut, später um eine Propstei und einen Wirtschaftshof erweitert wurde. Bei der Innenausstattung des Gotteshauses wirkten bedeutende schlesische Künstler wie Joseph Mangoldt mit, der den Hauptaltar und die Kanzel schuf. Anton Felder und Ignaz Axter sind die Schöpfer der Fresken in der Kirche und der Propstei. Der niederländische Barockmaler Christian Phillip Bentum schuf das Sankt-Martin-Bildnis im Hauptaltar. Und Michael Willmann malte im Hauptaltar das Bild Mariä Himmelfahrt.

„Eine halbe Million Zloty bekamen wir von der EU und 1,7 Millionen hat die Renovierung insgesamt gekostet. Wir wurden daher ebenfalls durch die Woiwodschaft Niederschlesien finanziell unterstützt, müssen aber nachweisen, dass die Kirche ein touristischer Anziehungspunkt ist und brauchen jährlich 8500 Unterschriften von Besuchern“, berichtet Pfarrer Sliwka. Früher sind ganze Busse mit deutschen Touristen nach Seitsch gekommen, heute sind es nur noch einzelne, die sich hierher verirren. „Die alten Schlesier haben es versäumt, ihren Kindern die Liebe zur Heimat einzuimpfen“, so der Geistliche, dessen Mutter aus Wilna und dessen Vater aus Lemberg stammte, der sich jedoch selber als Niederschlesier bezeichnet.



Pfarrkirche Sankt Martin in Seitsch Bild: Qblik

Da die Polen am Sankt-Martins-Tag, dem 11. November, ihren Unabhängigkeitstag feiern und nach der Vertreibung der Deutschen das Martinsfest – abgesehen von der alten preußischen Posener Gegend – nicht mehr gepflegt wurde, hat es der Martinstag doppelt schwer, wieder Wurzeln zu schlagen.

In Seitsch feiert man beides. „Um 16 Uhr wird in der Kirche die Ablassmesse gelesen, und danach gehen alle zusammen zum Denkmal der ‚Kämpfer für das Polentum‘, legen Blumen nieder und entzünden Kerzen“, so Pfarrer Sliwka.

Andreas Grapatin und seine Mitstreiter sind stolz, dass in Seitsch wie früher am Martinstag ein Martinsumzug zum Martinsfeuer führt und dass am 11. November früh spezielle Martinshörnchen gebacken werden. „Unsere hiesige Backstube wird am Martinstag von Volontären übernommen, die 1500 schlesische Mohnhörnchen backen. Diese werden verkauft und der Erlös geht an bedürftige in der Gemeinde“, so der Dorfpfarrer. Auf die Frage nach dem Ursprung der Tradition entgegnet der Geistliche, diese hätte man vor Kurzem aus Westfalen, wo ein Dorfbewohner gearbeitet habe, mitgebracht. „Nun gut, damit können die Hiesigen wohl besser leben, als wenn man ihnen offenbaren würde, sie pflegen die Tradition der alten Seitscher am polnischen Nationalfeiertag“, so Grapatin.

Chris W. Wagner



ZUM 105. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. Pfeffer, aus Lyck, am 23. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Monka, Christel, geb. Klutha, aus Ortelsburg, am 17. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. Labusch, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November
Gerber, Liesbeth, geb. Mollenhauer, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. November
Puddig, Gertrud aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Krämer, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. November
Schmitt, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
Wiechert, Hilda, geb. Helwing, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 19. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. Adomat, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November
Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November
Haak, Elly, geb. Germuhl, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. November
Krüger, Gertrud, geb. Szech, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Feige, Margarete, geb. Groß, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November
Kaiser, Elfride, geb. Pogorzelski, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. November
Kütter, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. November
Lasogga, Ruth, aus Rastenburg, am 23. November
Roggon, Robert, aus Treuburg, am 21. November
Tausendfreund, Max-Manfred, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 19. November
Tiska, Rüdiger, aus Zollernhöhe, Kreis Sensburg, am 5. November
Waschik, Willy, aus Richtwalde, Kreis Johannisburg, am 19. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Borgelt, Magdalene, geb. Jannowitz, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 22. November
Brencz, Lisbeth, geb. Votel, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. November
Eichel, Elfriede, aus Lyck, am 18. November
Galpin, Edith, geb. Gurklies, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. November
Hüttenbach, Dr. Horst, aus Waldkeim, Kreis Preußisch Eylau, am 23. November
Kumutat, Käte, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 21. November
Michael, Hildegard, geb. Plitzner, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. November
Müller, Traute, geb. Dommick, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November
Niesgodda, Ernst, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. November
Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November
Sokolowski, Edith, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Heidenreich, Margarete, aus Lyck, am 21. November
Heumann, Günther, aus Neidenburg, am 22. November
Kopania, Elfriede, aus Erben, Kreis Ortelsburg, 21. November
Schmidt, Siegfried, aus Kuglaken, Kreis Wehlau, am 18. November
Schumann, Anneliese, geb. Warias, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 21. November
Seinwill, Fritz, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. November
Vester, Waltraud, geb. Annus, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, am 21. November
Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Aßmann, Erika, geb. Wunder, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. November
Benger, Emil, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 23. November
Frambach, Margarete, geb. Baumgardt, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 23. November
Fuchs, Dorothea, geb. Beroleit, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 22. November
Gornik, Edeltraud, geb. Kaiser, aus Wehlau, am 22. November
Gudat, Eva, geb. Hennig, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

Karpowski, Manfred, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 23. November
Kunze, Waltraud, geb. Dittkuhn, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. November
Kuzio, Elisabeth, geb. Buyny, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 21. November
Ramminger, Hildegard, geb. Chmielewski, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 20. November
Schmidt, Dr. Peter, aus Ortelsburg, am 23. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Becker, Herbert, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 23. November
Janz, Ingeborg, Landesgruppe Bremen, am 18. November
Krämer, Else, geb. Rade, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 20. November
Krogmann, Martha geb. Seidel, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November
Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November
Matthies, Ingrid, geb. Freitag, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 23. November
Ruchatz, Herbert, aus Lyck, am 23. November
Schöffel, Charlotte, geb. Saparautzki, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. November
Selenz, Frieda, geb. Fröse, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 17. November
Sperzel, Waltraut, geb. Erzberger, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November
Titel, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dankel, Gertrud, geb. Steiner, aus Treuburg, am 22. November

Dörk, Ingeborg, geb. Mondry, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Ebeling, Edith, geb. Pehl, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. November
Ementhaler, Günther, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 19. November
Godzieba, Hans-Helmut, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November
Keimel, Bruno, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. November
Kowalczik, Erich, aus Radegrund, Kreis Ortelsburg, am 23. November
Kulschewski, Ernst, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 17. November
Morszeck, Alfred, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 17. November
Paul, Ingeborg, geb. Hirschfeld, aus Seehausen, Kreis Ebenrode, am 20. November
Roehr, Helmut, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. November
Rose, Ingeborg, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. November
Runge, Klaus, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 23. November
Sarzio, Hildegard, geb. Lasl, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 20. November
Schlüter, Gerhard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 18. November
Steinbach, Hildegard, geb. Jankowski, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 17. November
Wissuwa, Irmgard, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ademeit, Ruth, geb. Warich, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 21. November
Bolm, Klaus Eberhard, aus Neidenburg, am 23. November

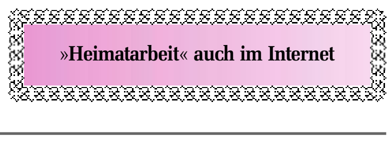
Dube, Karl-Heinz, aus Wehlau, am 21. November
Hanke, Erika, geb. Jurkschat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. November
Jaacks, Erika, geb. Segendorf, aus Preußenwalde, Kreis Ebenrode, am 19. November
Jablonski, Ilse, geb. Podchull, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 22. November
Lüdecke, Torsten, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 18. November
Marx, Margarete, geb. Kaiser, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 18. November
Möller, Sieglinde, geb. Waschkewitz, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 21. November
Neubacher, Paul, aus Treuburg, am 17. November
Otte, Gertrud, geb. Gollub, aus Lyck, am 18. November
Ottenberg, Dr. Horst, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 20. November
Philippzig, Erolena, aus Königsberg, am 19. November
Rackwitz, Ursula, geb. Schinkoreit, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. November
Schlender, Marianne, geb. Klein, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 22. November
Rausch, Manfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. November
Reimer, Waltraut, geb. Walewski, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 17. November
Rostek, Friedrich, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 23. November
Thiede, Felicitas, geb. Schauk, aus Schönfelde, Kreis Allenstein, am 20. November
Walter, Renate, geb. Lück, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 23. November
Zimmermann, Elisabeth, geb. Höchst, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 17. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andreas, Gerhard, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 19. November
Borkowski, Helmut, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 18. November
Falkenstein, Sieglinde, geb. Brodde, aus Wokellen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. November
Gutzeit, Bernd, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. November
Hamann, Waltraud, geb. Stölzel, aus Wehlau, am 20. November
Kalkstein, Klaus, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 18. November
Kirstein, Erich, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. November
Kozik, Erwin, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 17. November
Müller, Ernst, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 18. November
Mundt, Karl-Heinz, aus Hoya, am 18. November
Schlisio, Sigrid, geb. Pachele, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 18. November
Schwenk, Marianne, geb. Schaschke, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. November
Steller, Ute, geb. Blank, aus Kukerneese, Kreis Elchniederung, am 18. November



Puziche, Horst und Ehefrau Elisabeth, geb. Abramzig, aus Hönenwerder, Kreis Ortelsburg, am 21. November



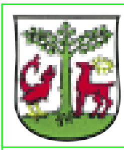
TERMINE DER LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Adventstreffen

Freitag, 1. Dezember, Hotel Handelshof, Telefon (0208) 30880, Friedrichstraße 15, 45468 Mülheim/Ruhr: Adventstreffen der Gruppe Bonn. Auskünfte bei der Kreisvertreterin Manuela Begett, Telefon (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de.

Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Folge 48 bis Mittwoch, 22. November per Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de oder postalisch an Buchtstarße 4, 22087 Hamburg zu.

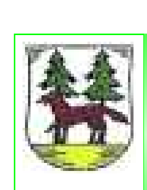


INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt: Sonnabend, 2. Dezember, ab 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.
Hamburg – Mittwoch, 6. Dezember, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.
Köln: Mittwoch, 6. Dezember: Weihnachtsfeier. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen. Internet: www.kreisge-meinschaft-johannisburg.de

Ehrung

Anlässlich des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Johannisburg am 8. Oktober in Dortmund, konnte der bisherige Kreisvertreter Manfred Solenski zwei Mitglieder für ihre Treue und ehrenamtlichen Einsätze auszeichnen. Anita Knop und Paul Sobotta erhielten die Ehrenspange in Silber der Kreisgemeinschaft. Gratulation aus der Reihe der Mitglieder.
Siegfried Strysio, Kreisvertreter



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Sonderausstellung

Sonnabend, 18. November, 10 Uhr, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Letzter Tag der Sonderausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Künstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“ . Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag von Dr. Timo Ibsen von Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie, Schloß Gottorf, Schleswig, zum Thema „Bernsteinburgen“. Der Eintritt ist frei.

Zehn Jahre Heimatmuseum

Das Lötzener Heimatmuseum blickt zurück auf zehn Jahre Ausstellungs- und Veranstaltungsangebote in Neumünster – Teil II.

2013 war das Jahr des Umzugs in die Böcklersiedlung, Sudeten-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

landstraße 18 H. Die Verkleinerung der Ausstellungsfläche, der Verlust an Wandfläche forderte Improvisation. Der zur Verfügung stehende, ebenerdig erreichbare Ausstellungsraum muss multifunktional genutzt werden.

„Ostpreußen – wie es war. Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“ kam ebenso wie die Tafelausstellung „Ostpreußen fasziniert“ aus Ellingen nach Neumünster. Auch in 2014 gezeigt wurde die Retrospektive Elena Steinke (aus Kaliningrad nach Nordfriesland): „Aus drei Jahrzehnten künstlerischen Schaffens“.

Großen Anklang fand in 2015 „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen“. Die Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum ermöglichte in 2015 auch die Ausstellung „Ein Licht aus Ostpreußen – Lieselotte Plangger-Popp. Aus dem grafischen Werk einer ostpreußischen Künstlerin“.

Die vorübergehende Schließung des OL (und das verlässliche, vertrauensvolle Miteinander) machte möglich, dass Exponate nach Neumünster kamen, die sonst nicht ausgeliehen worden wären: „Weite und Heimlichkeit – Die Landschaft Masurens auf Bildern ostpreußischer Künstler“. Die Ausstellung „Burgen des Deutschen Ordens“ – ebenfalls in 2016 - war vor allem dem Kunstmaler Reinhard Bergmann, Weißenfels, zu verdanken.

In 2017 konnte „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff“ gezeigt werden. Den Farbholzschnitten folgte die Ausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung.“ – Die Planungen für 2018 sind fast abgeschlossen.

Auch das Veranstaltungsprogramm wurde gesteigert. Zunächst gab es Dia-Vorträgen wie „Hurtigruten im Winter“, „Masuren im Sommer“, „Sagenreiches Ostpreußen“. Dann kamen neue Ideen: „Lötzen literarisch“, „Bernsteinmärchen“, „Lötzener berichten von Flucht und Vertreibung“, „Hermann Sudermann – Werk und Wirkung“ und viele mehr.

Mit Bernhard Pietrass konnten wir in 2010 zum ersten Mal einen Referenten begrüßen. Er war vom Bodensee angereist, um seinen Vortrag über „Die Tagebücher der Henriette Schneider (1872 bis 1947)“ zu halten. Ihm, seinem Fleiß und seiner Begabung, war die erste große Arbeit „im Hintergrund“ zur Erweiterung unseres Archivbestandes zu verdanken: Die Übertragung von 88 Dorfverschreibungen aus der Ordenszeit und der Herzogszeit in heutige Lesbarkeit.

Das Ehepaar Kossak, Verchen, fertigte aus dem zur Verfügung gestellten Bildmaterial aus dem Archiv der Kreisgemeinschaft die DVD „Lötzen – eine ostpreußische Kreisstadt“.

Immer häufiger wurden Persönlichkeiten zu Vorträgen eingeladen, ohne dass der Kreisgemeinschaft hohe Ausgaben oder überhaupt Kosten entstanden.

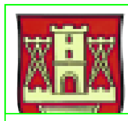
In 2010 wurde eine neue Idee verwirklicht: Der Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren“ zugunsten der Museumsarbeit. Er fand sieben Mal in Folge statt.

In 2013 war erstmals die Märchenerzählerin Angelika Rischer zu Gast im Lötzener Veranstaltungsraum. Seitdem kam sie jedes Jahr mit einem extra für unser Publikum erarbeiteten Programm. – Des 50. Todestages von Agnes Miegel (in 2014) wurde mit einer Veranstaltung gedacht, ebenso war der 80. Geburtstag von Arno Surminski Anlass einer literarischen Stunde. Über zwei Romane von Siegfried Lenz sprach Klaus Papies, Bremen.

„Künstler auf der Kurischen Nehrung“ war der erste Vortrag, den Jörn Barfod in Neumünster hielt – unabhängig von seiner Präsenz als Kunstwissenschaftler und Volkskundler bei mehreren der Ausstellungseröffnungen.

Mit Timo Ibsen vom Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie, Schloß Gottorf, Schleswig, war ein Ostpreußenerfahrener und eloquenter Archäologe zweimal Gast der Lötzener. So war auch Manuel Ruoff, Redakteuer der Preußischen Allgemeinen Zeitung, Historiker, Hamburg, mit zwei Themen zu hören – über den I. Weltkrieg in Ostpreußen (2014) und über den Deutschen Orden (2016). Christoph Hinkelmann ist eine Fülle an Informationen über „Johannes Thienemann und die Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung“ zu verdanken (in 2016). Mit Mark Marzinzik, Hamburg, ist ein (Lötzener) Familienforscher zu hören gewesen (in 2017). – Die Aufzählung muss unvollständig bleiben. Es sind in der Zeitspanne 2007 bis 2017 über 70 Veranstaltungen durchgeführt worden.

Ute Eichler



MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Hermann-Sudermann-Schule

Die Einschulung am Hermann Sudermann Gymnasium in Memel fand traditionell am 1. September um 10 Uhr auf dem Innenhof des Gymnasiums statt. Dichtgedrängt hatten sich die Schüler aller Klassen, deren Eltern und Großeltern bei herrlichem Sonnenschein im Hof versammelt, um in erster Linie die neuen Erstklässler willkommen zu heißen. Den Besuchern bot sich ein herrliches buntes Bild durch die grünen Jacken der Erstklässler und den vielen Blumen aller Schüler, die anschließend den Lehrern übergeben wurden. Die Feier begann mit einem Auftritt der Oberklassen unter der Leitung von Theaterlehrerin Vaida Vaitilaviciene. Schuldirektorin Jolita Andrijauskiene begrüßte alle Anwesenden und freute sich, dass die Zahl der Schüler von Jahr zu Jahr zunimmt. Mit Beginn des neuen Schuljahrs besuchen 634 Schüler die Schule und werden von 60 Lehrkräften unterrichtet. Auch die fünf neuen Lehrkräfte wurden herzlich begrüßt. Erwähnenswert ist auch, dass am Einschulungstag in den Geschäften kein Alkohol verkauft wird.

Die stellvertretende Direktorin Neringa Tallat-Kelpsaite Dapsiene begrüßte alle Anwesende in Deutsch und wünschte allen einen guten Start ins neue Schuljahr. Die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise wurde durch den Bundesvorsitzenden Uwe Jurgsties und der Verein der Deutschen in Memel durch den Vorsitzenden Klaus Grudzinskas und der Kulturmanagerin Rasa Miuller vertreten. Ich begrüßte alle Anwesenden und widmete mich besonders den Kleinsten, den 64 Erstklässlern, aufgeteilt in drei 1. Klassen und gab ihnen nachfolgende Zeilen zum Schulanfang auf den Weg:

„Welch ein Jubel, welche Freude, denn euer großer Tag ist heute, weil die Schule, liebe Kinder, endlich auch für euch beginnt.

Mit dem Rechnen, Lesen, Schreiben werdet ihr nun die Zeit vertreiben – das sind jene Dinge eben, die ihr braucht fürs ganze Leben.

Nur wer lernt, der wird gescheiter, wer gescheit ist, der kommt weiter. Lernen soll euch Freude bereiten und meine Glückwünsche euch begleiten.

Kindergartenzeit ade, jetzt lernt ihr das „ABC“. Stolz werdet ihr den Schulranzen tragen und neugierig so manches fragen. Rechnen und Lesen ist nicht schwer, ich hoffe, die Schule gefällt Euch sehr.“

Danach kündigte er aus Anlass des diesjährigen 25-jährigen Bestehens der Schule für alle Erstklässler noch eine Überraschung an. Die Erstklässler, obwohl sehr aufgeregt, rezitierten sehr sicher kurze Gedichte. Die Feier wurde mit tollen Liedern des Schulensembles unter der Leitung der Musiklehrerin Asta Almine bereichert. Nachdem alle Schüler in den Klassenräumen waren, konnten die Erstklässler, die von der AdM gestifteten gefüllten Schultüten mit großer Freude in Empfang nehmen. Anschließend gingen die Eltern mit den Kindern zum Essen in die Lokale.

Gut ist auch, dass alle 34 Schulabgänger 2017 das Abitur bestanden haben. Dies spricht für die hohe Qualität der Schule, die da-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17



Memel: Schulbeginn am Hermann Sudermann Gymnasium Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

mit ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat. Es gibt keine freien Klassenräume mehr; selbst das Lehrerzimmer musste einem Klassenraum weichen. *Uwe Jurgsties*



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Telefon. (0451) 58249090.

Hauptkreistreffen

Beim 33. Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Rößel mit Kreistagssitzung wurden folgende Ergebnisse erzielt: Am 16. September wurde die Satzung in den § 10 und § 11 durch Beschluss geändert. Der Kreistag wurde von 18 auf sieben Kreistagsmitglieder und von elf auf fünf Kreisausschussmitglieder verkleinert.

Der Kreisausschuss besteht nun aus folgenden Funktionsträgern: dem Kreisvertreter, dem stellvertretenden Kreisvertreter, dem Kassenverwalter, dem Schriftführer, dem Karteiführer beziehungsweise Archivar.

Die Redaktion des „Rößeler Heimatboten" ist nicht mehr Mitglied des Kreisausschusses.

Gewählt wurden durch die Kreisgemeinschaft und durch den Kreistag: Egbert Neubauer (Kreisvertreter), Ernst Grünheidt (stellv. Kreisvertreter), Siegfried Schrade (Kassenverwalter), Waltraud Wiemer (Schriftführerin), Ursula Schlempke (Karteiführerin und Archivarin), Erna Jahnel, Ernst Michutta, Veronika Michutta, Paul Rückstein, Rita Schrader, Reinhard Weichsel.

Das Heimatblatt „Rößeler Heimatbote" bleibt unter der Leitung der Kreisgemeinschaft Rößel e.V., wie in der Satzung § 12 gefordert.

Ein ausführlicher Bericht über das Kreistagstreffen in Neuss, wird im nächsten „Rößeler Heimatboten" veröffentlicht.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachruf

Hartmut Preuß ist mit 81 eingeschlafen, nach kurzer, schwerer Krankheit. Tief betroffen trauern wir mit seiner Frau Lisel Preuß, geb. Hirschfeld, seiner Tochter Silli Brick, den Enkeln und den vielen, die ihm verbunden waren. Hartmut, Dein kraftvolles, energisches Auftreten machte Dich zu einem hochgeschätzten Mittelpunkt und gesuchten Ratgeber in schwierigen Lebensfragen! Deine riesige, bewundernswerte, von Herzen getragene Hilfsbereitschaft hat Dich bis auf wenige Tage vor Ausbruch Deiner Krankheit nie verlassen.

Ostpreußen in engerem und weiterem Sinne war Deine gewachsene Berufung. Kaum war die Perestroika ausgerufen, zog es Dich nach Kraupischken – Deinem Geburtsort, dem Familiensitz direkt an der Inste, ganz nach Hause, in Erinnerung an die Kinderjahre, die viel zu kurz friedvoll für Dich in Deiner große Familie waren. Die erste Flucht endete 1944 bei Danzig durch die euch überrollende Front bis Mai 1945 dauerte die Gefangenschaft. Und mühselig, unter unbeschreiblichen Strapazen ging es zu Fuß wieder nach Kraupischken zurück! Vom 9. bis zum 12. Lebensjahr haben Dich dort die überaus entbehrungsreichen Besatzungsverhältnisse geprägt.

In Schleswig-Holstein fand sich die erste westliche Nachkriegsstation. Mit 18 zog es Dich als Bergmann unter Tage ins Ruhrgebiet, Geld verdienen. Schulbildung wurde erst jetzt mit hoher Geschwindigkeit und absolut erfolgreich nachgeholt. Immer in einem Schuljahr zwei Klassenstufen. Dieser Erfolg begleitet den ehrgeizigen, intelligenten jungen Mann zu einer besonderen beruflichen Karriere und verantwortlichen Führungsposition eines internationalen Großbetriebs.

Zwölf Jahre warst Du unser erster Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Kreis Tilsit-Ragnit. Das Kirchspiel Kraupischken hast Du so vielfältig mit besonderer liebevoller gegenseitiger Achtung und Respekt ideenreich in eine neue Phase des Miteinanders zwischen Ost und West geführt. Du wirst unvergessen geehrt und in der Geschichte unserer ostpreußischen Heimat verzeichnet bleiben.

In diesem Jahr haben wir in Lütjenburg anlässlich unserer Kommissionssitzung zur Pflege von Paten- und Partnerschaft zu Breitenstein – Kraupischken und Uljanowo Deiner in Trauer gedacht und mit dem Bibelwort „Fürchte Dich nicht, denn ich habe dich erlöst" geschlossen.

Im Namen des Kirchspiels Kraupischken – der Breitensteiner. *Katharina Willemer*

Nachruf

Hartmut, Du hast uns geholfen, die Patenschaft, die die Stadt Lütjenburg mit der Gemeinde Breitenstein seit dem Jahre 1953 intensiv gepflegt hat, in eine Partnerschaft mit der Gemeinde Uljanowo weiter zu entwickeln. Du warst immer bereit zu helfen, wenn wir den Kontakt zu Deiner früheren Heimat vertiefen wollten. Du hast unsere Kommission Breitenstein / Kraupischken / Uljanowo in ihrer Arbeit für Ostpreußen immer unterstützt. Wir werden Deinen Rat und Deine Hilfe vermissen.

Du hast Dich für unsere gemeinsame Arbeit für Deine alte Heimat Breitenstein und für Ostpreußen verdient gemacht.

Wir werden Dich nicht vergessen. *Volker Zillman*

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Trotz einer kurzfristigen Verlegung nahmen gut 20 Personen am gemeinsamen Mittagessen in unserer Gaststätte "Frisch-Auf" teil. Dazu durften wir auch unsere Landesfrauenbeauftragte Uta Lüttich als Ehrengast sehr herzlich begrüßen.

Auf den nicht gebrauchten Tischen an den Seiten hatte Vera Pallas, Leiterin der Göppinger Frauengruppe, wieder ihre Handarbeiten, speziell Jostenbänder, mit eingewebten unterschiedlichen Namen und Motiven, zur Präsentation ausgebreitet. Auf einem anderen Tisch erfreute die Gäste ein wunderschöner Erntedank Korb, den die Vorstandsschaft aus vielen Erntefrüchten zusammengestellt hatte. Nach dem gemeinsamen Mittagessen, diesmal leider kein typisch heimatliches Gericht, sondern nach der Karte des Hauses, wurden wir vom Vorstandsmitglied Margit Korn recht herzlich willkommen geheißen. Sie wies darauf hin, dass sich aus diesem schönen Erntekorb am Schluss jeder einen Herbstgruß mitnehmen darf.

Wir sangen zum Anfang unseres Herbstfestes nun das schöne Lied „Bunt sind schon die Wälder".

Als nächstes gab es meinerseits einen Vortrag zum Thema Erntezeit, welche großen Unterschiede bei den Erntearbeiten sich im Laufe der Zeit ergeben haben. Früher halfen alle Familienmitglieder sowie viele Knechte und Mägde, bei der Ernte mit. Diese war zu Großvaterszeiten noch sehr Kraftaufwendig und mit viel Handarbeit und Schweiß verbunden. Heute ist oft nur ein Mann nötig, und der bedient diese modernen Maschinen, die oft sogar ganz selbständig alles alleine abernten. Das von mir vorgelesene Gedicht von Julius Sturm „Erntefest" passte hier wunderbar dazu.

Weiter ging es dann mit Gedanken zum Klimawandel, der ja immer mehr Unwetter und Katastrophen mit sich bringt. Dies alles ist vor allem aber auch unserem gestiegenen Konsumverhalten, wie auch dem immer größerwerdenden globalen Zusammenwirken geschuldet. Da spielt viel von unserem eigenen Verhalten mit hinein. Es fängt beim Mülltrennen an und hört mit von uns allen erzeugten Umweltbelastungen auf.

Nach diesen doch sehr eindringlichen Worten wurde mein Vortrag mit dem Gedicht von Theodor Fontane „Herbst" beendet.

Mit sehr viel Beifall wurde nun unsere Frau Lüttich begrüßt. Auch Sie äußerte sich zum Thema „Erntefeste" in Ostpreußen. Sie beschrieb die verschiedene Sitten und Gebräuche, die in unserer alten Heimat fest verankert waren. Die eigentliche Erntezeit begann ja schon nach Johannis! Das ist ja schon Ende Juni. Aber es gab danach immer etwas zu ernten, ob im Hausgarten oder später auf den Feldern. Es musste ja auch immer für eine große Anzahl Menschen und Tiere bis weit über den Winter hinaus reichen. Da war Vorratshaltung sehr gefragt.

Mit großem Beifall bedankte sich die Göppinger Gruppe bei ihr für diesen heimatlichen Rückblick in vergangene Zeiten. Dieser Vortrag hatte den Zuhörern die Erinnerungen an vergangene Kindheits- und Jugendtage wieder sehr lebhaft zurückgebracht.

Nun ergriff auch unsere Frau Pallas das Wort. Sie hatte der Gruppe sehr Vieles zu berichten. Sie war beim „kleinen Ostpreußentreffen" im September in Wismar gewesen. Auch mehrere unserer Göppinger Landsleute waren mit ihr im Bus dorthin gefahren. Es war eine sehr schöne und wieder ereignisreiche Woche gewesen. Sie schilderte die vielen Begegnungen, die vielen Gespräche miteinander und das Erleben der Landschaft bei Ausflügen dort in Mecklenburg-Vorpommern. Auch diesmal hatte Vera Pallas ihre ostpreußischen Handarbeiten mitgenommen und dort ausgestellt. Die Jostenbänder stießen bei vielen Besuchern auf großes Interesse, sodass Frau Pallas einige weitere Arbeiten dann zu Hause noch fertigstellen muss.

Auf die sehr interessanten Vorträge folgten immer wieder schöne Herbstgedichte und viele gemeinsam gesungenen Lieder.

Die Kaffeepause rückte näher, und daher standen wir alle auf, reichten uns die Hände und sangen zum vorläufigen Abschluss unser Heimatlied "Land der dunklen Wälder".

Frau Pallas bedankte sich im Namen der Vorstandsgruppe bei allen Anwesenden, und wünschte ein gesundes Nachhauseweg und ein gesundes Wiedersehen bei unserem Adventsfest im Dezember.

Während des Kaffeetrinkens gab es dann noch ausreichend Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit den Tischnachbarn. Beim Abschied vergaß auch keiner, sich etwas aus dem Erntekorb mitzunehmen. So konnte jeder ein kleines Stück unverfälschte Natur zur Erinnerung an diesen schönen Herbstnachmittag mit nach Hause nehmen. *Ina Meister*

Ludwigsburg – Dienstag, 21. November, 15 Uhr, „Krauthof", Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 18. November, 14 Uhr, Gedenkstein der Heimatvertriebenen, Friedhof Römerschanze: Gedenkfeier. Anschließend ist die Kaffeetafel in der naheliegenden Gaststätte Wackerbronn, Sickenheimer Straße 173, für uns gedeckt. Gäste sind herzlich willkommen. *Ilse Hunger*

Stuttgart – Mittwoch, 22. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Treffen der Frauengruppe. Helga Preußler aus Stuttgart spricht über das Thema: „Katharina von Bora – die Lutherin". Informationen: Uta Lüttich, Telefon (0711) 854093.



BAYERN

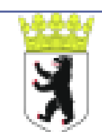
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 24. November, 19 Uhr, Saal, Hotel Gasthof „Krone", Gunzenhausen: Heimatliches Essen „Königsberger Klopse", anschließend Reisebericht aus Pommern, Ost- und Westpreußen mit Bildern.

Ansbach – Sonnabend, 18. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenken zum Volkstrauertag. Ab 15.30 Uhr, Orangerie: Bericht von unserer Fahrt zum Ostpreußentreffen in Schwerin, anschließend Tilsiter-Käseessen.

Landshut – Dienstag, 21. November, 14 Uhr, „Insel": Zusammenkunft.

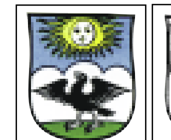
Nürnberg – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser (Ende der U1 gegenüber): Adventsfeier



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr, außerhalb: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

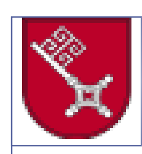
KREISGRUPPEN




Angerburg, Drakehmen, Goldap – Donnerstag, 30. November, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62: Vorweihnachtliche Feier. Anfragen beantwortet Marianne Becker, Telefon (030) 77123.



Königsberg – Freitag, 17. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Erntedankfest mit Tombola, Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.

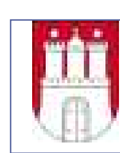


BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremen – Von Donnerstag, 23. bis Sonnabend, 25. November, Einkaufszentrum „Berliner Freiheit": „Markt der Ost- und Westpreußen". Ganztags bis zum Ladenschluss bieten wir dort wie in den Vorjahren neue und antiquarische Bücher, Karten, Marzipan und Spirituosen an. Auch eine Auswahl an Produkten anderer Heimatgebiete wie Weine aus Siebenbürgen und Spirituosen aus Pommern werden wieder zu haben sein. Zusätzlich wird eine kleine Ausstellung mit historischen Karten, Ölgemälden und Aquarellen mit Motiven aus Danzig, Königsberg und der Samlandküste gezeigt.

Bremerhaven – Sonntag, 19. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünder Friedhof: Gedenkstunde Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag, anschließend Kranzniederlegung im VDK-Ehrenhain.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 18. November, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Christkindlmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Die Landsmannschaften und der Ostpreußenstand sind mit einem Angebot von heimatlichen Spezialitäten vertreten. Für das leibliche Wohl ist auch gesorgt. – Sonnabend, 25. November, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, „New Living Home", Julius-Vosseler-Straße 40: Vorweihnachtliche Feier. Es gibt je ein Stück Torte und Butterkuchen dazu Kaffee satt für neun Euro pro Person. Es erwartet Sie der „Chor-Abendklang" von Frau Berschin. Anmeldung bitte bei Elisabeth Sierich, Telefon (040) 7326861. – Sonntag, 17. Dezember, ab Hamburg ZOB 13:30 Uhr; Harburg 14 Uhr. Grumbrechtstraße 76: Besuch des Weihnachtsmarktes. In einmaliger Atmosphäre, mit liebevoll geschmückten Straßen, Kunsthandwerker-Ständen und der Märchenwelt, fasziniert der Weihnachtsmarkt den wir besuchen, immer wieder Jung und Alt. Nach einem weihnachtlichen Kaffeetrinken, mit plattdeutschen Vorlesungen haben Sie im Anschluss Zeit, sich diesen besonderen Weihnachtsmarkt anzuschauen. Die Rückfahrt führt Sie durch das weihnachtlich beleuchtete Hamburg, mit Reiseführer. Preis pro Person: 28 Euro (alles inklusiv). Anmeldung bis 17. November bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041.

FRAUENGRUPPE



Bergedorf – 18. November, 13 Uhr, Hochkreuz, Bergedorfer Friedhof: Kranzniederlegung zum Volkstrauertag, anschließend Café Sternwarte.

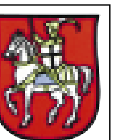
KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 28. November, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen der Gruppe zu einem Nachmittag in Erinnerung an die Adventszeit in der Heimat mit Erzählungen, gemeinsamem Singen und der dazugehörenden Kaffeetafel. Bitte bringen Sie ein Julklap-Päckchen mit. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Heiligenbeil – Sonntag, 17. Dezember, ab Hamburg ZOB 13:30 Uhr; Harburg 14 Uhr. Grumbrechtstraße 76: Besuch des Weihnachtsmarktes. In einmaliger Atmosphäre, mit liebevoll geschmückten Straßen, Kunsthandwerker-Ständen und der Märchenwelt, fasziniert der Weihnachtsmarkt den wir besuchen, immer wieder Jung und Alt. Nach einem weihnachtlichen Kaffeetrinken, mit plattdeutschen Vorlesungen, haben Sie im Anschluss Zeit, sich diesen besonderen Weihnachtsmarkt anzuschauen. Die Rückfahrt führt Sie durch das weihnachtlich beleuchtete Hamburg, mit Reiseführer. Preis pro Person: 28 Euro, alles inklusiv. Anmeldung bis 17. November bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041. – Sonnabend, 2. Dezember, 14 Uhr, AWO Seniorentreff, 1. Etage, Stadtteilhaus „Horner Freiheit", Am Gojenboom 46: Weihnachtsfeier. Die Mitglieder der Gruppe wollen bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde, gemeinsam mit Freunden und Gästen, der Kreisgruppe Heiligenbeil, einigen besinnliche Stunden, miteinander mit Geschichten aus der Heimat, auf die Advent- und Weihnachtszeit einstimmen. Sie erreichen den AWO Seniorentreff mit der U 2 Richtung Mümmelmannsberg, oder U 4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang, „Am Gojenboom" benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus „Horner Freiheit", für Rolatoren- und Rollstuhlfahrer, gibt es auch einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinaufführt, hier sind es dann aber einige Minuten Fußweg, bis zum Stadtteilhaus. Anmeldung bis zum 1. Dezember bei Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee 5 Euro. Konrad Wien



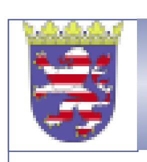
Osterode – Sonnabend, 2. Dezember, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant „Riebeling", Fuhlsbüttler Straße 755: Weihnachtsfeier. Das Restaurant liegt direkt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und singen weihnachtliche Lieder und hören heimatliche Erzählungen.

Vortrag im OL

Lüneburg – „Das Jahr, in dem Bardowick polnisch war" trägt Ursula Schwanitz-Roth am Mittwoch, 22. November, 18.30 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseums, Heiligengeiststraße 38, vor. Eintritt: vier Euro. Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-lg.de.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Frankfurt am Main – Zu einem Ausflug in den beginnenden Herbst hatte die LOW-Kreisgruppe Frankfurt am Main eingeladen. Bei idealem Wetter führte die kleine Reise auf die andere Rheinseite. Vom Bismarckturm in Ingelheim konnten sich die Mitglieder zunächst an einem herrlichen Blick in den Rheingau mit seinen Weinhängen erfreuen. Mit Informationen über den ehrwürdigen Reichsgründer Bismarck mit seinen Beziehungen zu beiden Rheinseiten, der napoleonischen Besetzung, sowie dem gegenüber befindlichen Niederwald-Denkmal bei Rüdesheim verging die Mittagszeit schnell. Die Teilnehmer konnten sich zudem über eine besondere Überraschung freuen. Die jüngsten Mitglieder unserer Landsmannschaft, die Zwillingsschwestern Luise und Friederike, die ihren Namen nach der preußischen Königin Luise und deren Schwester Friederike erhielten, vergnügten nicht nur mit ihren kindlichen Späßen, sondern auch ansatzweise mit rheinischen Liedern und dem Ostpreußenlied die Anwesenden. Dafür überreichte ihnen die Vorsitzende, Gerlinde Groß, dann auch sehr gern ein ostpreußisches „Schlabberläppchen“ mit ihrem Namenszug und der Elchschaufel. Sie wollten es auch nicht mehr hergeben und wurde beim Mittagessen gleich eingeweiht.

Am Nachmittag folgte dann eine außergewöhnlich interessante Führung im Bingener Museum am Strom zu „Hildegard von Bingen“ und ihrem segensreichen Wirken.

Ein Blick in ihr Kräutergärtchen und zusätzliche Ausführungen über die Romantik am Rhein bildeten dann einen gelungenen Übergang zum Spaziergang im daneben befindlichen Park am Rheinufer mit Aussicht zum Binger Loch mit dem berühmtem Mäuseturm. Ein Fensterplatz in einem dortigen Restaurant ließ den Nachmittag bei Kaffee und Kuchen, plachandern und staunen über den herrlichen Sonnenuntergang über den Weinbergen und den vorüberfahrenden Rheinschiffen wieder viel zu schnell vorübergehen. Luise und Friederike bemerkten treffend beim Winken zum Abschied: „Der Elch geht nun nach Hause.“

Frankfurt a. M.: Gerlinde Groß mit Friederike und Luise Bild: privat

Hanau – Der Bund der Vertriebenen hatte zum Erntedankfest eingeladen und viele Mitglieder und Gäste kamen in die Sandelmühle in Hanau. An den festlich gedeckten Tischen wurde Kaffee und Kuchen serviert. Alle bewunderten den üppig bestückten Erntetisch mit allerlei Obst und Feldfrüchten. Obendrauf die Erntekrone. Vorsitzende Edeltrud Bartels begrüßte die Gäste und wünschte allen einen fröhlichen Nachmittag. Die Moderation übernahm Kulturreferent Peter Jurenda. Bekannte Volkslieder wurlen gemeinsam gesungen. Dazwischen spielte die Stadtkapelle flotte Weisen. Rotraut Schmidt brachte ein Gedicht von Hildegard Rauschenbach „Das tägliche Brot. Heidi Förster eins vom Kastanienbaum, Ursula Wolf ein Schlesiengerücht, Lothar Streck eins aus Böhmen und Lieselotte Schneider der Kruschkebaum“. Die Festrede hielt Gert-Helmut Schäfer stellvertretet. Vorsitzender der BdV Kreisverband Hochtaunus. Ein sehr interessanter Vortrag über das künftige Dokumentationszentrum Flucht Vertreibung Versöhnung. Die Stiftung wurde 2008 gegründet. Frau Bartels sprach noch ein paar Schlussworte, bedankte sich bei allen Mitwirkenden. Der kleine Chor der Sudetendeutschen sang zum Schluss das Lied „Ein schöner Tag“.

Wetzlar – Die Tische beim monatlichen Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen – Kreisgruppe Wetzlar waren festlich mit Ähren und Äpfeln geschmückt. So erinnerten die Mitglieder an die Erntedankfeste in der alten Heimat. Der Vorsitzende Kuno Kutz sagte, die Erlebnisgeneration, die noch die fröhlichen Feste miterlebt habe, versuche auch nach über 70 Jahren, nach der Heimatvertreibung, den nachfolgenden Generationen die Erinnerungen an die verlorene Heimat als Erbe weiterzugeben. Erntedank sei einst eines der größten Feste im Jahreslauf gewesen.

In der „Kornkammer Deutschlands“ habe bei der in die trockene und heiße Ferienzeit fallenden Ernte Hochbetrieb geherrscht. Alle, die arbeiten konnten, wurden gebraucht, alle waren auf den Beinen. Die Frauen der Landarbeiter, die sonst Haus, Mann, Kinder, Hühner, Schweine und Garten versorgten, erschienen frühmorgens auf dem Hof, so wie ihre Männer und Söhne. Zu ernten waren riesige Felder, die so weit waren, dass ihre Enden am Horizont verschwanden.

Die zusammengestellten Hokken sahen aus wie Zelte aus Korn. Wenn ein großes Feld fertig gemäht war, erhob sich auf ihm eine goldgelbe Zeltstadt, die sich über Hügel und Täler immer winziger werdend in die Weite und Breite ausdehnte.

Nach Ende der Ernte stand die letzte Fuhre Getreide startbereit auf dem Hof. Alle Familien nahmen an dem Fest teil. Auf dem Erntewagen saßen die Mädchen mit der geschmückten Erntekrone. Die Musikkapelle führte den Zug an, die Kinder mit Blumenkränzen folgten, dann die Veteranen und alle sonntäglich gekleideten Menschen, die geholfen hatten.

Sie zogen vor die Eingangstür des Bauernhauses, die mit einer Girlande umkränzt war, und überreichten dem Bauern die Erntekrone. Dieser hielt eine Rede und dankte den Arbeitern für ihre Mühe. Alle waren eingeladen. Abends und die ganze Nacht wurde gut gegessen, getrunken und getanzt.

Zum Erntedankfest wurde die Kirche geschmückt wie sonst nie. Alles, was Gott wachsen ließ, lag dort als Zeichen des Dankes.

Wiesbaden – Sonnabend, 18. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: „Land des Rübezahl. Schlesische Impressionen“, Bilder-Vortrag von Dieter Schetat. Vor dem Bilder-Vortrag gibt es Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar. – Sonntag, 19. November, Beginn der Südfriedhof-Gedenkstunde bitte der Presse entnehmen: Volkstrauertag. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden, einen Kranz nieder. – Donnerstag, 23. November, 18 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Festliches Wildessen. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie eine Wildsuppe. Für den musikalischen Rahmen sorgt das „Bläsercorps der Jägerschaft Wiesbaden“ mit traditionellen Jagdsignalen. Wenn Sie an diesem besonderen Stammtisch teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte wegen der Platz- und Essendisposition bis spätestens 16. November bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 an. Teilnahme bitte nur nach Anmeldung! ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



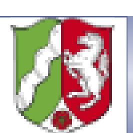
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920.

Braunschweig – Mittwoch, 22. November, 15 Uhr, Eingang Sozialverband, Jasperallee 42: Treffen im Stadtpark mit Totengedenken.

Helmstedt – Sonnabend, 18. November, 10.15 Uhr, Friedhof St. Stephani: Treffen.

Osnabrück – Freitag, 17. November, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

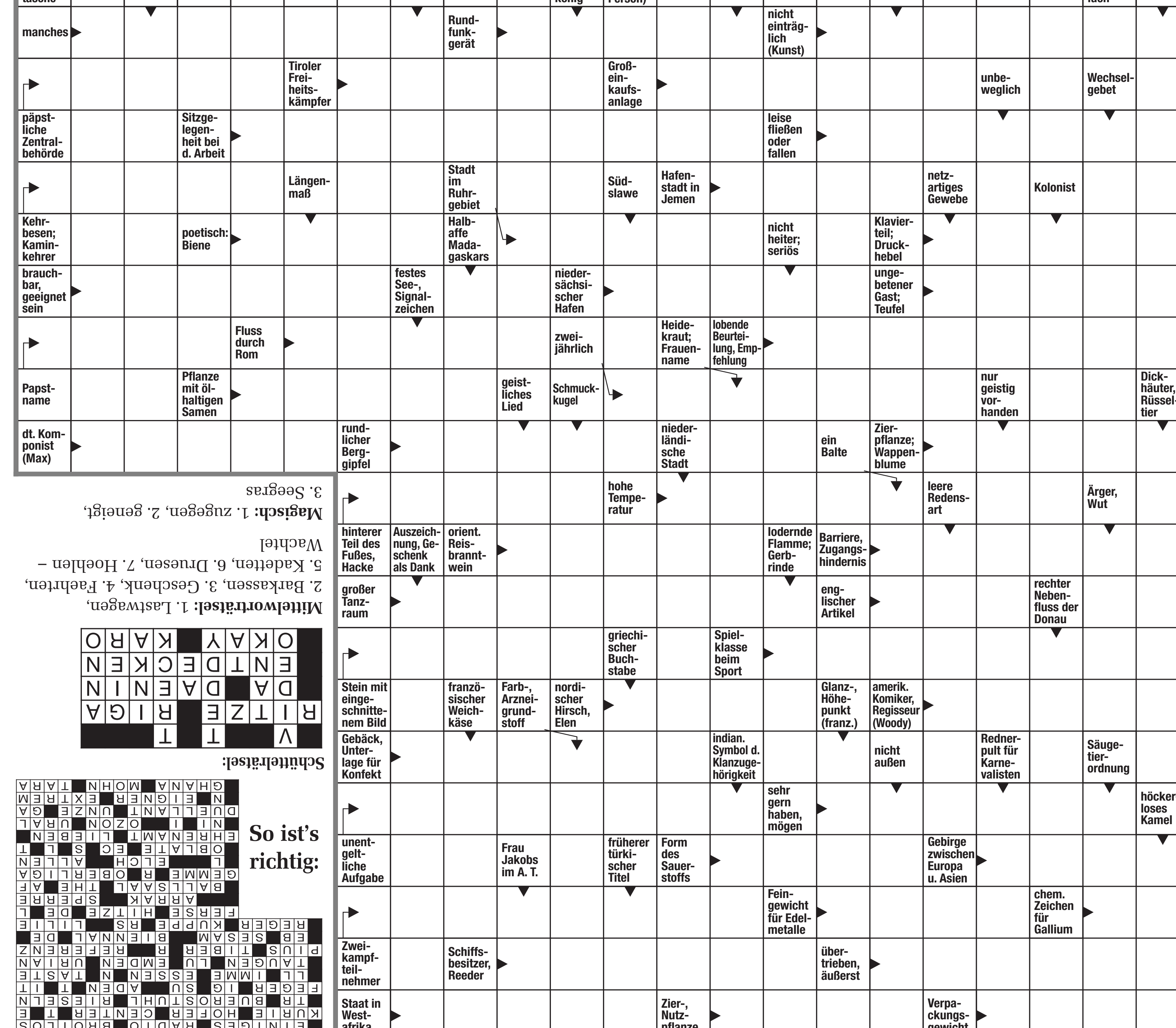
Bielefeld – Sonnabend, 18. November, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b: Heimatliteraturkreis. – Donnerstag, 7. Dezember, 15 Uhr, ebenda: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn – Sonntag, 26. November, 15 Uhr, Gedenkstein auf dem Nordfriedhof: Ostdeutsches Totengedenken der im Bonner BdV vereinigten Landsmannschaften – Dienstag, 28. November, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises der LM Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn. Die Frauen treffen sich zu besonderen Themen.

Dortmund – Montag, 20. November, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3, Eingang Märkische Straße: Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Freitag, 17. November, 18 Uhr, „Lauren's“, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Mittwoch, 22. November, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Die russische Revolution 1914-24 – Leben in der Katastrophe“ von Professor Jörg Baberowski. – Dienstag, 28. November, 19 Uhr, GHH: Vortag von Michael Zeller „Der Dichter und der Richter – Ein Fall aus der Praxis des romantischen Dichters E.T.A. Hoffmann“. Freitag, 1. De-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

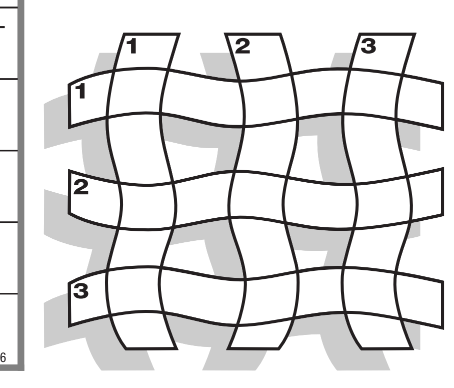
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

DEIOV		AKNT	DDETY		CEKRT		AIKN	EGIR	ANNO
					AGIR				
EIRTZ			ADEI NN						
CDEEE KNNT									
AKOY					AKOR				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein kleines Feldhuhn.

1	TANK		FAHRER
2	HAFEN		FAHRT
3	GELD		IDEE
4	TIER		SUCHER
5	SEE		SCHULE
6	TALG		FIEBER
7	FELS		MENSCH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 anwesend, an Ort und Stelle
2 bereit, willens
3 Meerespflanze in Küstennähe

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

zember, 18 Uhr, GHH: Theaterstück von und mit Kindern und Eltern „Weihnachtsfest fürs Tannenbäumchen“. – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch , 6. Dezember, 19 Uhr, GHH: Weihnachtslesung mit Dr. Hajo Buch „Stern über der Grenze“.

Köln – Dienstag, 21. November, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41-43: Versammlung. Es ist allen Mitgliedern bekannt, dass wir ab dem 1. Januar 2018 aus Kostengründen nicht mehr im Deutzer Bürgerzentrum tagen können. Eine Aussprache bei einem Besuch der Kölner Frauengruppe der Pommern ergab, dass man nicht abgeneigt sei, unsere Gruppe bei ihren Treffen aufzunehmen, um gemeinsam zu singen, zu lesen oder dem Gedankenaustausch nachzugehen. Es wäre ratsam, sich momentan darauf einzustellen, dass unsere Treffen ab Januar 2018 nicht mehr im Bürgerzentrum sondern im „Café zum Königsforst“ am zweiten Mittwoch jeden Monats um 14 Uhr stattfinden werden. Das recht angenehm wirkende Lokal liegt unmittelbar an der Endhaltestelle Königsforst der KVB-Linie 9. Eine Nutzungsgebühr wird, trotz separatem Raum, nicht erhoben; der Verzehr genügt. Dieser Vorschlag gilt noch nicht als bindend. Bei Einwänden, welcher Art auch immer, müsste neu diskutiert werden. Die Anfahrt vom Neumarkt nach Königsforst dauert 22 Minuten. Der Vorstand rät, sich dieses Lokal anzuschauen.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Sonntag, 19. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Feierstunde zum Volkstrauertag. – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Marienhaus in Neuss, Kapitalstraße 36: Adventsfeier mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee, Kuchen und ostpreußische Spezialitäten.

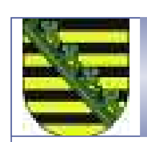
Witten – Montag, 20. November, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Grützwurstessen mit Beilage und Pillkaller.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Adventsfeier. Wir bitten um Gaben für die Tombola.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – „Erntedankfest – typisch Ostpreußisch“, so wurde das Fest in der hiesigen Tageszeitung „Freien Presse“ angekündigt. Dadurch kamen nicht nur Ost- und Westpreußen, sondern auch andere Interessenten zur Veranstaltung. Wir sagen dem Ostpreußenblatt und der Örtlichen Presse herzlichen Dank dafür.

Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und es mussten noch zusätzliche Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Der Oberbürgermeister Jesko Vogel und seine Gattin gaben uns die Ehre und nahmen an unserem Erntedankfest teil.

Wir konnten noch einen Ehrengast begrüßen, die Berliner Rechtsanwältin Ingeborg Christoph, die moralisch und finanziell die Arbeit mit der Jugend unterstützt. Dafür möchten wir herzlichen Dank sagen. Die Begrüßung und Eröffnung übernahm Kurt Weihe und kündigte den Einmarsch der Bauernfamilie an. Der Saal erstrahlte in allen Farben des Herbstes durch seine liebevolle Dekoration.

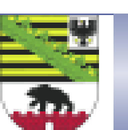
Frau Gläser hatte wieder ihre typisch ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt. Nach dem Einmarsch der Bauernfamilie wurde die Erntekrone von den Frauen Springwald, Gläser und Kedzierski hereingetragen. Hannelore Kedzierski sprach dazu noch einige erklärende Worte. Danach wurde gemeinsam das Lied „Nun danket alle Gott“ gesungen. Eine Schülergruppe der Gerhard-Hauptmann-Oberschule hatte ein Kulturprogramm vorbereitet und brachte viele lustige Dinge zu Gehör.

Nun folgte ein buntes Programm des gemischten Chores von Langenberg unter der Leitung von Frau Gladen. Viele bekannte Volkslieder erklangen und luden zum mitsingen ein. Dazwischen wurden Gedichte vorgetragen. Anschließend wurde eine besondere Auszeichnung für einen jahrelangen sehr aktiven Ostpreußen, Horst Weihe Braczko, vorgenommen. Kurt Weihe hielt eine bewegende Laudatio. Als Geschenk überreichte er Braczko einen selbstgefertigten Wandteller mit Bernsteinen. Er zeigt den Umriss der Landkarte Ostpreußens. Jahrelang hatte Horst Braczko und seine Gattin in diesem Chor mit gesungen. Nun folgte eine erholsame Pause mit Kaffee, selbstgebackenen Kuchen und belegte Brote. Dazwischen wurden viele interessante Gespräche geführt.

Nach der Pause folgten Sketche, vorgetragen von Elli Springwald und Irmgard Gläser. Zum Abschluss sangen alle das Lied „ Kein schöner Land“. Kurt Weihe und Reinhard Gerullis verabschiedeten alle Teilnehmer bis zur nächsten Veranstaltung mit guten Wünschen und einen guten Nachhauseweg. Hannelore Kedzierski



Limbach-Oberfrohna: Horst Braczko wird geehrt. Bild: privat

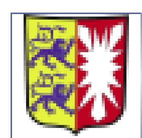


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 24. November, Begegnungsstätte VS Gardelegen: gemütliches Beisammensein.

Magdeburg – Sonntag, 12. November, 14 Uhr, Sportgaststätte „Post“, Spielhagenstraße: Volkstrauertag. – Freitag, 24. November, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Dienstag, 28. November, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Schleswig-Holsteiner in Lüneburg: Besuch im Brauereimuseum. Zuvor hielt Barbara Loeffke (l.) einen spannenden Vortrag. Bild: privat

Landesgruppe – Ein Besuch des Landesvorsitzenden Edmund Ferner mit Anhang aus Schleswig-Holstein und ein Treffen mit der Vorsitzenden Barbara Loeffke aus Niedersachsen im ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg wird für die Schleswig-Holsteiner noch lange nachklingen. In spannender Weise verstand es Barbara Loeffke die Entstehung und Entwicklung des Museums in einem Vortrag nachzuzeichnen. Leider war es nicht möglich, das Museum zu besichtigen, da die Dauerausstellung zurzeit umgebaut und voraussichtlich bis Sommer 2018 modernisiert wird.

Danach übernahm Christoph Hinkelmann die Führung durch das Brauereimuseum. Seine kenntnisreichen Ausführungen, gewürzt mit viel Humor und auch mit etlichen Demonstrationen beim Rundgangbeginn im fünften Stockwerk bei der Malzputzmaschine bis zum technischen Ablauf des Brauereivorganges im Erdgeschoss haben alle Teilnehmer an dieser Führung fasziniert.

Bad Oldesloe – Nach Begrüßung der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe wurden herzliche Genesungswünsche den beiden erkrankten Mitgliedern übermittelt. Thema des Nachmittags war „Erntedank“. Die Vorsitzende sprach über das Buch „Wir haben das Korn geschnitten“ von Aninka Gräfin Bellavitis.

Die aus dem Westen stammende junge Gutsfrau erlebt den eisigen Winter und die Jagden, den blühenden Frühling, die Ernte in Sonnenglut und die Früchte des Herbstes. Das Buch ist eine Liebeserklärung an Ostpreußen und auch ein Zeitdokument. Die Vorsitzende las dann Texte über die Ernten: Erdbeeren im Juni, dann wurde Heu gemacht, schließlich Raps und der goldene Weizen.

Anschließend sprachen die Teilnehmer über die erheblichen Verluste der Ernte 2017 und über die Schwierigkeiten, die Ernte einzubringen. Selbst Trecker versinken in dem matschigen Boden der Felder. Der Klimawandel macht uns große Sorgen.

Geburtstagskind des Monats war Annemarie Knopf.

Gisela Brauer

Flensburg – Flensburg – Sonntag, 19. November, 11.30 Uhr, Friedhofskapelle, Am Friedenshügel: Volkstrauertag. – Dienstag, 21. November, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: 82. Preußische Tafelrunde, festliches Abendessen mit anschließendem Vortrag von Dr. Olaf Jessen mit dem Thema: „Die Moltkes – Biographie einer-Familie“. Rechtzeitige Anmeldungen nur unter Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847, E-Mail: kanstorf@freenet.de. – Sonntag 26. November, 15 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Treffen zum Totensonntag. – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Weihnachtsfeier mit Kaffeetafel, Geschichten, Singen, Gedichte aus der Heimat.

Mölln – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung im Rahmen einer Adventsfeier.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, „Klön Stuv“, altes Feuerwehrhaus, Rosenstraße: Ostdeutsche Adventsfeier. Es wirken mit der „Singkreis Ostholstein“, der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde, der Pastor spricht besinnliche Worte zum Advent. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Tee und Kuchen beträgt 10 Euro. Um Anmeldung wird bis zum 25. November gebeten, Telefon (04528) 496 oder 9901.

Herbstkonzert

Bad Schwartau – Sonnabend, 18. November, 17 Uhr, Museum, Anton-Baumann-Straße 5: VI. OMV OH Herbstkonzert. Eintritt: 6 Euro.

Keine Sesamkuchen fürs Rotwild

Jagd und Jäger in Ostpreußen, Teil IV

Anlässlich der Gedenkveranstaltung zur Gründung des Ostpreußischen Jagdmuseums vor 60 Jahren (siehe *PAZ* 43, Seite 19) konnte auch Horst F. Buschalsky für einen Vortrag gewonnen werden. Der Leitende Forstdirektor sprach über „Jagd und Jäger in Ostpreußen – einst und heute“. Die *PAZ* veröffentlicht seinen Beitrag in mehreren Teilen.

Wenn über die Jagd in Ostpreußen gesprochen wird, dürfen das Rotwild und die Rominter Heide nicht fehlen. Hier möchte ich noch einmal den Oberregierungs- und Forstrat Müller aus Königsberg zu Rate ziehen. Er schildert 1929 in seinem Bericht zum Rotwild, dass dieses im 19. Jahrhundert seinem Untergang entkommen ist. Dabei spielen auch wie beim Elchwild verantwortungsvolle Jäger und Förster eine große Rolle.

Müller schreibt, dass ursprünglich das Rotwild in Ostpreußen sehr weit verbreitet war. Wie groß die Bestände waren, geht aus überlieferten Jagdberichten hervor. So wurden unter Markgraf Johann Sigismund in der Zeit von 1612 bis 1619 1998 Hirsche, 2344 Tiere und 593 Kälber erlegt. Der stärkste Hirsch wog 7,75 Zentner, die höchste Endenzahl betrug 26.

1725 ist Rotwild in 15 Gebieten beziehungsweise Regionen Ostpreußens als Standwild registriert, dazu gehören unter anderem die großen Waldgebiete wie die Johannisburger-, die Borkener- und die Rominter Heide, der Taberbrücker Forst und alle Wälder um Osterode bis Alt Christburg und Deutsch Eylau sowie die Wälder in Masuren zwischen Rastenburg, Nikolaiken und Sensburg.

Wie beim Elchwild ist es mit dem Rotwild dann aber von Mitte des 18. Jahrhunderts bis Anfang des 19. Jahrhunderts steil bergab gegangen. Die Gründe hierfür waren dieselben. Übereinstimmend führen alle zeitgenössischen Berichterstatter als Gründe neben den kriegerischen Wirren vor allem die beispiellose Wilderei und die verheerende Aasjägerei der jagdberechtigten Güter ins Feld, aber zudem vor allem auch die gewaltige Wolfsplage. Es wird beklagt, dass der Bevölkerung jeder Sinn für eine pflegliche Behandlung der Wildbestände fehle.

Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts haben sich dann die Verhältnisse wieder zum Besseren gewendet und es wird berichtet, dass sogar wieder alte Gebiete durch Aussetzen von Wildfängen aus der Rominter Heide dazu gewonnen wurden.

Warum gerade aus der Rominter Heide, war doch Anfang des 19. Jahrhunderts die Lage des Rotwildes dort besonders prekär. Der Grund hierfür liegt ganz einfach an dem Einsatz und der Bereitschaft von wenigen Jägern und Förstern das Rotwild zu retten, indem eine konsequente Hege eingeführt wurde und alle Faktoren, die bisher zum Niedergang des Rotwildes geführt hatten, scharf bekämpft wurden.

Der Begründer dieser Entwicklung war der Preußische Oberförster zu Nassawen in der Rominter Heide, Carl Friedrich Wilhelm Reiff (1814–1867 durch Wildererhand). Er entfaltete Visionen und Initiativen des Rominter Rotwildbestandes, welches bei seinem Amtsantritt 1840 nur noch minimal mit sieben Stück vertreten war. Nach der Revolution 1848 waren es noch 13. Reiff erkannte die vorzüglichen Erbanlagen und die guten Biotopbedingungen für eine erfolgversprechende Hege.

In einem Brief an seinen Freund, dem Oberförster des Universitätswaldes zu Greifswald, schrieb er um 1850 prophetisch: „... aber die Zeit wird kommen, wenn ich sie auch nicht mehr erleben werde, in der die Hohenzollernkönige nach der Rominter Heide fahren, um hier die stärksten Hirsche zu erlegen!“ – Er sollte auch mit dieser Einschätzung Recht behalten. Reiff erbettelte sich hartnäckig vom König in Berlin die Übersendung von lebendem weiblichem Rotwild aus dem Potsdamer Wildpark. Er bekam tatsächlich von König Friedrich Wilhelm IV. diese Tiere.

Carl Friedrich Wilhelm Reiff und seinen dienstlichen Nachfolgern ist es zu verdanken, dass sich die Rominter Heide im Lauf der folgenden Jahrzehnte zu einem der bedeutendsten Rotwild-Spitzenreviere entwickeln konnte, vergleichbar mit Verhältnissen wie in den Karpaten und in Ungarn.

Im Jahr 1891 pirschte zum ersten Mal Kaiser Wilhelm II. in der Rominter Heide und machte sie zu seinem Leibrevier. Zu diesem Zweck wurde die Rominter Heide (insgesamt 24 000 Hektar) eingegattert. Die umliegenden Gemeindejagden wurden zusätzlich mit 10 000 Hektar als so genannte Schutzjagden angepachtet.

Das Werk von Oberförster Reiff hatte inzwischen der königlich preußische Forstmeister Speck von Sternburg fortgeführt. Er melionierte die Waldwiesen und säte schmackhafte Gräser ein; in jeder Försterei wurden drei bis vier Fütterungen angelegt. Kartoffeln, Möhren und Rüben wurden angebaut und eingekellert, in den königlichen Parks in ganz Preußen wurden Kastanien und Eicheln für das kaiserliche Jagdrevier eingesammelt. Allerdings gab es Auswüchse wie die ganzjährige Fütterung und die Fütterung von Sesamkuchen zu späteren Zeiten des sogenannten „Reichsjägermeisters“ unter Forstmeister Speck von Sternburg nicht. Er war immer um einen standortgerechten Rotwildbestand mit vier bis fünf Stück auf 100 Hektar besorgt.



Horst F. Buschalsky: Im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium leitet er das Referat für Forstpolitik, Jagd und Hoklzwirtschaft Bild: Privat

Lesen Sie im fünften und letzten Teil mehr über die Gegenwart von Jagd und Jägern in Ostpreußen.

Die Verfassung erlaubt Volksabstimmungen

Zu: Nur das Volk darf das Grundgesetz abschaffen (Nr. 42)

Für die bedeutsamen und berührend eindringlichen Ausführungen des Autors haben wir zu danken. Lassen Sie mich bitte hinzufügen, dass Artikel 20 des Grundgesetzes (GG) aus dem Jahre 1949 in Absatz 2 Volksabstimmungen durchaus vorgesehen hat. Im entscheidenden Passus steht, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und vom „Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt“ wird. Abstimmungen bedeuten nach allgemeiner Auffassung auch Volksbefragungen.

Während „Wahlen“ durch das Wahlgesetz von Mai 1956 konkretisiert wurde, ist eine Konkretisierung für „Abstimmungen“ bis heute unter etwas fadenscheinigen Gründen (Abwarten der „Wiedervereinigung“) hinausgeschoben worden.

Im Übrigen waren die Begriffe „Volksabstimmung“ beziehungsweise „Volksbegehren“ auch in Artikel 29 GG im Hinblick auf eventuell notwendige Grenzänderungen und Zugehörigkeiten bei der Bestimmung der Ländergrenzen der Bundesrepublik Deutschland bereits präsent. Schon „ein Zehntel“ der Bevölkerung konnte eine Befragung verlangen (mit Rücksicht auf „geschichtliche und kulturelle Zusammenhänge“).

Das Prinzip der Volksbefragung entspricht also nicht nur dem Geiste, sondern auch dem Wortlaut unserer Verfassung.

Arthur Schanz, Overijse/Belgien

Ohne Rückendeckung vom Volk

Zu: Hasta la vista, Spanien (Nr. 41)

Der spanische König Felipe VI. sprach davon, dass man die katalanischen Separatisten mit „rechtmäßigen demokratischen Institutionen“ entmachten werde. Bei der Volksbefragung in Katalonien hatten sich bei einer schwachen Wahlbeteiligung von 42,3 Prozent immerhin 90,8 Prozent der Wähler für eine Abspaltung von Spanien abgestimmt. Das entspricht 38,1 Prozent der Bevölkerung.

Vergleicht man diesen Prozentsatz mit den lediglich 26,8 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, die bei der Bundestagswahl CDU gewählt haben, so frage ich mich nach der „rechtmäßig demokratischen“ Legitimierung einer Bundeskanzlerin Merkel. Dem Machtmenschen Merkel scheint es jedenfalls völlig gleich zu sein, ob sie unser Land mit oder ohne Rückendeckung durch das Volk in den Abgrund führt.

Sylvie Becker, Bad Homburg

Freier Messe-Geist

Zu: Unter dem Vorwand von Vielfalt und Toleranz (Nr. 43)

Die Analyse der skandalösen Vorgänge bei der diesjährigen Frankfurter Buchmesse trifft den Nagel auf den Kopf.

Ich selbst war an zwei Tagen vor Ort und erlebte Absonderliches. Gegenüber dem Stand der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wurde offen Gewalt propagiert. Da fand man es toll, „Nazis“ krankenhausreif zu schlagen. Auf meine Nachfrage wurde mir erklärt, das sei doch nur Spaß, außerdem gehe das nicht anders.

Natürlich hatten pseudowissenschaftliche Machwerke über die „Neue Rechte“ oder die AfD dort Hochkonjunktur. Eines davon stellte der Historiker und Publizist Volker Weiß mit dem Titel „Die autoritäre Revolte“ vor. Als ich ihm in der anschließenden Diskussion vorhielt, ein Zerrbild zu entwerfen, wurde der Herr pampig, und man wollte mir das Mikrofon entziehen. Soviel zum Thema Toleranz und Kritik.

Als Kristallisationspunkt widerständigen Verhaltens beziehungsweise als Hassobjekt der beleidigten, da vorgeführten, linken Schickeria (je nach Standpunkt) entwickelte sich sehr schnell der Antaios-Stand von Götz Kubitschek mit seiner sehr sympathischen Familie – wie ich fand (für die „Viefältigen“ natürlich reine Provokation: „Nazis“ als Sympathieträger!, „taz“: „Töchter mit BDM-Zopf“) – und seinen Leuten.

Wenn man erlebte, mit wie viel Witz und Intellekt diese Truppe die Gralshüter der literarischen Politischen Korrektheit durch den Kakao zog, machte es wieder richtig Spaß, in der Messe als „Rechter“ durch die Gänge spießiger und verpappter Pamphlete-Produzenten zu wandeln.

Für das wackelnde Establishment sind Leute wie Götz Kubitschek daher natürlich gefährlich, deswegen wird man seinen Stand nicht wieder zulassen. Aber das macht nichts, wir kommen trotzdem! Denn der „rechte“ Geist – im buchstäblichen Sinne – ist aus der Flasche. **Thomas Tomecko, Haibach**

Schleierhafter Weg

Zu: Bundestagswahl 2017: Die Kollektivschuld (Nr. 39)

Wenn 80 Prozent der Wähler für ein „weiter so“ gestimmt haben, dann heißt das nicht, dass sie das wollten, sondern dass die linken Medien sie dazu verleitet haben. Es ist doch wohl davon auszugehen, dass jeder immer zu seinem persönlichen Vorteil wählen würde. Dieser ist materieller Natur, und deshalb auch berechenbar. Das richtige Kreuzchen müsste also denen gegeben werden, die den plausibelsten Weg aufzeigen, den volkswirtschaftlichen Schaden zu minimieren, der durch das Zusammenleben in unserer spezialisierten Gesellschaft entsteht. Allem voran die Bekämpfung der Kriminalität.

Warum wir im Land der Dichter und Denker ausgerechnet durch eine demokratische Abstimmung versuchen, diesen richtigen Weg zu finden, ist mir schleierhaft.

Marco Nennhaus, Wetzlar



Festzeit für Muslime: Wie hier in Frankfurt/Main unweit der Attassamuh-Moschee wird das abendliche Fastenbrechen am Ramadan bereits vielerorts öffentlich zelebriert. Es dient auch als Vorgeschmack auf einen möglichen islamischen Feiertag

Bild: Imago

Bis zum islamischen Feiertag ist es noch ein langer Weg

Zu: Deutsche gegen Islam-Feiertag (Nr. 42)

Es ist nicht verwunderlich, dass laut INSA-Umfrage für die „Bild“-Zeitung 70 Prozent der Deutschen die Einführung eines islamischen Feiertages in Deutschland ablehnen.

Woran liegt es, dass die Mehrheit der Deutschen eine doch recht kritische Haltung zu dieser Religion einnimmt? Die Religion ist wohl inzwischen in Deutschland, den Anspruch aber zu erheben, „sie gehört zu Deutschland“, wie vom ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff formuliert und von Bundeskanzlerin Angela Merkel bekräftigt, ist wohl mit Fragezeichen zu versehen.

Eine Religion mit so wenig Toleranz gegenüber weiteren Religionen und dem Absolutheitsanspruch, die einzige und „richtige“ Religion zu sein, führt zu Widersprüchen und kann im abendländisch christlichen Deutschland und Europa kaum ankommen. Wenn der Islam in Europa nicht bereit ist, sich zu reformieren, dürfte die von der Politik angemahnte Integration auch weiterhin schwerlich sein.

Die Scharia und recht fragwürdige Suren aus dem Koran (Beispiele: Ungläubigkeit oder die Frauenunterordnung zu Männern) sind mit dem demokratischen Selbstverständnis der Gleichberechtigung jeglicher Religionen und Menschen nicht vereinbar. Die deutsche Politik sollte zukünftig bei aller „Neutralität“ klare Grenzen zu diesen Fehlentwicklungen aufzeigen, und dies besonders gegenüber islamischen Vereinigungen wie Ditib.

Auch sollte der augenscheinlichen Überfremdung in unserem Land Einhalt geboten werden, damit vorhandene Ängste abgebaut und Parallelgesellschaften sich nicht weiter ausbreiten können. Die deutsche muslimische Gesellschaft ist jetzt in der Pflicht, bei allen Vorteilen, in Deutschland leben zu können, auch ein klares Bekenntnis zum deutschen Rechtsstaat und den hier vorhandenen Regeln zu leisten, damit Vorurteile und vorhandene Ängste – befördert unter anderem durch den islamischen Terror in der Welt – beseitigt und abgebaut werden können.

Es darf auch nicht sein, dass vom islamischen Ausland beeinflusste oder gesteuerte Imame in Moscheen ihre negativen und militanten Botschaften verkünden dürfen. Der Islam wird erst wohl dann „zu Deutschland gehören“, wenn er mehr Eigenständigkeit in Europa erreicht und sich in Richtung unserer demokratischen Werte reformiert und entwickelt. Erst dann wird auch ein muslimischer Feiertag ohne jegliche Vorbehalte in unserem Land denkbar sein. **Joachim H. Moeller, Berlin**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Summa kohl laude

Oldenburg ist Niedersachsens »Kohltourhauptstadt« – Wo Kohlschwestern und Pinkelbrüder zu Hause sind

Für die einen ist es nur grüne Pampe und erst nach dem Genuss von Schnäpsen verdaulich. Für viele Norddeutsche hingegen ist ein deftiger Teller Grünkohl ein Nationalgericht. Vor allem im niedersächsischen Oldenburg lassen die Menschen nichts auf das Gemüse mit den gekräuselten Blättern kommen – es ist identitätsprägendes Kulturgut.

Jetzt und im Winter ist Hochsaison für die „Oldenburger Palme“: In den Landgasthöfen der Region wird der Grünkohl dann kesselweise gekocht und verköstigt. Von 1149 Hektar in Deutschland liegen 450 Hektar Anbaufläche in Niedersachsen, insbesondere im Weser-Ems-Gebiet rund um Oldenburg. Wer hier in der kalten Jahreszeit unterwegs ist, gewinnt ohne weiteres den Eindruck, dass all der köstliche Kohl auch hier verzehrt wird. Denn wenn es im Herbst die ersten Fröste gibt, taut der Norddeutsche auf, packt seinen Bollerwagen und geht auf „Kohltour“. Dann wird keine ruhige Kugel geschoben, dann wird geboßelt. Andere messen sich im Eierlauf, im Besenwerfen oder in anderen Spielen.

Am Ende aber führt der Weg immer ins Gasthaus und zum Grünkohl-Schmaus. Wer hierbei die größte Portion verdrückt, kann Kohlkönig werden – die meisten benötigen einen solchen Anreiz aber gar nicht. Zu lecker ist die norddeutsche Spezialität mit Pinkelwurst und Kasseler, besonders in fröhlicher Gesellschaft auf dem Lande nach einer ordentlichen „Kohltour“ durch Frost und frische Luft.

Je weiter man nach Süden kommt, desto kleiner jedoch wird der Kult um den Kohl. In Westfalen schätzt man wohl das deftige Grünkohl-Gericht, Kohlfahrten hingegen gibt es kaum. Und noch ein Stück weiter südlich, in Hessen, kennt man weder Kohl noch Fahrt. „Wir haben uns vorgenommen, den Grünkohl-Genuss und die Kohlfahrt-Freuden auch jenseits des Grünkohl-Äquators bekannter und populärer zu machen“, so Silke Fennemann, Geschäftsführerin der Oldenburg Tourismus und Marketing (OTM). Schließlich sei es ungerecht, dass man zwar „im Norden Oktoberfest und Weißwurst kennt, während man in weiten Teilen Süddeutschlands von Kohlfahrt und Pinkelwurst noch nie etwas gehört hat. Wir haben daher Oldenburg als Kohltourhauptstadt ausgerufen und wollen Motor eines kulturellen Austauschs sein, der die kulinarischen und geselligen Freuden des Nordens auch im übrigen Land populärer machen.“

So können sich Touristen beim City-Boßeln sportlich und urnorddeutsch nach einem kurzen Exkurs zu Historie und Spielregeln dieses Traditionssports mit ihren Mitstreitern messen. Verbunden mit einer Stadtführung führt die Boßeltour vorbei an sehenswerten Gebäuden und Denkmälern. Für interessierte Teilnehmer findet das City-Boßeln während der Grünkohlzeit von November bis März jeden ersten Samstag im Monat statt.



Gesundes Gemüse: Grünkohlbeet Bilder (2): Verena Brandt (o.), Winfried Dulisch (u.), Oldenburg Tourismus und Marketing GmbH

Grünkohl nach Oldenburger Art

Für das klassische Grünkohl-Rezept nach Oldenburger Art mit Speck und Pinkel für vier Personen benötigt man folgende Zutaten: 1,5 Kilogramm Grünkohl, zwei bis drei Esslöffel Schmalz, vier bis sechs Kochwürste, vier bis sechs Pinkelwürste, 250 Gramm geräucherter Speck, vier Scheiben Kasseler, Salz, gestoßener Pfeffer, vier Esslöffel gehackte Zwiebeln, eine Prise Zucker, drei Esslöffel Hafergrütze, Fleischbrühe.

Zubereitung: Die Grünkohlblätter gründlich waschen, abtropfen lassen und mit kochendem Wasser überbrühen, dann grob hacken. Zwiebeln in heißem Schmalz andünsten, schichtweise Grünkohl, Hafergrütze und Gewürze dazugeben. Wenn nötig, auch etwas Brühe.

Zehn Minuten kochen lassen, dann gut durchschütteln, Kasseler und Speck dazugeben und zugedeckt zwei bis drei Stunden sanft schmoren lassen. Die Würste erst in der letzten Stunde dazugeben. Zum Schluss nochmal abschmecken. *Gub*



Wer mehr über Grünkohl erfahren möchte, der sollte seinen Weg in den Botanischen Garten lenken. Denn dort wird Grünkohlforschung betrieben, und es gibt dort sogar ein Versuchsfeld der Universität Oldenburg. Hier wachsen 90 verschiedene Arten. Neben alten Landsorten aus Ostfriesland wachsen auf dem Versuchsfeld auch Sorten aus skandinavischen Ländern, Italien, Amerika, Australien, Russland und sogar Japan. Sie unterscheiden sich vor allem in Wuchs, Krausigkeit und Blattfarbe. Da wachsen kleine oder große Pflanzen mit zartgrüner oder dunkelroter Blätterfärbung, mit krausen Blättern wie beim Rucola oder mit großen und breiten Blättern ähnlich dem Kohlrabi.

Als „Kohltourhauptstadt“ hat Oldenburg sogar eine eigene Grünkohlsorte – die „Brassica oleracea cv. Oldenburgia“, weiß Christoph Hahn, Doktorand an der Uni Oldenburg. Hahn ist ein richtiger Grünkohl-Experte: Er hat bereits seine Bachelor- und Masterarbeit über das krause Gewächs geschrieben. Für Letztere hat Hahn kürzlich den mit 1000 Euro dotierten Rudolf-Mansfeld-Preis erhalten. Nun untersucht er die Biodiversität – also die biologische Vielfalt – und Evolution dieser Pflanze auch in seiner Doktorarbeit. Die Faszination für Grünkohl kommt bei ihm nicht von ungefähr: Hahn ist in Oldenburg aufgewachsen.

Weniger ernsthaft geht es in Deutschlands einziger Grünkohl-Akademie zu. Sie vermittelt nicht nur Wissen über die Region und ihre Eigenarten, sondern macht die norddeutsche Lebensart auf vielfältige Art erlebbar. „Mit der Grünkohl-Akademie wollen wir den Leuten den Kult um den Kohl mit viel Humor näherbringen und hoffen, so auch für Touristen noch attraktiver zu werden“, so OTM-Geschäftsführerin Fennemann. Zum Beispiel beim kostenlosen Online-Studium, das die Studenten mit dem „Diplom Summa kohl laude“ abschließen können. In diesem November startet das neue Semester: mit diversen „Kohloquien“ zu Themen wie „Kohltourgeschichte“, „Kohlinarik“, Plattdüütsch, Boßeln & Co oder „Musikohlisches“. Wer hier seine Prüfung erfolgreich besteht, bekommt natürlich auch ein Diplom.

Mit solchen und anderen Aktionen soll dem altbackenen Hausmannskost-Image des Grünkohls entgegengewirkt werden. Denn international ist das gesunde Gemüse unter seinem englischen Namen „Kale“ zum Trendprodukt aufgestiegen. Insbesondere in den USA erobert das vitaminreiche Gemüse die Küchen. Nicht nur in klassischen Gerichten, sondern in Salat, mariniert oder mit Pasta erfreut sich Grünkohl dort großer Beliebtheit. Auch Grünkohl-Chips oder Grünkohl in Öl gebraten sind im Trend. In grünen Mixgetränken ist er ebenfalls eine beliebte Zutat. Der Kochblog der „New York Times“ listet inzwischen mehr als 200 „Kale“-Gerichte, bei denen Grünkohl sowohl bei kalten, als auch bei heißen Gerichten in Szene gesetzt wird.

Neuester Trend: Die Grünkohlpraline

Auch die Oldenburger Gastronomie hat den Trend aufgegriffen. Das Café Klinge hat zum Beispiel eine Grünkohlpraline kreiert. Die Grundlage ist der italienische Grünkohl und natürlich feinste Schokolade. Außerdem im Angebot: Grünkohl-Pesto, Grünkohl-Tee und Grünkohl-Brot.

Andreas Guballa

Infos: Touristinfo Oldenburg, Schloßplatz 16, 26122 Oldenburg, Telefon (0441) 36161366, info@oldenburg-tourist.de

Brandenburgs Regentin

Angies edler Tropfen – In der Uckermark befindet sich einer der nördlichsten Weinberge Deutschlands

Für gewöhnlich denkt ein Weinliebhaber bei deutschem Wein an die bekannten Anbaugebiete in Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern oder Baden-Württemberg. Ein edler Tropfen kommt seit Langem sogar auch aus Sachsen, doch wird er außerhalb dieses Bundeslandes nur selten angeboten. Außerdem gibt es noch das anerkannte Weinbaugebiet Saale-Unstrut in Sachsen-Anhalt, bekannt vor allem durch die Sektmarke „Rotkäppchen“.

Weiter östlich und nördlich wurde aber auch schon seit dem Mittelalter Wein angebaut, so etwa in Brandenburg, Mecklenburg und bis 1945 in Niederschlesien („Grünberger Stein“), wo sich seit einigen Jahren polnische Bauern bemühen, die Tradition aus der Vorkriegszeit wiederzubeleben.

Erste Weinlese kurz vor dem Mauerfall

Vor allem nach 1990 hat der Weinbau im Norden und aus der Mitte Deutschlands eine Renaissance erfahren. Dabei wurde er in Brandenburg schon im Jahre 1175 erstmals urkundlich erwähnt. Doch mit der Verwüstung der Landstriche im Dreißigjährigen Krieg kam das Ende, zudem setzten strenge Winter und später der Befall durch Reblaus und Mehltau den Pflanzen zu, und schließlich setzte sich die Weinkonkurrenz aus dem Süden mit wesentlich günstigeren Preisen durch.

Erst 1984, und damit zur DDR-Zeit, begann man in Werder an der Havel wieder mit der Rekultivierung des Weinbaus, wo im September 1989, also kurz vor dem Fall der innerdeutschen Grenze, die erste große Lese stattfand. Heute ist der „Werderaner Wachtelberg“ die nördlichste Qualitätsweinlage Deutschlands.

Als Qualitätsweine gelten Weine mit der Abkürzung „QbA“, die für „Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete“ steht, sowie „QmP“, für „Qualitätswein mit Prädikat“. Alle Qualitätsweine rangieren über den „einfachen“ Land- und Tafelweinen. Insgesamt verfügt das Bundesland Brandenburg über 30 Hektar zugelassene Rebfläche, die sich auf 18 Standorte verteilt, von denen der Weinberg in Werder an der Havel mit 6,2 Hektar den größten bildet.

Die kleinste und zugleich nördlichste zugelassene Anbaufläche Brandenburgs befindet sich im alten uckermärkischen Glashüttendorf Annenwalde, das bis 1974 eine selbstständige Gemeinde war, dann ins benachbarte Densow eingemeindet wurde, welches seit 2003 wiederum einen Ortsteil der Stadt Templin bildet. Angelegt wurde der Weinberg 2003 am Südhang des Densowsees (hinter dem restaurierten Gutshaus), wo man 520 Rebstöcke der Sorte „Regent“, eines trockenen Rotweins, pflanzte.



Blau verpackt vor der Lese: Weinberg in Annenwalde Bild: Reith

Initiator war seinerzeit der Glaskünstler und Bildhauer Werner Kothe zusammen mit seiner Ehefrau Christa, die bereits 1995 den eingetragenen Verein „Glashütte Annenwalde“ gegründet hatten. Immerhin war das Dorf 1754 als Siedlung an einer Glashütte entstanden, die 111 Jahre lang produzierte, ehe sie 1865 stillgelegt wurde, weil die industrielle Glasfertigung billiger war.

Durch Unterstützung der Mitglieder des genannten Vereins gelang es im Jahre 2000 zunächst, eine neue Glashütte zu errichten und damit an die Tradition des Ortes anzuknüpfen. Drei Jahre später kam dann der Gedanke zur Anlage des Weinbergs auf, bei dessen Vollendung die Vereinsmitglieder tatkräftig mitwirkten. 2005 sollte eigentlich die erste Lese erfolgen, doch eine Woche zuvor wurden sämtliche Trauben von Waschbären abgefressen. Um eine Wiederholung im Jahr darauf auszuschließen, installierte man noch rechtzeitig vor der Ernte eine Weidezaunelektrik, und so konnte tatsächlich am 21. September 2006 erstmals eine Weinlese stattfinden.

Den Ertrag brachten die Winzer nach Schloss Rattey ins benachbarte Mecklenburg, wo seit 1999 professioneller Weinbau betrieben wird und wo die Trauben dann bis April 2007 weiter ausgebaut und gekeltert wurden. Das fertige Produkt ergab 80 abgefüllte Flaschen dieses Jungfernweins. Mit rund 100 Litern ist der Rebensaft aus Annenwalde eine echte Rarität und wird auch nur vor Ort verkauft.

Waschbären kauten 2005 alle Trauben ab

Nach erfolgreicher Kreation rief das Ehepaar Kothe dazu auf, Anregungen für einen Namen des seltenen Weins einzureichen. 26 Personen reagierten, und 96 Vorschläge gab es dabei, von denen man letztlich die Bezeichnung „Regent in der Uckermark“ favorisierte, weil sie die Rebsorte mit dem Anbaugebiet zusammenfasste. In einer kleinen Zeile darunter steht auf dem Etikett die Ergänzung „Der Wein aus dem Land der Kanzlerin“, denn Angela Merkel verbrachte ja den größten Teil ihrer Kindheit und Jugend in Templin. Um dem zusätzlich Ausdruck zu verleihen, wurde das Wort „Regent“ um die etwas schwächer wirkenden Buchstaben „in“ erweitert („Regentin“), und so wird der Wein im Volksmund denn auch scherzhaft „Angie Wein“ genannt.

Seit 2012 können Weinfreunde für den Betrag von 50 Euro ein Jahr lang die Patenschaft für einen Weinstock erwerben, eine Idee, die bei einem Studienaufenthalt im österreichischen Burgenland entstand, das ebenfalls als Weinanbauregion bekannt ist. Für den Preis erhält man ein ganzjähriges Besuchsrecht im Weinberg, darf mindestens zwei Stunden bei der Arbeit darin mitwirken und genießt den Vorzug zum Erhalt von fünf Flaschen jedes Jahrgangs. Außerdem wird an einem der Rebstöcke ein gläsernes Schild mit dem Namen des Paten angebracht.

Unter den Arbeiten des Künstlers Kothe erfreuen sich übrigens aus Glas gefertigte Sonnenuhren einer besonderen Beliebtheit, von denen ein Exemplar sogar schon den Weg bis nach Kapstadt genommen hat. *Wolfgang Reith*

Im Zeitalter der »Fake News«

Wie Falschmeldungen und Gerüchte heute entstehen können! Bedrükkend ist, dass gerade Journalisten dabei leichtgläubig und undistanziert reagieren. Letztlich entsprechen „Fake News“ dem Informationsangebot und einem Informationsbedürfnis. Besteht kein Vertrauen zur Nachrichtenquelle, kommen schnell Gerüchte auf. Heute erleben wir viele politisch motivierte Lügen mit teilweise verheerenden Folgen.

Wie diese leicht im Spannungsfeld zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit wirken können, legt das Buch „Fake News machen Geschichte“ ausführlich dar. Im Januar 1933 kursierten in Berlin Gerüchte von einem Militärputsch, die Reichswehr würde niemals einen Hitler als Kanzler anerkennen. Ex-Kanzler von Papen und der Politiker Hugenberg brachten Reichspräsident Hindenburg mit diesem Gerücht zur Aufgabe seines Widerstandes gegen den von ihm verachteten „böhmischen Gefreiten“. Er fürchtete einen Generalstreik, einen etwaigen Bürgerkrieg.

Doch niemand überprüfte damals je das Gerücht, kein einziger Anruf erfolgte bei jener Division in Potsdam. Es war auch von niemandem bewusst gestreut, es entstand aus verdächtigen Ereignissen, unbegründeten Vermutungen und Andeutungen – doch ohne jenes Gerücht über einen Staatsstreich hätte Hindenburg, glauben heute Historiker, Hitler zweifellos nicht zum Reichskanzler ernannt.

Ende 1944 ließen deutsche Agenten durch Desinformationen Schweizer Zeitungen und den US-Nachrichtendienst an eine „Alpenfestung Hitlers“ glauben. Diese veranlassten den US-General Eisenhower, seine Truppen nur 100 Kilometer vor Berlin zu stoppen und die Hauptstadt den Sowjettruppen zu überlassen, um seine Soldaten gegen jene „Alpenfestung“ einzusetzen, die indes niemals existierte. Berlin aber fiel völlig in Moskauer Hände ...

Fünf Jahre später lancierte die DDR-Führung die Falschmeldung, die sehr vielen Kartoffelkäfer im Lande seien von US-Flugzeugen abgeworfen worden. Trotz der großen Propaganda fand sich kein einziger Zeuge. In Wahrheit wollte Ost-Berlin von der Tatsache ablenken, dass es an chemischen Gegenmitteln fehlte und die Pflanzenschutz-Arbeiter nachlässig gewesen waren.

1966 behauptete der SED-Chefpropagandist Norden auf einer internationalen Pressekonferenz, Bundespräsident Heinrich Lübke hätte „Hitlers KZ-Lager gebaut“. Obwohl die Dokumente zumeist manipuliert und gefälscht waren und keines die Unterschrift Lübkes trug, fanden sie großes Echo bei den Linken, der „Stern“ forderte sogar den Rücktritt des Bundespräsidenten. Inzwischen ist bewiesen: Lübke hat sich keiner Zusammenarbeit mit dem NS-Regime schuldig gemacht.

Die Baader-Meinhof-Gruppe („RAF“ genannt) überzog die Bundesrepublik jahrelang mit Terroraktionen und Morden. Nach ihrer Verhaftung verfügten sie in ihren Gefängniszellen über Radio, einen Fernseher und Zeitungen. Wahrheitswidrig verbreiteten die Linken die Mär von ihrer „brutalen Isolierung“, sogar Jean-Paul Sartre tönte von „Folter“ und RAF-Anwalt Otto Schily (später Bundesinnenminister) sah ihre „Verwesung bei lebendigen Leibe“. Leider erwies sich Bonns Gegen-Propaganda als ziemlich hilflos.

Bei der Verkündung des neuen DDR-Reisegesetzes am 9. November 1989 deutete SED-Politbüromitglied Günter Schabowski sehr wohl als Voraussetzung die Erlaubnis der DDR-Behörden an, was die Journalisten wohl überhörten und es so dann über die Medien zu der Falschmeldung „Öffnung der DDR-Grenzen“ kam. Die große Frage ist: Wer war der Vater jener Frage? Oder kam sie von einem Geheimdienst ,und von welchem?

Zur Weltfinanzkrise (2008) beteuerten Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück, den Sparern, ihre Einlagen seien sicher: „Dafür steht die Bundesregierung ein.“ Die politische Erklärung war ein bewusst falsches Versprechen: Sie war nicht rechtsverbindlich, die Bundesregierung konnte die Sicherheit niemals gewährleisten. Doch der Bluff gelang, die Menschen beruhigten sich.

Vor zwei Jahren meldete eine Zeitung wiederholte Vergewaltigungen einer 13-jährigen Russland-Deutschen, was die Polizei schnell dementierte. Tags darauf aber bekräftigte Russlands TV mit der Folge großer Demonstrationen von Russland-Deutschen. Inzwischen gab das Mädchen zu, die Story erfunden zu haben.

Nach Bundesjustizminister He4iko Maas sollen jetzt Anbieter auf Beschwerden über Fake News innerhalb von 24 Stunden reagieren. Doch wer entscheidet, was eine Fake News ist – letztlich in nur 24 Stunden nach der Anzeige? Ein äußerst interessantes Buch!

Friedrich-Wilhelm Schlomann



***Lars Keil/Sven Kellerhoff: „Fake News machen Geschichten“;** Ch. Links-Verlag, Berlin 2017, gebunden, 323 Seiten, 20 Euro*

Geschichte einer Doppelstadt

Für alle Berlinliebhaber brachte der für seine historisch wertvollen Bücher bekannte Elsengold-Verlag ein neues Schmankerl heraus. In „Die Mitte Berlins. Geschichte einer Doppelstadt“ berichtet Felix Escher, Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Technischen Universität Berlin, über die Entwicklung der Berliner Mitte vom Mittelalter bis in die heutige Zeit.

Die zahlreichen, vortrefflichen Fotos und Abbildungen ziehen magisch in den Bann. Die Einleitung bietet einen kurzen Gesamtüberblick und verdeutlicht das Anliegen des Buches, die Geschichte und damit die ständige Verwandlung der Berliner Mitte zu präsentieren. Gleich im Anschluss erfährt man, dass „Am Anfang kein Dorf war“. Während umliegende, neue als Dörfer angelegte Ortschaften meistens nur über eine Straße verfügten, die zu einem Anger erweitert werden konnte, fand man bei den Siedlungen „Berlin und Cölln“ gleich zu Beginn den Grundriss eines Gitternetzes vor. Eine Form, die auf geplante Städte schließen lässt. Woher die Siedler kamen, ist bis heute ungewiss. Möglicherweise geben Ausgrabungen rund um die ehemalige Petrikirche, die sich im Stadtteil Cölln befand, zukünftig mehr Auskunft darüber.

Wie dramatisch sich die Stadt immer wieder veränderte, zeigt Escher im weiteren Verlauf des Buches. Die Residenzstadt wurde zum Zentrum einer Weltstadt. Und zu einer Brachfläche von zerstörten Häusern zur Stunde Null im Mai 1945. Wie sich die Stadtmitte in Ost-Berliner Zeiten als Hauptstadt der DDR weiterentwickelte, macht der Abschnitt „Der Verlust der Mitte“ deutlich. Den Abschluss bildet die Passage über die Entwicklung der Mitte nach der Vereinigung.

Das Buch ist ein lehrreiches, informatives Werk, immer wieder aufgelockert durch zahlreiche Abbildungen und extra hervorgehobenen Abschnitten, die über Sagen, Geschichten und Anekdoten berichten. Für Geschichtsfreunde ein absolutes Muss.

Silvia Friedrich

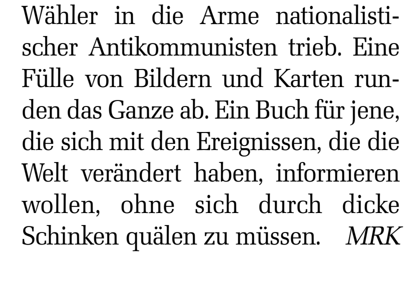


***Felix Escher: „Die Mitte Berlins. Geschichte einer Doppelstadt“,** Elsengold Verlag, Berlin 2017, gebunden, 176 Seiten, 29,95 Euro*

Umsturz in Russland

In Zusammenarbeit mit dem Magazin „Damals“ hat der Theiss Verlag ein Buch zur Russischen Revolution von 1917 herausgegeben. Entstanden ist eine Textsammlung, in der die Ereignisse, die eigentlich der Putsch einer Gruppe entschlossener Marxisten unter Lenin war, in all ihren Facetten beleuchtet wird.

In den Beiträgen beschreiben die Autoren, wie die Oktoberrevolution zum Vorbild für Sozialisten und Kommunisten weltweit werden konnte, aber auch, wie die Furcht vor dem Bolschewismus verunsicherte Wähler in die Arme nationalistischer Antikommunisten trieb. Eine Fülle von Bildern und Karten runden das Ganze ab. Ein Buch für jene, die sich mit den Ereignissen, die die Welt verändert haben, informieren wollen, ohne sich durch dicke Schinken quälen zu müssen. *MRK*





***„1917. Revolutionäres Russland“,** Theiss Verlag, Darmstadt 2016, gebunden, 128 Seiten, 24,95 Euro*

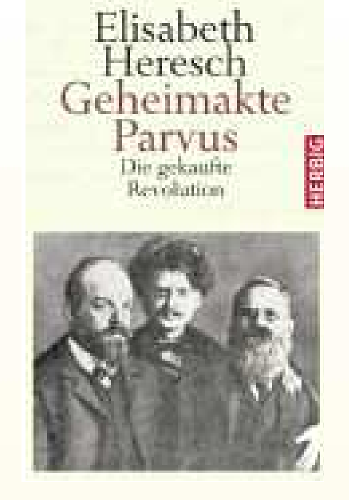
Deutschlands Anteil an der Russischen Revolution

Wer Elisabeth Hereschs Buch „Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution“ gelesen hat, wird die Furcht Putins vor dem Einfluss westlicher Nichtregierungsorganisationen besser verstehen. Sei es die Stigmatisierung Russlands als das Böse oder die Schuldzuweisungen westlicher Eliten an Russland, für alles Übel in der Welt verantwortlich zu sein, – all das hat es schon einmal gegeben vor 100 Jahren.

Einer, der maßgeblich an antirussischer Propaganda beteiligt war, ist der Spion Alexander Parvus. Anlässlich des 100. Jahrestags der Russischen Revolution hat der Herbig-Verlag das bereits 2013 in zweiter Auflage erschienene Buch erneut beworben. Die österreichische Slawistin Heresch, die sich mit Büchern zur russischen Geschichte und Kultur einen Namen gemacht hat, liefert keine wissenschaftliche Arbeit, sondern ein gut lesbares Buch über die Machenschaften des russisch-jüdischen Marxisten Israel Lasarewitsch Helphand alias Alexander Parvus. Der Spross einer Mittelstandsfamilie hatte schon früh den Plan, den Zaren zu stürzen und ein revolutionäres Regime in Russland einzurichten. Da Parvus sich als Deutscher fühlte, verfolgte er die Absicht, Deutschland durch den Sturz des Zaren im Ersten Weltkrieg zu einem Separatfrieden mit Russland zu verhelfen.

Heresch beschreibt, wie es dem eloquenten Parvus immer wieder gelang, sich aus brenzligen Situationen zu befreien und durch gezielte Manipulationen seinen Gegnern zu schaden. Und wie es ihm gelang, die deutsche Reichsregierung von seinem Revolutionsplan zu überzeugen, die sich das Unternehmen letztendlich Milliarden kosten ließ.

Zu Parvus' Wegbegleitern gehörten bedeutende Revolutionäre wie Trotzkij, Gorkij und auch Lenin. Er war ein Spalter, der durch seine kapitalistische Lebensweise viele Revolutionäre abstieß. So auch Lenin, dem es aber ohne Parvus' Umtriebigkeit nicht gelungen wäre, im verplombten Waggon nach Petrograd zu gelangen. Ein lesenswertes Buch über die Ereignisse vor 100 Jahren. *M. Rosenthal-Kappi*



***Elisabeth Heresch: „Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution“,** Herbig Verlag, München 2013, gebunden, 400 Seiten, 20 Euro*

Islam in Deutschland – Blick in ein weitgehend unbekanntes Feld

Niemand in Deutschland weiß genau, wie viele Moscheen es hierzulande gibt, – weder die zuständigen Bundesbehörden noch die einzelnen Bundesländer oder Kommunen. Das erstaunt insofern, als doch mittlerweile rund fünf Millionen Menschen islamischen Glaubens in Deutschland leben.

Der für Nachrichtensendungen der ARD arbeitende Journalist Constantin Schreiber hat lange als Reporter in arabischen Ländern gelebt. Er spricht fließend arabisch, und so kann er in seinem Buch „Inside Islam“ authentisch berichten, was in Moscheen in Deutschland während der zentralen Freitagsgebete gepredigt wird. Binnen acht Monaten hat er 13 Moscheen besucht, die meisten in Berlin, andere in Hamburg, Leipzig, Magdeburg und Karlsruhe. Bis auf eine Ausnahme traf er auf die sunnitische Glaubensrichtung, er erlebte sowohl türkisch- als auch arabischsprachige Predigten. Nirgends wurde ihm der Zutritt verwehrt, auf Fragen antwortete er offen, er arbeite als Journalist, was (in den hier geschilderten Fällen) akzeptiert wurde.

Schreiber hat ein gleichbleibendes Schema: Er nennt Moschee, Glaubensrichtung, Sprache und Predigtthema, dann wichtige politische Ereignisse der Woche, schildert die jeweilige Moschee (teils in schäbigen Hinterhöfen, teils repräsentative Bauten), zitiert dann, wo immer möglich, vollständig die jeweilige Predigt und informiert am Ende über nachträgliche Bemühungen um Interviews mit den jeweiligen Imamen, die teils stattfanden, teils verweigert wurden.

Wer mit christlichen Predigten halbwegs vertraut ist, wird bemerken, dass hier, in den muslimischen Predigten, unentwegt das Lob Gottes angestimmt und der Prophet (Mohammed) und seine Familie gepriesen werden, dass aber der liebende Gott, wie ihn Christen glauben und anrufen, fast völlig fehlt. Daraus folgt eine strikte Glaubensanweisung, was bei jeder Abweichung sofort zum Verdacht der Häresie führt (besonders deutlich in der einzigen schiitischen Predigt).

Und daraus folgt weiter eine deutliche Abgrenzung gegenüber allem, was in Deutschland – verallgemeinert: im „Abendland“ – politische Werte und gesellschaftliche Werte sind. „Koran und Demokratie sind unvereinbar“ sagt einmal ein Prediger, und ein anderer warnt in den Dezembertagen vor der „Weihnachtsgefahr als der größten aller Gefahren“. Demgegenüber wirken dann doch Bekenntnisse zur gemeinsamen Ächtung von Mord und Terror blass.

Der Autor nennt drei Schwerpunkte, die ihm in den Predigten auffielen: zum einen religiöse Werte, zweitens das Leben in Deutschland und schließlich politische Bezüge. Wobei die arabisch gehaltenen Predigten mehr religiösen Charakter haben, während die türkischsprachigen stark politisiert sind – was kein Wunder ist, gibt doch die Religionsbehörde in Ankara die Themen vor.

> Weihnachten als größte Gefahr

Für deutsche Leser öffnet das Buch den Blick in ein fast unbekanntes Feld. Man nimmt mit Erstaunen, wohl auch mit etwas Erschrecken wahr, welch ganz andere, uns in Vielem fremde Welt inzwischen unser Nachbar ist. Das Buch enthält allerdings keine Hasspredigten. Ob freilich die geringe Auswahl von nur 13 Texten repräsentativ ist für muslimische Predigten in Deutschland generell, muss offen bleiben.

Eine überraschende Gemeinsamkeit entdeckt man dann aber auch: In vielen Predigten wird ständig gemahnt, dem rechten Glauben treu zu bleiben, regelmäßig zum Freitagsgebet zu kommen, fleißig zu spenden und sich für die Gemeinde einzusetzen. Offensichtlich klappt es mit der Glaubenstreue doch nicht immer so, wie es der Koran verlangt. Ein ähnliches Problem haben ja die christlichen Kirchen in Deutschland seit Langem, auch hier schwächt sich die Glaubensintensität ab. Man könnte glauben, die vieldiskutierte Säkularisierung der heutigen Welt mache vor keiner Glaubensschranke halt.

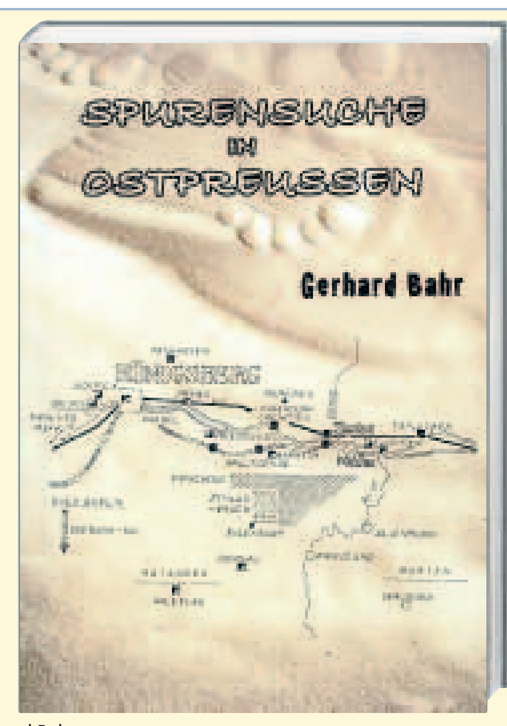
Dirk Klose



***Constantin Schreiber: „Inside Islam. Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird“,** Econ Verlag, Berlin 2017, gebunden, 256 Seiten, 18 Euro*



Gerhard Bahr
Über den Pregel
Mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg – Die Geschichte mit dem blinden Gaul und andere kuriose Geschichten
Geistreiche und kurzweilige Geschichten entführen uns in das Leben der Landbevölkerung und die Geschichte Ostpreußens. Ob auf Reisen mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg oder mit der Hungerharke zur Aust, ob bei einer Begegnung mit Kant im Nebel oder Napoleon in seiner Kutsche – mit viel Hintergrundwissen humorvoll erzählt und gekonnt illustriert gibt Gerhard Bahr einen tiefgreifenden Einblick in eine fast schon vergessene „Provinz" mit ihren landschaftlichen Eigenheiten, kulinarischen Köstlichkeiten und ihren unvergessenen Berühmtheiten. Eine Lesereise mit Tiefgang, die uns Geschichte aus dem Blickwinkel der einfachen Leute erleben lässt. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren. 331 Seiten
Nr. P A1119 Kartoniert 16,80 €

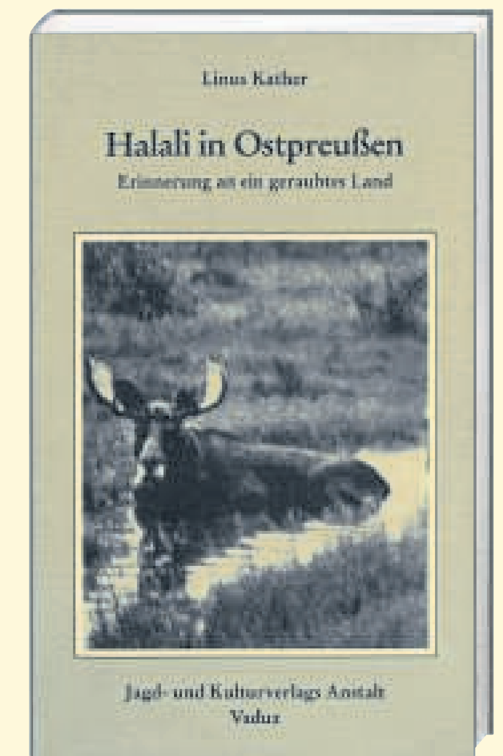


Gerhard Bahr
Spurensuche in Ostpreußen
Auf den Spuren der Bewohner Ostpreußens führt uns der Autor durch die vielgestaltige Geschichte dieser fast vergessenen Landschaft. In frühen Zeiten durch Kriege und Pest von seinen Ureinwohnern stark entvölkert, haben Einwanderer aus ganz Europa im Laufe der Jahrhunderte Orte und Kultur geprägt. Wo Regierungen mannigfaltig wechselten, blieben für alle Zeiten die Errungenschaften der Menschen dieser Provinz, ihrer Literaten, Künstler, Wissenschaftler, geistlichen und adligen Persönlichkeiten. Anekdotenhaft erzählt ein profunder Kenner des Landes Heiteres und Nachdenkliches, lässt uns alten Sagengestalten begegnen, auf Pferdemärkten schlendern, Könige besuchen, mit Fischersfrauen plaudern und den Wegen der Nachkommen Ostpreußens folgen. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren. 396 Seiten
Nr. P A1121 Kartoniert 19,80 €



Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2018
Ein Kalenderbuch für 2018
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2018, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Marie Thierfeldt, Nicolaus Coppernicus, Carl Steffeck, Gertrud Bischoff, Katharina Szelinski-Singer, Elisabet Boehm, Friedrich Reusch, Johannes Marienwerder, Johanna Wolff, Richard Friese u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Siegfried F. Wiechert, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hedwig von Lölhöffel, Hans-Ulrich Stamm, Joachim Ringelnatz, Walter Adamson, Robert Budzinski, Grete Fischer, Agnes Harder, E.T.A. Hoffmann, Johann Gottfried Herder u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533182 Gebunden 9,95 €

Zinn-Relief-Elch-Wandteller
Der Zinn-Relief-Elch-Wandteller hat einen Durchmesser von 19,5 cm, hat einem Eichenholzrahmen und eine Aufhängevorrichtung.
Nr. P 5618 Zinn-Relief-Elch-Wandteller 42,00 €



Linus Kather
Halali in Ostpreußen
Erinnerungen an ein geraubtes Land
Linus Kather, Rechtsanwalt und Notar, Jäger aus Passion, wurde am 22. September 1893 als zehntes von insgesamt elf Kindern in Prossitten in Ostpreußen und zwar im Ermland geboren. Es ist köstlich zu lesen, wie der Autor in dem vorliegenden Buch „Halali in Ostpreußen" die einzelnen Typen charakterisiert und ihre Eigenheiten und Schwächen in launiger Weise bloßlegt. Linus Kather, der leidenschaftliche Ostpreuße und Verfechter der Rechte der Heimatvertriebenen, möchte auch mit dem vorliegenden Buch die Erinnerung an dieses wunderschöne Land wachhalten. Es ist eine Mahnung an alle Deutschen, das unantastbare Recht nicht leichtfertig preiszugeben. 240 Seiten
Nr. P A1205 Kartoniert 14,95 €



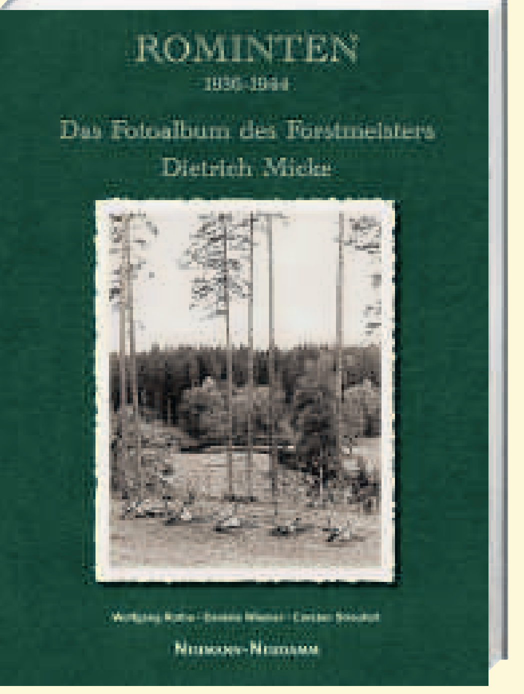
Bierkrug
Bierkrug mit einem hochwertigen Zinndeckel für einen halben Liter Bier mit dem Wappen des Kreises Elchniederung.
Nr. P A1198 19,95 €



2 Schnapskrüglein
Zwei kleine Schnapskrüglein mit dem Wappen des Kreises Elchniederung
Nr. P A1199 2 Schnapskrüglein 12,95 €



Hans Freiherr von Rosen
Grocholin
Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen
Die Geschichte des Gutes Grocholin führt uns nach Posen in das Gebiet zwischen Weichsel, Warthe und Netze, einer zwischen zwei Völkern umstrittenen Landschaft, in der Polen und Deutsche lange nebeneinander lebten. Hans Freiherr von Rosen, der letzte Eigentümer von Grocholin, beschreibt in diesem Werk die wechselvolle Geschichte seines Gutes, das 1836 durch Carl von Treskow-Friedrichsfelde erworben wurde und damit in den Besitz der Familie gelangte. Neben der Schilderung des Landlebens auf den östlichen Gütern, den alten Bräuchen und der Familiengeschichte ist dabei noch einiges mehr herausgekommen: Eine Dokumentation des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in den Jahrzehnten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die letzten Kapitel des Buches, die die Flucht vor der Roten Armee nach Westen beschreiben, wurden von Eva Freifrau von Rosen, der Ehefrau von Hans Freiherr von Rosen geschrieben, die die Erlebnisse im Winter 1945 festgehalten hat. **Eine Leserstimme:** Was für ein kluger Mann, der hier die Zeit der Umbrüche in Posen beobachtet und treffend analysiert hat. 320 Seiten
Nr. P 533183 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Rominten 1936–1944
Das Fotoalbum des Forstmeisters Dietrich Micke
Rominten – für die alt gewordene Generation der Jäger und der Ostpreußen das Synonym für das seinerzeit – wohl in ganz Europa – berühmteste und bekannteste Rotwildrevier, mit den stärksten Trophäen. Einblick in die unvergleichliche Landschaft gibt das bisher unveröffentlichte Fotoalbum des letzten Forstamtsleiters in Rominten Dietrich Micke (1908–1986) mit seinen bemerkenswert guten Aufnahmen aus seiner Zeiss. Es zeigt das Forstamt Rominten, die anderen Forstämter und den Jägerhof als Zentrum der Jagd auf den roten Hirsch. Den Autoren Rothe und Streufert – selbst Jäger mit ostpreußischen und pommerschen Wurzeln – nach vielen Besuchen vertraut im Forst auf beiden Seiten der polnisch / russischen Staatgrenze – ergänzen die Abbildungen des Albums und die von Micke lose beigefügten Fotos mit zusätzlichen Informationen. 160 Seiten
Nr. P A0604 Gebunden mit farbigem Überzug 49,90 €



Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch 8,90 €



Kalender Golden Retriever in Farbe 2018
Mit 12 faszinierenden Motiven von Golden Retriever dem so beliebten Familienhund. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535770 Kalender 9,95 €



Kalender Dackel in Farbe 2018
Mit 12 faszinierenden Motiven von Dackeln, der so beliebten Hunderasse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535768 Kalender 9,95 €



Kalender Trakehner in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieser edlen Pferderasse aus Ostpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535787 Kalender 9,95 €

Kalender Elche in Farbe 2018
Mit 12 Motiven von Elchen, dem Wappentier von Ostpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535759 Kalender 9,95 €



Wolfram Gieseler
Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937–1945 112 Seiten
Detailliert und mit viel Liebe beschreibt der Forstmeister Wolfram Gieseler die Natur der Elchniederung und lässt uns am Alltagsleben zwischen 1937 bis 1944 teilhaben. 112 Seiten
Nr. P A1163 Kartoniert 7,95 €



Gerd H. Meyden
Schnee von Gestern
Kindheit in Königsberg
20 S/W-Abbildungen. 192 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533162 16,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlsituierten Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Harte Kritik an »Tagesschau«

Hamburg – Der Publizist Michael Klonovsky hat scharfe Kritik an der „Tagesschau“ wegen ihrer Berichterstattung zur Eröffnung einer Erinnerungsstätte am Hartmannsweilerkopf im Elsass geübt. An dem Ort wird künftig der Gefallenen einer der härtesten Schlachten des Ersten Weltkriegs gedacht. In der ARD-Nachrichtensendung hieß es dazu: „In Frankreich ist der Krieg bis heute sehr gegenwärtig. In Familien, in der gesamten Gesellschaft. Deutlich mehr als in Deutschland, das den Nachbarn überfallen und diesen Krieg angezettelt hatte.“ Klonovsky nennt das „Fake News, Geschichtsklitterung und Hetze auf Steuerzahlerkosten“. Historiker sind von der Behauptung, Deutschland trage die Hauptschuld am Ersten Weltkrieg, tatsächlich längst abgerückt. *H.H.*

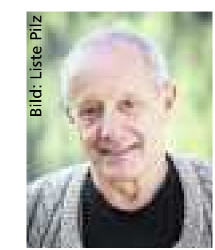
ZUR PERSON

Die Rache der Ex am Spalt-Pilz

Hätte Hollywood-Produzent Harvey Weinstein seine lüsterne Hand bloß unter Kontrolle gehabt. So aber löste die Aufdekkung seiner sexuellen Belästigungen eine weltweite Empörungslawine aus, die bis nach Österreich reicht. Opfer der in den sozialen Internetmedien unter „#Meetoo“ laufenden Sexismus-Kampagne gegen Prominente ist nun auch **Peter Pilz** geworden.

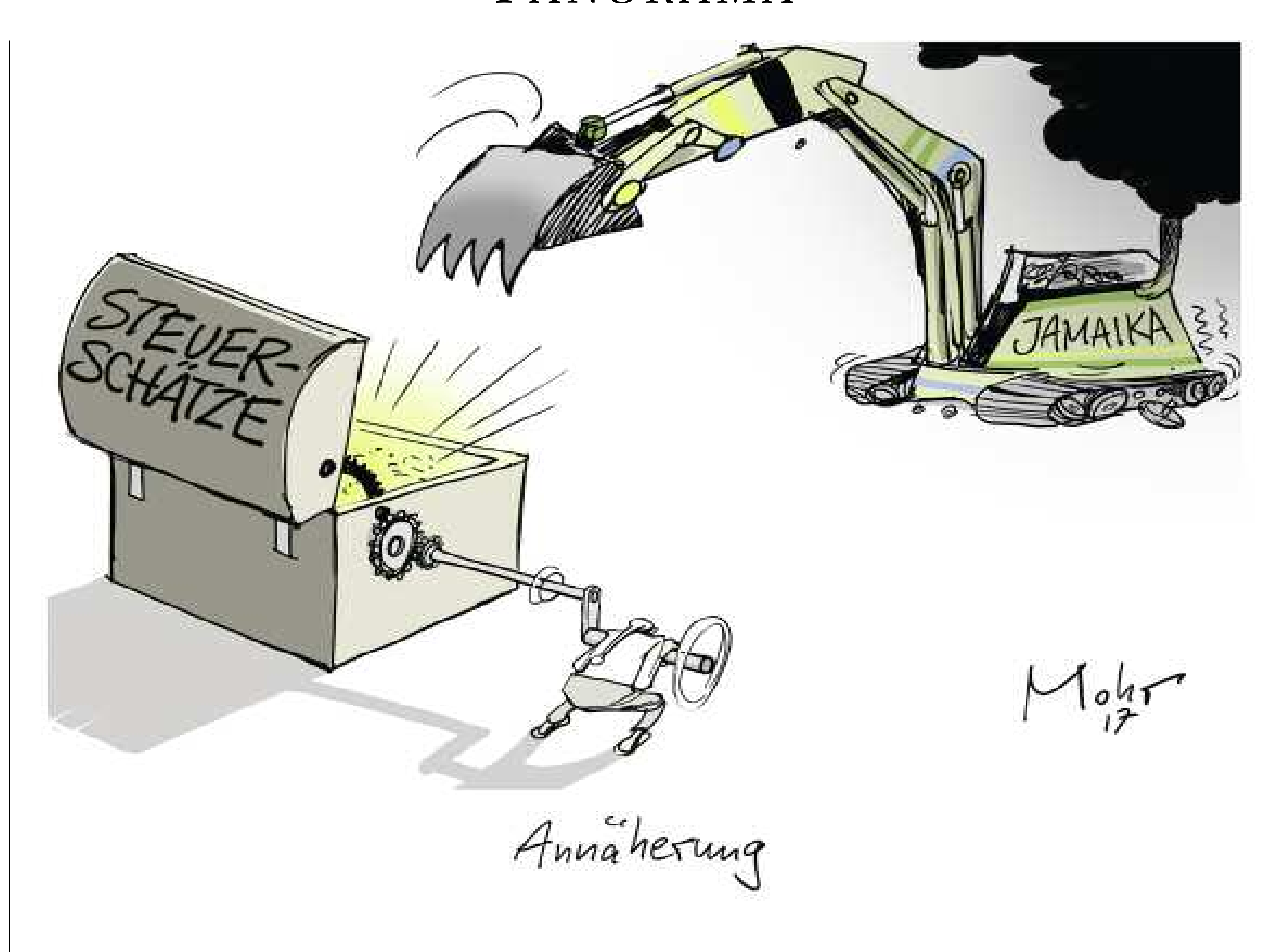
Der frühere Grünen-Politiker soll vor etlichen Jahren zwei Frauen begrapscht haben. Obwohl er die Vorwürfe im einen Fall abstreitet, sich in einem anderen nicht daran erinnern kann, erklärte er seinen Rückzug aus dem Nationalrat, in den er mit seiner erst im Juli gegründeten „Liste Pilz“ gewählt wurde (siehe Seite 6).

Pilz vermutet hinter den Vorwürfen gegen ihn die Rache seiner „Ex“: Seine alte Partei, die Grünen, hatte noch ein Hühnchen mit ihm zu rupfen, weil sie den Einzug in den Nationalrat wegen des Erfolges der „Liste Pilz“ nicht geschafft hat. Weil Pilz mit „linkspopulistischen Parolen“ gegen den politischen Islam und für ein Bekenntnis zur Heimat stark polarisierte, verweigerten die Grünen ihrem Gründungsmitglied einen sicheren Listenplatz für die Nationalratswahl, weshalb er sich von ihnen nach 30 Jahren trennte und eine eigene Partei gründete.


Bild: Liste Pilz

Der 63-jährige Politologe und Ökonom aus der Steiermark ist nicht erst seitdem als „Spalt-Pilz“ bekannt. Das frühere Mitglied der trotzkistischen Gruppe „Revolutionäre Marxisten“ hat in der Alpenrepublik als „Chefaufdecker“ bereits für viel Wirbel gesorgt. 1988 war er maßgeblich an der Aufdeckung der „Lucona-Affäre“ beteiligt, als für einen Versicherungsbetrug sechs Menschen bei einer Schiffsexplosion im Indischen Ozean ums Leben kamen. Und auch bei einem Skandal um illegale Waffenlieferungen oder im „Eurofighter“-Untersuchungsausschuss setzte er Duftmarken.

Kurz vor den Wahlen veröffentlichte er das Buch „Heimat Österreich: Ein Aufruf zur Selbstverteidigung“. Wegen dieses Bekenntnisses zur Heimat wählten ihn die Bürger in den Nationalrat, in den er wegen einer Hetzkampagne jetzt doch nicht einzieht. *H. Tews*



Wehe dem, der petzt!

Wieso wir mit den Texas-Morden nichts anfangen konnten, wofür es keinen oder doch einen Beleg gibt, und wer schweigen kann / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Schade, gerade hatten wir uns wieder eingeschossen auf den unerhörten „privaten Waffenbesitz“ als Ursünde moderner Gesellschaften, da machen uns die Nachrichten aus den USA alles kaputt. Die dortige „Waffenlobby“, eine von Trumps besonders abscheulichen Gruselgarden, zeigte sich nach dem Massaker in der texanischen Kirche ja wieder mal völlig uneinsichtig, woran man sehen konnte, was für skrupellose Kerle das sind – so schallte es durchs moralsichere Deutschland. Sind denn nicht schon genug Leute gestorben, weil jedem Heini dort drüben der Besitz eines eigenen Schießeisens erlaubt ist?

Ja, das war die Erzählung, und wer wollte ihr widersprechen? Wer wohl? Die Wirklichkeit war so frech: Der Killer, der 26 Menschen in dem Gotteshaus ermordete, hatte sich seine Waffe illegal besorgt. Das machen Mörder und andere Unterweltler in Deutschland auch so. Der Unterschied zu den USA: Dort konnte ein legal bewaffneter Bürger den Massenmörder stoppen, bevor er noch mehr Menschen tötete. Wer hätte ihn in Deutschland aufgehalten? Und womit?

Eben. Das schreckliche Geschehen erwies sich wider Erwarten als völlig unbrauchbar für die gewünschte Richtung. Daher verschwand die Debatte über die „notwendigen Schlussfolgerungen der Tat von Texas“ genauso blitzartig wieder aus den Medien wie das Thema dort hochgeredet worden war.

Wir im trauten Deutschland wollen eh keine Privatwaffen, weil wir uns auf den Schutz durch unsere Polizei verlassen. Deshalb sind uns die Meldungen über die Zustände an der Berliner Polizeiakademie, über welche die *PAZ* vergangene Woche berichten musste, besonders auf den Magen geschlagen.

Umso erleichterter saugen wir die Klarstellungen von Polizeipräsident Klaus Kandt in uns auf, die wir Anfang der Woche in der RBB-„Abendschau“ genießen durften. Für eine Unterwanderung der Polizei durch kriminelle Clans kenne er keinen einzigen Beleg, räumt Kandt da alle Befürchtungen in dieser Richtung ab. Der Fall eines Polizeischülers werde jedoch geprüft, der Kontakt zu einer Rockergruppe haben soll. Für den jungen Mann sehe es nicht gut aus.

Da waren wir für einen kurzen Moment verwirrt. Es gibt also keinen einzigen Beleg für die Verstrickung von Polizeischülern ins kriminelle Milieu, sagt Kandt, um sogleich selber einen möglichen Beleg für das, wofür es keinen Beleg gibt, aus der Tasche zu ziehen.

Und wie ist das mit den alarmierenden Meldungen über Polizeischüler orientalischer Herkunft, die durch Hassausbrüche, Gewalttätigkeit gegenüber Kollegen und Lernverweigerung aufgefallen sind? Ach, kontert Kandt, die Ausbildung sei eben „umgestellt“ worden. Dadurch gebe es jetzt nicht nur deutlich mehr Auszubildende, sondern auch Veränderungen in der „Struktur“ der Polizeischüler.

> Wenn es bei der Polizeischule nichts zu finden gibt, warum darf dann keiner nachschauen?

In der „Struktur“? Was meint er denn damit? Na ja, bleiben wir fair: Was soll der arme Mann denn sonst sagen? Dass es mit einem Anteil von 45 Prozent noch nie so viele angehende Berliner Polizisten mit ausländischen Wurzeln gab? Und dass Leute mit bestimmten Herkünften manchmal komische Vorstellungen von Lerneifer, Kameradschaft und gutem Benehmen mitgebacht haben?

Kandt ist Polizeipräsident einer rot-rot-grünen Regierung. Da müsste er regelrecht Rückgrat besitzen, um solche Wahrheiten öffentlich einzuräumen. Ergo schwadroniert er lieber von „Strukturen“. Und statt zuzugeben, dass die Politik das Niveau der Polizeiausbildung den Immigranten zuliebe abgesenkt hat, überschmiert er die Entwicklung mit der Vokabel „Umstellung“.

Richtig wach wurde Kandt, als die Forderung nach einer externen Untersuchungskommission durch den Raum geisterte. Das hieße ja: Versierte Leute von außerhalb des Berliner Polizeiapparats sollten den Laden mal auf mögliche weitere „Belege“ hin abklopfen.

Nein, nein, nein, auf keinen Fall: „Kann ich mir nicht vorstellen“, schiebt der oberste Polizist so ein Ansinnen kategorisch vom Tisch. Er wüsste auch gar nicht, warum da einer von draußen was untersuchen sollte.

Merkwürdig, nicht wahr? Stellen Sie sich vor, jemand wirft Ihnen aus heiterem Himmel vor, Sie hätten Falschgeld im Schreibtisch. Was würden Sie dem antworten? Ist doch klar: „Guck selber nach, du Wicht!“ Klaus Kandt dagegen stemmt sich mit beiden Händen gegen die geschlossene Schublade und schreit: „Finger weg, da ist nichts drin!“ Tststs ...

Das Verhalten erinnert an Mafia-Clans. Bei denen ist es oberstes Gebot, dass der „Familie“ niemand in die Karten schaut. Und wehe dem, der petzt! Im Mutterland der Mafia, in Italien, nennt man die Pflicht zur strikten Verschwiegenheit „Omertà“. Wer gegen die „Omertà“ verstößt, dem blühen harte Strafen. Wie wir vergangene Woche berichtet haben, hat Kandt dem LKA-Beamten, der die Zustände an der Polizeiakademie öffentlich gemacht hat, bereits strafrechtliche Konsequenzen in Aussicht gestellt.

Wie es an der Schule der Ordnungshüter wirklich zugeht, können wir nur erahnen. Äußerungen von Repräsentanten geben aber Anhaltspunkte. So erklärte der Vizeleiter der Akademie, Boris Meckelburg, „80 Prozent“ der angehenden Polizisten seien „total pflegeleicht“.

Na, wer sagt's denn! Dann ist ja alles in ... Moment mal: Heißt das etwa, dass 20 Prozent irgendwie auffällig, problematisch, in besonderer Weise „pflegebedürftig“ sind? Jeder fünfte?

Genau das soll es offenbar bedeuten, wie Kandts Stellvertreterin Margarete Koppers mittels einer nicht minder derangierten Beschwichtigung unfreiwillig enthüllt. An der Berliner Polizeiakademie gebe es „die gleichen Disziplinlosigkeiten wie an jeder anderen deutschen Schule“, so Koppers.

Es geht dort demnach nicht anders zu als an einer beliebigen Brennpunktschule, wo 20 Prozent Problemkinder die Norm sind. Das soll uns beruhigen? Im Ernst? Jetzt müssen wir uns nur noch vorstellen, wie es wäre, wenn die 20 Prozent Pöbel- und Prügelgören von der Brennpunktschule später vom Staat mit Schusswaffen ausgerüstet würden, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu garantieren, so wie dereinst die Berliner Polizeischüler – und wir fühlen uns genauso entspannt wie beim Ritt auf einer rostigen Treibmine.

Margarete Koppers wechselt übrigens demnächst den Posten, sie steigt zur Chefin der Berliner Generalstaatsanwaltschaft auf. Diese Personalentscheidung garantiert eine sehr gute, enge und vor allem diskrete Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeiorgane von Berlin.

Übereifrige Kritiker wagen den Blick in den Abgrund und fragen, ob es hier irgendwo einen Zusammenhang gibt zu dem Phänomen, dass sich die Organisierte Kriminalität in der deutschen Hauptstadt derart ungeniert ausbreiten konnte. An dieser Stelle wollen wir aber nicht weiterbohren.

Da bewegen wir uns lieber auf vertrautem Terrain, wo noch jeder weiß, wie man lästige Fragen oder Kritik vom Tisch wischt. „Wir haben hier eine Diskussion, bei der alle türkisch- und arabischstämmigen Mitarbeiter sich einem Generalverdacht ausgesetzt sehen“, donnert Polizeipräsident Kandt – der den „Generalverdacht“ schnell ausmerzen könnte, wenn er externe Ermittler jeden Einzelverdacht untersuchen ließe. Aber das will er ja nicht. Innensenator Andreas Geisel droht gar: „Wird hier Stimmung gemacht gegen Migranten in der Polizei? Das werde ich nicht dulden.“

Muss er auch nicht, denn wir haben ja schon wieder alles beisammen: Den Verdacht auf „Generalverdacht“ und den Rassismusvorwurf. Wo diese Geschütze aufgefahren werden, schlägt sich jeder, der zu den Guten gehören will, in die Büsche. Und hält die Klappe, denn Sie wissen ja: Wer die heilige Omertà bricht, der darf sich nicht wundern ...

MEINUNGEN

***Dirk Schümer** sorgt sich in der „Welt“ (13. November), wie die EU und das Euro-System den **Süden der Europäischen Union** in die **Krise** stürzen:*

„Mag also sein, dass das Mittelmeer die Wiege der europäischen Idee ist. Doch wenn es so weitergeht, wenn der Euro die Ökonomien im Süden weiter abwürgt und weiter über die Seegrenze massenhaft Migranten kommen, dann wird das Mittelmeer womöglich zu Europas Grab.“

*Der Schriftsteller und Historiker **Klaus-Rüdiger Mai** wehrt sich im „Cicero“ (7. November) gegen eine **Verherrlichung der „Oktoberrevolution“** und sieht beunruhigende Parallelen zwischen Lenins Zeit und der Gegenwart:*

„Es ist eine Lüge, zumindest Ausweis gewollter Unkenntnis der Geschichte, wenn man die Oktoberrevolution und Lenin verherrlicht und die Verbrechen nur Stalin anlastet. Mit welchem Vernichtungswillen, mit welchem nihilistischen Hang zum Totalitarismus, zur Zensur, zur Rechthaberei, zur Diktatur die Bolschewiki angetreten sind, lässt sich mit genügend Schriften belegen. Der Wille zur Zensur, wie er heute wieder zum Vorschein kommt, die Beseeltheit von Journalisten, zu Propagandisten zu werden, Objektivität fahren zu lassen, weil man wieder einmal am großen Werk mittun will, findet man theoretisch vorformuliert in Lenins Schrift ‚Parteiorganisation und Parteiliteratur‘.“

*Der Blogger **Holm Teichert** resümiert nach dem bedrückenden Besuch in einer westdeutschen **Großstadt**, die in rasantem Tempo **verwahrlost**, im Netzportal „Journalistenwatch“ (9. November) die **Qualität der tatenlosen Politiker**:*

„Wir haben eine Politik, die die Grundlagen, das Grundsätzliche ihres Handelns längst aus den Augen verloren hat. Wir haben Gutwetterpolitiker. Solange alles seinen gewohnten Gang lief und Deutschland relativ frei von Problemen war, feierten sie sich alle und lobten sich gegenseitig in den Himmel für ihre Politik. Doch kaum gerät etwas ins Stokken, verlieren die Politiker ihren Kopf und hören einfach auf zu funktionieren. Sie sind eben einfach nicht belastbar.“

*Im Debatten-Magazin „The European“ (10. November) **attackiert Ulrich Berls** den CSU-Politiker **Markus Söder** wegen dessen Auftritt beim Treffen der bayerischen Jungen Union:*

„Bilder werden arrangiert: Söder inmitten von JU-Mitgliedern, die vorproduzierte Schilder hochhalten, auf denen ‚Ministerpräsident Söder‘ steht. Skrupelloser geht's nicht, denn Söder hatte sich im CSU-Vorstand verpflichtet, jedwede Personaldebatte einstweilen hintanzustellen, um dem Parteivorsitzenden bei den Jamaika-Gesprächen in Berlin nicht in den Rücken zu fallen.“

***Rainer Zitelmann** ärgert es im „Focus“ (11. November), dass **„Reiche“ pauschal** als potenzielle Steuersünder **verdächtigt** werden:*

„Die gleichen Medien und Politiker, die jetzt Reiche als Steuertrickser an den Pranger stellen, belehren uns ständig, wie schlimm ein ‚Generalverdacht‘ z. B. gegen Flüchtlinge sei.“